



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Politik und Ökonomie im Transformationsprozess –
Analyse am Beispiel Russland

angestrebter akademischer Grad

Magister der Geisteswissenschaften (Mag. rer.nat.)

Wien, 2009

Verfasserin / Verfasser:	Christoph Rosenberger
Matrikel-Nummer:	0407295
Studienrichtung (lt. Studienblatt):	A 300 Politikwissenschaften
Betreuerin / Betreuer:	Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung	Seite 5
1.1	Motivation	Seite 6
1.2	Restriktion der Thematik	Seite 6
2.	Theoretischer Exkurs	Seite 7
2.1	Staatstheorie und Staatsbegriff	Seite 7
2.2	Transformationstheorie	Seite 11
2.2.1	Anforderungen an die Transformationstheorie	Seite 11
2.2.2	Generelle Bestandteile eines Systemwechsels	Seite 12
2.2.3	Der Systemwechsel in 3 Stufen	Seite 13
2.2.4	Zeitliche Komponente	Seite 16
2.2.5	Ziel im Transformationsprozess	Seite 18
2.2.6	Anwendung der Transformationstheorie auf Russland	Seite 19
2.2.7	Bertelsmann Transformationsindex	Seite 20
3.	Die Sowjetunion – Charakteristika von 1917 - 1991	Seite 23
3.1	Ausgangspunkt	Seite 23
3.1.1	Geographischer Hintergrund	Seite 24
3.1.2	Geologischer Hintergrund	Seite 24
3.1.3	Politischer Hintergrund	Seite 25
3.1.4	Ökonomischer Hintergrund	Seite 25
3.2	Lenins Machtgefüge	Seite 26
3.2.1	Lenins ökonomische Sichtweise	Seite 26
3.2.2	Kriegskommunismus	Seite 27
3.2.3	Neue ökonomische Politik	Seite 28
3.3	Innerparteilicher Machtkampf und Stalinismus	Seite 29
3.3.1	Aufstieg Stalins	Seite 30
3.3.2	Kollektivierung der Landwirtschaft	Seite 31
3.3.3	Industrialisierung	Seite 32
3.3.4	Stalinismus	Seite 34

3.4	Wirtschaftsreformen Chruschtschows und Kossygins	Seite 34
3.4.1	Chruschtschow	Seite 34
3.4.2	Breschnews Machtantritt und Kossygins Planungen	Seite 36
3.5	Andropow und Tschernenko – 28 Monate des Übergangs	Seite 37
3.5.1	Andropow, der Geheimdienstler	Seite 37
3.5.2	Tschernenko, die Verkörperung des Stillstandes?	Seite 38
3.6	Gorbatschows Wirtschaftsstrategien	Seite 39
3.6.1	Machtwechsel	Seite 39
3.6.2	Perestroika; Glasnost und Uskorenije	Seite 40
3.6.3	Finanzreform 1987	Seite 41
3.6.4	Demokratisierungsprozess	Seite 43
3.6.5	Außenpolitik der UdSSR unter Gorbatschow	Seite 45
3.6.6	Innerparteilicher Machtkampf	Seite 47
3.6.7	Kongress der Volksdeputierten	Seite 47
4.	Die Russische Föderation von 1992 - 1999	Seite 48
4.1	Zusammenbruch der UdSSR	Seite 48
4.2	Boris Jelzins	Seite 50
4.3	Entwicklung der Demokratie	Seite 51
4.4	Veränderung des Politischen Systems	Seite 53
4.5	Reformpolitik	Seite 58
4.5.1	Die 3 Grundpfeiler der Marktwirtschaft	Seite 58
4.5.2	Marktwirtschaft	Seite 59
4.5.2.1	Phase 1 - Jänner 1992 bis Dezember 1992	Seite 60
4.5.2.2	Phase 2 – Dezember 1992 bis Oktober 1994	Seite 62
4.5.2.3	Phase 3 – Oktober 1994 bis März 1998	Seite 63
4.5.2.4	Phase 4 – März 1998 bis Mai 1999	Seite 65
4.5.3	Privatisierung	Seite 66
4.5.4	Oligarchen unter Jelzin	Seite 68
4.6	Akteure der Politik und Wirtschaft	Seite 70
4.7	Außenpolitik	Seite 72

5.	Die Russische Föderation im 21. Jahrhundert	Seite 75
5.1	Der Kult um die Person PUTIN	Seite 75
5.2	Das System Putin	Seite 76
5.3	Innenpolitik	Seite 78
5.3.1	Sozialpolitik	Seite 78
5.3.2	Bildungspolitik	Seite 80
5.3.3	Medienpolitik	Seite 81
5.3.4	Sicherheitspolitik	Seite 84
5.4	Wirtschaftspolitik	Seite 86
5.4.1	Oligarchen unter Putin	Seite 86
5.4.2	Wirtschaftsentwicklung – Wirtschaftsunternehmen	Seite 88
5.4.3	Bankensystem	Seite 89
5.4.4	In- und Auslandsinvestitionen	Seite 91
5.4.4.1	Russische Unternehmen im Ausland	Seite 91
5.4.4.2	Auslandsinvestitionen in Russland	Seite 93
5.5	Drei Motoren zur Etablierung als Großmacht	Seite 96
5.5.1	Energiepolitik	Seite 96
5.5.2	Rüstungspolitik	Seite 98
5.5.3	Transport	Seite 99
5.6.	Außenpolitik	Seite 100
5.7	Nachfolgeregelung	Seite 104
6.	Schlussbemerkung	Seite 106
7.	Literaturverzeichnis	Seite 108
8.	Anhang	Seite 115
8.1	Zusammenfassung	Seite 115
8.2	Summary	Seite 116
8.3	Lebenslauf	Seite 117

1. Einleitung

Ausgehend von der Oktoberrevolution im Jahr 1917 wird in der vorliegenden Arbeit der Transformationsprozess der Sowjetunion, beziehungsweise Russischen Föderation thematisiert, wobei der Fokus auf der Funktion und Wirkungsweise des autoritären Regimes liegen wird.

Beginnend mit einem theoretischen Exkurs wird auf die Ausgangslage, als auch das Ziel der Transformation eingegangen, und mit Berücksichtigung auf die zeitliche Komponente auf den Systemwechsel eingegangen.

In den darauf folgenden Kapiteln werden 92 Jahre russische Politik und Ökonomie detailliert analysiert und die Kernpunkte der Transformationspolitik bis ins kleinste Detail geschildert.

Zehn Präsidenten, beziehungsweise Staatsführer, beginnend bei Lenin, über Stalin bis hin zu Gorbatschow und Jelzin, sowie Putin und Medwedew drückten dem flächenmäßig größten Land der Welt ihren persönlichen Stempel auf und prägten die Entwicklung des Landes.

Spricht man von der Sowjetunion, so denkt man gleichzeitig an eine Weltmacht.

Die militärische Dominanz, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, wurde von Jahrzehnt zu Jahrzehnt geringer, so ist der Titel meiner Arbeit *„Politik und Ökonomie im Transformationsprozess“* als Fall und Aufstieg eines Global Players dahingehend zu deuten, dass der Weltmachtanspruch der Sowjetunion an Glanz verloren hat.

Zentral stellt sich mir also die Frage, welche Rolle der politische Führungsstil der Legislative in der Sowjetunion, beziehungsweise Russischen Föderation im Rahmen des Transformationsprozesses des 20. Jahrhunderts bis heute spielte?

An Hand der Spezifikation des Systemwandels von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft auf politischer, als auch ökonomischer Ebene, wird die Transformation unter autoritärer Führung thematisiert. Mit dem Dilemma der Gleichzeitigkeit konfrontiert, wird ebenso auf den Großmachtstatus Russlands eingegangen und ein außenpolitischer Exkurs gegeben.

1.1 Motivation

Veranlasst zu dieser Thematik hat mich einerseits eine aufgegriffene Behauptung, Wladimir Putin wäre der mächtigste Mann der Welt, und andererseits meine bisherigen Erfahrungen mit der Geschichte der Sowjetunion.

Interessant vor allem zu analysieren, welche machtpolitischen Komponenten maßgeblich sind für eine autoritäre Diktatur. Boris Reitschuster's Werk „Putins Demokratie“ ist in diesem Bezug eine sehr treffende, präzise Beschreibung des Regierungsstils in der Russischen Föderation.

1.2 Restriktion der Thematik

Selbstverständlich ist mir bewusst, dass es sich bei dieser Thematik um einen unglaublich großen Themenblock handelt. Diese Diplomarbeit erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch will sie die Geschichte der Sowjetunion bis ins Detail thematisieren. Vielmehr wird ein komparativer Ansatz zur Erklärung der Rolle des Präsidenten, beziehungsweise Obersten Sowjets verfolgt.

Über neunzig Jahre Geschichte eines Landes in wenigen Seiten zu beschreiben, würde an Tristesse grenzen.

Eingeschränkt habe ich diese riesige Thematik insofern, dass ich den Fokus auf die Politik und die Ökonomie lege, wobei das Hauptaugenmerk auf der Zeitspanne von Gorbatschow bis Putin liegt. Um jedoch eine allgemein gültige Thematisierung des Transformationsprozesses zu gewährleisten, empfand ich es als sinnvoll, von der Oktoberrevolution, dem Beginn des sozialistischen Regimes auszugehen, um zu veranschaulichen, welche politischen und ökonomischen „Wurzeln“ dieser Systemwechsel hat.

In Bezug auf die Literatur wurde ich durch meine im Lernprozess befindlichen Russischkenntnisse eingeschränkt, wonach ich mich ausschließlich auf westliche, beziehungsweise übersetzte Literatur stütze.

Alle Daten und Fakten wurden ausschließlich aus renommierten Standardwerken entnommen, wobei mir ebenso die „Russlandanalysen“ von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen sehr hilfreich waren.

2. Theoretischer Exkurs

Um eine realistische Thematisierung der Transformationstheorie gewährleisten zu können, ist es von großer Priorität, auch einen historischen Background zu geben. Im folgenden Kapitel des Staatsbegriffes und der Staatstheorie wird eine fortschreitende Entwicklung skizziert, die, ausgehend von Lenin, mit Berücksichtigung des Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels einen Überblick gibt über den Entstehungsprozess der Transformation und von welchem theoretischen Ausgangspunkt wir uns der Transformationstheorie annähern werden.

2.1 Staatstheorie und Staatsbegriff

Geprägt wurde das sowjetische System anfänglich von einer dualen Politstruktur der Oktoberrevolution im Jahre 1917.¹

Es standen sich einerseits die Bourgeoisie und andererseits das „plebejische“ Lager, wie es Riemann nannte, feindselig gegenüber.²

Auf Grund dieser gesellschaftlichen Strukturierungen entwickelten sich daher 2 völlig konträre Gesellschaftsformen, und ebenso zwei verschiedene Regierungsformen. Das System einer parlamentarischen Ordnung europäischem Vorbild stand dem System der Sowjets gegenüber.

Analysiert man somit die Oktoberrevolution aus dem Jahr 1917, kann man das Ergebnis dieser Revolution, wie auch politischen Umgestaltung als eine Niederlage für die Demokratie verstehen.³

Das System der Sowjets wurde im Zuge der Revolution auf einer „*rein plebejischen Basis*“ errichtet, dass alle anderen politischen Überzeugungen eliminierte, vor allem auch die gebildete und wohlhabende, demokratisch denkende Gesellschaftsschicht.⁴ Ausgangspunkt meiner Thematisierung des Transformationsprozess einer Etablierung der sowjetischen, plebejischen Politik war die Staatstheorie von Lenin.

¹ Reiman, 1991, S. 27

² Ebenda, S. 27

³ Ebenda, S. 28

⁴ Ebenda, S. 28

In seiner Schrift „*Staat und Revolution*“ aus dem Jahr 1917 entwickelte Lenin Thesen, mit Anlehnung an das Kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahre 1847.⁵

Geprägt wird der Staatsbegriff von Lenin von 4 Aspekten, die Friedrich-Christian Schroeder in seinem Werk „*Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie*“ folgendermaßen kategorisiert:

So ist für Lenin der Staat „*ein Organ, ein Apparat, eine Maschine*“, wobei der Staat auch die Funktion eines „*Unterdrückungsapparates*“ annimmt und eine seiner Hauptfunktionen die „*Anwendung von Gewalt und Zwang*“ ist.

Ebenso von großer Bedeutung ist der vierte Aspekt, wonach der Staat als „*Instrument*“ gesehen wird, um Macht auszudrücken, zu symbolisieren, wobei ein „*Teil der Bevölkerung dieses Instrument gegen einen anderen Teil einsetzt*“.⁶

Diese Modifikation des kommunistischen Manifests durch Lenin hatte jedoch eine destruktive Entwicklung gebracht.

So wurde dem Proletariat der Glaube einer "Transformation des bourgeoisen Staates" genommen, wobei auch die Integration in den politischen Entscheidungsprozess genommen wurde.

Es war ausgeschlossen, eine Verbesserung der Rechte der gesamten Arbeiterklasse anzustreben.

Dieser Destruktivismus Lenins in seinen Gedankengängen brachte ihn in ein Dilemma, wie es Schroeder ausdrückt.

„*Das Absterben des Staates sollte erst nach der Schaffung des Sozialismus erfolgen*“.⁷

Dem gegenüber stand nun seine Modifikation des kommunistischen Manifests, wonach eine „*längerdauernde Fortexistenz des Staates gegeben wäre, und andererseits eine Kategorisierung in primitiver Auslegung, vergleichbar mit einer Staatsphilosophie aus dem 19. Jahrhundert*“.⁸

⁵ Marx, 1847, S. 459

⁶ Schroeder, 1979, S. 18

⁷ Ebenda, S. 18

⁸ Ebenda, S. 19

Josef Stalin revidierte Lenins Staatsdefinition nicht, er realisierte lediglich eine Änderung in der Gesellschaftstheorie.

Er vertrat die These, dass eine „*Einführung des Sozialismus*“ ohne eine „*Weltrevolution*“ möglich ist.⁹

In Anlehnung an das kommunistische Manifest, wonach der Staat absterben werde, bevor eine mögliche Etablierung des Sozialismus möglich wäre, vertrat Stalin die Meinung, dass es an der „*mächtigsten und stärksten Staatsgewalt*“ verlangt, um dieser Behauptung entgegenzutreten.

Mit der Verfassung im Jahr 1936 wurde bereits ein „*Eintritt des Sozialismus in der Sowjetunion*“ bestätigt.

Dies führte wiederum dazu, dass der Staat nun die Schutzfunktion einnimmt, um sozialistische Ressourcen des Volkes vor Dieben zu schützen.

Des Weiteren nahm der Staat unter Stalin auch zwei andere Funktionen ein:

- Die Funktion der Landesverteidigung nach außen,
- sowie die „wirtschaftlich - organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion“,¹⁰

wobei weiterhin die Leninsche Staatsdefinition gültig war, wonach der Staat die „*Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der einen Klasse über die andere*“ sei.¹¹

Modifiziert wurde Stalins Staatsdefinition jedoch teilweise in der „*Staats- und Rechtstheorie*“ im Jahr 1949, wonach man die Definition des Staats als Maschine als sehr „bildhaft“ ausdrückte.

Im eigentlichen Sinn ist der Staat als „*Organisation*“ zu betrachten.¹²

Differenziert wurde einerseits in „*Regierungsform*“ und „*Form des Staatsaufbaus*“. So wurde laut Teorija „*das politische Regime als die Gesamtheit der Verfahren und Methoden, mittels derer die betreffende Klasse ihre Herrschaft verwirklicht*“.¹³

⁹ Schroeder, 1979, S. 20

¹⁰ Ebenda, S. 21

¹¹ Ebenda, S. 22

¹² Ebenda, S. 22 - 23

¹³ Ebenda, S. 24

Revolutionär galt die Vorgehensweise Chruschtschows, der im Parteiprogramm der KPdSU im Jahr 1961 von einem sowjetischen Staat als „*Volksorganisation der Werktätigen*“ spricht.¹⁴

So wurde der Staat diesbezüglich als „*Staat des gesamten Volkes*“ definiert, „*einem Organ, das den Interessen und dem Willen des ganzen Volkes Ausdruck verleiht*“.¹⁵

Einflussreich war unter Chruschtschow auch S.L. Fuks, Rechtsgelehrter aus Kiew, der dem Staatsbegriff, der Staatsdefinition neuen Ausdruck verleiht.

Laut Fuks soll die Staatstheorie das „*Wesen und die spezifischen Gesetzmäßigkeiten des Gesamtvolksstaates (...)* als Staat erläutern“.¹⁶

So ist es laut Fuks untauglich, „*den allgemeinen Staatsbegriff als eine vernünftige Abstraktion, die den langen historischen Weg des Staates vom Sklavenhalterstaat bis zum Gesamtvolksstaat zu verallgemeinern*“.¹⁷

Der Staat wird unter Fuks als „*Organ zur Verrichtung der gemeinsamen Geschäfte*“ definiert.¹⁸

Nach weiteren staatstheoretischen Prägungen und Neuformulierungen durch Belych, Mamut und Tennenbaum, kommt man schlussendlich zu folgender Formulierung:

Der Staat ist „*die Bedingung der Erhaltung des menschlichen Zusammenlebens selbst als eines integrierten, wenn auch in sich widersprüchlichen Ganzen, als einer spezifischen Vereinigung der Herrschenden und der Beherrschten, der Machthaber und der Machtunterworfenen, als eine Organisation der Herrschaft*“.¹⁹

Analysiert man die Entwicklung der Staatsdefinition der UdSSR, so könnte man womöglich auch von „*Propagandazwecken*“ ausgehen. Dagegen spricht laut Schroeder jedoch die „*Verborgenheit für westliche Beobachter*“ einerseits, als auch die ungemeine Motivation und Leidenschaft der Theoretiker an sich.²⁰

¹⁴ Schroeder, 1979, S. 25

¹⁵ Ebenda, S. 25

¹⁶ Fuks, 1964, in: Schroeder, 1979, S. 104

¹⁷ Ebenda, S. 107

¹⁸ Schroeder, 1979, S. 27

¹⁹ Ebenda, S. 67

²⁰ Ebenda, S. 69

2.2 Transformationstheorie

Ausgangssituation jedes Systemwechsels, wie auch in den ehemaligen Volkswirtschaften Osteuropas, waren Unzufriedenheiten der Völker mit der Gesellschaftsordnung ihres Staates.²¹

Dadurch kam es zu einem Zusammenbruch des ökonomischen, als auch politischen Systems. Dass der Sozialismus in diesen Staaten „bankrott“ war, ist einer der Aspekte, der eine Transition der Gesellschaftsordnung auslöste.²²

*„Das realsozialistische System schlitterte in eine Existenzkrise, wodurch ein Veränderungsprozess ausgelöst wurde.“*²³

Walter Bühl relativierte die Bedeutung des Begriffes der Transformation in so fern, dass er den *„komplexen, langwierigen und offenen gesellschaftlichen Prozess (....) durch eine terminologische Beschwörung oder gegebenenfalls durch eine mathematische Modellierung auf die Ebene eines einfachen mechanischen Systems“* stark kritisiert, und diesbezüglich sogar von einer politischen Illusion spricht.²⁴

Systemwechsel bedeutet den *„gleichzeitigen Übergang von Diktatur zur Demokratie, und von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft“*.²⁵

Bühl bezieht sich diesbezüglich auf Lange, und spricht von einem Übergang einer monistischen zu einer pluralistischen Systemsteuerung.²⁶

2.2.1 Anforderungen an die Transformationstheorie

Die Anforderungen an eine Transformationstheorie vorab sind dementsprechend enorm, so gibt es *„unterschiedliche Teilaspekte des Transformationsprozesses“*, aber keine *„kohärente Zusammenfügung“*.²⁷ So muss die Transformationstheorie an unterschiedlichen Ebenen ansetzen.

²¹ Oberender, 1998, S. 9

²² Ebenda, S. 9

²³ Juchler, 2001, S. 93

²⁴ Bühl, 2001, S. 53

²⁵ Ebenda, S. 53

²⁶ Ebenda, S. 53

²⁷ Habuda, 1996, S. 4

Eine Transformationstheorie sollte daher laut Habuda folgende Teilaspekte und Fragen konkretisieren:

- *Evaluierung der Ursachen einer Transformation, wieso eine Funktionsweise des planwirtschaftlichen Systems scheiterte*
- *Definition des Zielmodells*
- *Typische Transformationsprobleme, ihre Ursachen und ihr Erscheinungszeitpunkt*
- *Entwicklung eines Konzepts des Umbaus, inkludiert Geschwindigkeit und Reihenfolge der Maßnahmen*
- *Prognose der Entwicklung durch eine Wirkungsanalyse der einzelnen Faktoren*²⁸

2.2.2 Generelle Bestandteile eines Systemwechsels

Um die Komplexität eines Transformationsprozesses zu veranschaulichen, zeigt die Umstrukturierung des Wirtschafts-, Rechts-, politischen und des Verwaltungssystems eine Vielzahl an Parametern, die für einen erfolgreichen Systemwechsel notwendig sind.²⁹

Diese unterschiedlichen Teilaspekte sind Grundvoraussetzung einer Transformationsstrategie.

So müssen beispielsweise Planungskompetenz und Eigentumsordnung eingehalten werden, um einerseits das Wirtschaftssystem zu transformieren, und andererseits eine Marktwirtschaft funktionsfähig zu gestalten.³⁰

Generelle Bestandteile eines Systemwechsels (Abbildung 1)³¹

²⁸ Habuda, 1996, S. 5

²⁹ Ebenda, S. 7

³⁰ Ebenda, S. 6 – 7

³¹ Ebenda, S. 7

Reform des monetären Sektors	Reform des realen Sektors	Reform des Rechts- und Verwaltungssystems
1. Reform der Preisbildung - Abbau von Preissubventionen - Ablösung administrativer Preis- und Lohnbildung 2. Reform des Geld- und Kreditwesens - Schaffung eines zweistufigen Bankensystems mit unabhängiger Notenbank und privaten Geschäftsbanken - Verbot der Finanzierung staatlicher Budgetdefizite durch die Notenbank 3. Außenwirtschaft - Konvertibilität - Freier Devisentransfer für Ausländer	1. Reform des Unternehmenssektors - Sicherung von Gewerbefreiheit - Überführung bestehender Betriebe in privatrechtliche Organisationsformen - Privatisierung durch Verkauf oder unentgeltliche Abgabe von Anteilen 2. Entflechtung alter Wirtschaftsstrukturen - Entflechtung von Bürokratien und Unternehmen - Entflechtung von Kombinate und Konglomeraten - "Einfuhr" von Wettbewerb durch Güter- und Kapitalimport	1. Aufbau eines geeigneten Wirtschaftsrechts; u.a. - Handelsrecht - Eigentumsrecht - Insolvenzrecht - Wettbewerbsrecht 2. Aufbau eines funktionsfähigen Steuersystems - Unternehmenssteuern - Einkommenssteuern - Verbrauchssteuern 3. Verwaltungsreform - Zerschlagung bürokratischer Machtstrukturen - Aufbau einer neuen öffentlichen Verwaltung

Quelle: Apolte und Cassel 1991, S.48.

An Hand der Abbildung 1 kann man die Reformen des monetären Sektors, des realen Sektors, sowie des Rechts- und Verwaltungssystems erkennen.

2.2.3 Der Systemwechsel in 3 Stufen

Der Systemwechsel vollzieht sich nach Schneider in drei Stufen, der Stufe der Liberalisierung, der Demokratisierung und der Konsolidierung.³²

In der ersten Phase der Liberalisierung wird versucht, den Bürgern bedacht mehr Freiheiten zuzusprechen und zugewähren.³³

Dadurch wird eine Legitimationsbasis des alten Regimes verbreitert, und ihre Machtsicherung gewährleistet.³⁴

In der Phase der Liberalisierung zerfällt der „*herrsche Block*“, wie es Schneider ausdrückte, in „*Hardliner und Reformer*“.

³² Schneider, 2001, S. 17

³³ Ebenda, S. 17

³⁴ Ebenda, S. 17

Wie am Beispiel der Sowjetunion unter Gorbatschow, wo eine „*Liberalisierung der semi-autoritären Machtsicherung*“ misslang, schließt nun die Phase der Demokratisierung an.

Die Demokratisierungsphase beginnt mit einer „*Deinstitutionalisierung des alten Systems*“, und endet mit der „*Institutionalisierung der Demokratie*“.³⁵

Laut Schneider geht die Phase der Demokratisierung mit der „*Durchführung der Gründungswahlen*“ zu Ende und setzt sich mit der Phase der Konsolidierung der Demokratie fort.³⁶

Die Transformationsprozesse in der Politik, der Wirtschaft, sowie in der Gesellschaft laufen laut Schneider während des Systemwechsels gleichzeitig ab, jedoch mit einer unterschiedlichen Dauer des Prozesses.³⁷

Werden alle Prozesse erfolgreich abgeschlossen, so stabilisieren sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gegenseitig, scheitert jedoch einer dieser Transformationsprozesse, bleibt die Gesellschaft vormodern, und das politische System undemokratisch.³⁸

Der Transformationsprozess vollzieht sich laut Schneider einerseits in der Phase der Demokratisierung, als auch in der Phase der Konsolidierung.

So kann laut Merkel eine Differenzierung in unterschiedlichen Ebenen festgestellt werden, die Schneider in vier Punkten präsentiert in Anlehnung an Merkel:

- *Die Transformation auf institutioneller Ebene*

Sie umfasst „*auf der Makroebene die Herausbildung der zentralen staatlichen Institutionen wie Präsident, Parlament, Regierung und Judikative, sowie eine Entwicklung des Wahlsystems*“.³⁹

Rechtlich verankert wird diese Institutionalisierung in der Verfassung (Anm. Verfassung der Russischen Föderation, 12.12.1993).⁴⁰

Der Transformationsprozess der Institutionen findet demnach laut Schneider auf der zentralen Ebene statt und wirkt auf die

³⁵ Schneider, 2001, S. 17

³⁶ Ebenda, S. 17

³⁷ Ebenda, S. 17

³⁸ Ebenda, S. 17

³⁹ Ebenda, S. 18

⁴⁰ Ebenda, S. 18

- *Transformation auf repräsentativer Ebene,*

die auf der „Mesoebene“ die Repräsentation der Interessen, einerseits durch Parteien territorial, und andererseits durch Verbände funktional beinhaltet.⁴¹ So steht der Transformationsprozess der repräsentativen Ebene in direktem Verhältnis zur institutionellen Transformation, wobei eine erfolgreiche Entwicklung der Mesoebene, sprich Transformation der Parteien und Verbände, ausschlaggebend ist für eine Konsolidierung der Normen und Strukturen auf zentraler, institutioneller Ebene.⁴²

- Verhaltenstransformation

Die Verhaltenstransformation ist erreicht, wenn beispielsweise das Militär, Sicherheitsdienste, oder Manager der Großbetriebe und Bankiers, also Akteure der Mesoebene, in den demokratischen Institutionen, wie es auf repräsentativer, als auch institutioneller Ebene beschrieben wurde, ihre Interessen verfolgen.⁴³ Von großer Bedeutung ist in dieser Transformation vor allem, dass einerseits nicht gegen die Institutionen gearbeitet wird, und andererseits man sich an die demokratischen Richtlinien hält.

Zieht man nun alle drei Transformationsprozesse der institutionellen, repräsentativen Ebene, als auch der Verhaltenstransformation heran, so ist eine positive, erfolgreiche Transformation auf diesen Ebenen entscheidend für eine Etablierung der Zivilgesellschaft, was wiederum demokratiestabilisierend wirkt.⁴⁴

Als abschließender Transformationsprozess gilt die bereits erwähnte „*Herausbildung der Zivilgesellschaft*“, die laut Schneider den zeitlich größten Anspruch stellt.

⁴¹ Schneider, 2001, S. 18

⁴² Ebenda, S. 18

⁴³ Ebenda, S. 18

⁴⁴ Ebenda, S. 19

So kann dieser Prozess auch über einen Generationswechsel vollzogen werden.⁴⁵
Sind alle vier Transformationsprozesse vollzogen, kann von einer krisenresistenten Demokratie gesprochen werden.⁴⁶

2.2.4 Zeitliche Komponente

Entscheidend für eine erfolgreiche Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft ist vor allem die zeitliche Komponente, der zeitliche Rahmen.

Die primäre Frage ist somit: *Welche Schritte mit welcher Schrittlänge, in welcher Abfolge und in welcher Kombination (...) soll die Transformation erfolgreich sein?*⁴⁷

Diesbezüglich stehen 2 „Extrempole“, wie es Habuda ausdrückt, gegenüber, einerseits die Schocktherapeuten, andererseits die Gradualisten.⁴⁸

Schocktherapeuten vertreten die These, dass eine langsame Reformierung wieder rückgängig gemacht werden kann. Daher wird eine radikale Reformierung postuliert. Die Transformationsstrategie der Schocktherapeuten setzt bei der Privatisierung und der Preisliberalisierung an, wobei eine Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen keine Effizienzsteigerung bewirken kann.⁴⁹

*„Eine Marktwirtschaft kann also nur dann funktionieren, wenn alle Elemente des marktwirtschaftlichen Systems komplett und möglichst simultan eingeführt werden“.*⁵⁰

Propagiert wurde diese Schocktherapie vor allem durch westliche Wirtschaftswissenschaftler, so Habula.⁵¹

Bekannter Vertreter war Jeffrey Sachs, die die Ansicht vertrat, dass eine schrittweise Reformierung auf Grund der Interdependenzen zwischen verschiedenen

Teilbereichen der Politik und Wirtschaft nicht funktionieren kann.⁵²

⁴⁵ Schneider, 2001, S. 19

⁴⁶ Ebenda, S. 19

⁴⁷ Habuda, 1996, S. 8

⁴⁸ Ebenda, S. 8

⁴⁹ Ebenda, S. 8

⁵⁰ Ebenda, S. 9

⁵¹ Ebenda, S. 9

⁵² Ebenda, S. 9

Völlig konträr dazu vertreten die Gradualisten die These, dass ein Transformationsprozess „eine Koexistenz von alten und neuen Regulationsformen“ vorsieht.⁵³

Dafür spreche vor allem „ein Verlangen von Investitionen und die Anpassung der Produktionsstruktur des Landes“.⁵⁴

Problematisch vor allem einerseits eine Zentralisierung und Focusierung auf Schwerindustrie und Energieindustrie.

Andererseits ein notwendiges „time-lag“, hervorgerufen durch einen politischen Beschluss von Reformmaßnahmen und deren Implementierung.⁵⁵

Habula veranschaulicht einen Drei-Phasen-Plan von Delhaes und Thieme:

Demnach wird unterschieden in Antizipationsphase – Kernphase – Lernphase

- Antizipationsphase

*Periode zwischen Bekannt werden der Transformationspläne und der Durchführung von ersten grundlegenden Maßnahmen zur Schaffung einer neuen Wirtschaftsverfassung.*⁵⁶

- Kernphase

*Konstruktion und Implementierung neuer Regeln und Institutionen, während alte und neue Regelungen bestehen bleiben.*⁵⁷

- Lernphase

*Wirtschaftssubjekte passen ihr Verhalten den neuen Rahmenbedingungen an.*⁵⁸

⁵³ Habuda, 1996, S. 10

⁵⁴ Ebenda, S. 10

⁵⁵ Ebenda, S. 11

⁵⁶ Ebenda, S. 11

⁵⁷ Ebenda, S. 11

⁵⁸ Ebenda, S. 11

Laut Habula haben jedoch beide, sowohl Schocktherapeuten, als auch Gradualisten einen wichtigen Aspekt in ihrer Überlegung vergessen.

„Sie beschränken sich auf die Aufzählung der für nötig befundenen und gewünschten Institutionen der Marktwirtschaft, ohne einen Weg des Übergangs vorzugeben.“⁵⁹

2.2.5 Ziel im Transformationsprozess

Weitaus schwieriger als die politische und ökonomische Ausgangssituation zu definieren, ist es, die Ziele des Transformationsprozesses zu evaluieren.

Die Ausgangslage in der Sowjetunion war klar:

Primäres Ziel war die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, sowie von Diktatur zur Demokratie.

Die Bürger selbst hatten jedoch nur ein Ziel: Mehr Wohlstand, beziehungsweise mehr Freiheit.

Wichtig vor allem laut Ralph Wrobel, *„je mehr bestimmte Grundüberzeugungen von einem überwiegenden Teil der Bevölkerung geteilt werden, und je mehr die wirtschaftspolitischen Ziele im Transformationsprozess im Allgemeingut darstellen, desto leichter kann eine demokratische Regierung ein konkretes Transformationsziel wählen und eine konsequente Reformpolitik betreiben.“⁶⁰*

Problematisch jedoch die Tatsache, dass die Politiker, als auch die Bürger, konkret in Osteuropa und der Sowjetunion, über wenig bis keine demokratischen und marktwirtschaftlichen Erfahrungen verfügten.⁶¹ Wrobel geht sogar soweit, und behauptet, *„sie hätten unvollständiges, beinahe falsches Wissen über dieses System der Demokratie und Marktwirtschaft“.⁶²*

⁵⁹ Habuda, 1996, S. 11

⁶⁰ Wrobel, 2001, S. 22

⁶¹ Ebenda, S. 22

⁶² Ebenda, S. 22

2.2.6 Anwendung der Transformationstheorie auf Russland

Welche Funktion die Transformationstheorie im Allgemeinen hat, wurde bereits ausführlich veranschaulicht.

Wie sie jedoch im Detail am Beispiel Russland wirkt, soll im folgenden Kapitel analysiert werden.

Zieht man die ersten Schritte des Transformationsprozesses heran, so kann durchaus von einer Demokratie gesprochen werden, laut Schneider jedoch von keiner gefestigten.⁶³

So kann man an der politischen Entwicklung nach den Staatsdumawahlen im Jahr 1993, beziehungsweise 1995 erkennen, dass sich eben diese democratura nicht etablierte.

Den Sieg trug jeweils die Opposition davon, 1993 die KPRF und LDPR, 1995 die KPRF, dennoch wurde die Regierung nicht durch eine der siegreichen Parteien gebildet, sondern wurde vom Präsident der Russischen Föderation festgelegt. Schneider spricht diesbezüglich von einer Art „*Technokratenkabinett*“.

In weiterer Folge zieht Schneider Michael Brie heran, wonach Russland als delegierte Demokratie definiert wird.

De facto ist aber auch der Präsident laut Verfassung auf die Zustimmung der Staatsduma gebunden und abhängig.⁶⁴

Ein Beispiel dafür wäre die Ernennung des Regierungschefs, wonach in weiterer Folge die Staatsduma ihre Zustimmung geben muss, jedoch bei dreimaliger Ablehnung der Duma, kann diese vom Präsident persönlich aufgelöst werden, und Neuwahlen angesetzt werden.

Wie schon detailliert beschrieben, kann der Transformationsprozess, beziehungsweise seine Fortschritte, an den 4 unterschiedlichen Prozessen gemessen werden:⁶⁵

Anhand des institutionellen, repräsentativen, und verhaltensmäßigen Transformationsprozess, sowie einer Etablierung der Zivilgesellschaft.

⁶³ Schneider, 2001, S. 26

⁶⁴ Ebenda, S. 27

⁶⁵ Ebenda, S. 27

Die institutionelle Transformation wurde mit der Präsidentenwahl im Jahr 1996, sowie einer Bildung der „zentralen Verfassungsorgane und die Entwicklung eines Wahlsystems auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung abgeschlossen“, ⁶⁶ die Transformation von einem staatskommunistischen zu einer demokratischen Staat geebnet. Problematisch vor allem ein kompletter Elitenwechsel. Im Detail sieht diese Elitenzirkulation jedoch im Folgenden so aus, dass die Dominanz der Wirtschaftskonglomerate, Oligarchien anfangs als neue Elite etablierte. Erst unter Putin wurde eine neue Elite etabliert, die Elite der Staatsoligarchen aus dem Geheimdienst.

Auf repräsentativer, als auch verhaltensmäßiger Ebene gibt es weiterhin sehr großen Handlungsbedarf, eine Entwicklung der Zivilgesellschaft wird ebenso viel Zeit in Anspruch nehmen.

Um die Fortschritte des Transformationsprozesses Russlands genau zu definieren und verfolgen zu können, wird der BTI, der Bertelsmann Transformationsindex herangezogen, auf den nun genauer eingegangen wird.

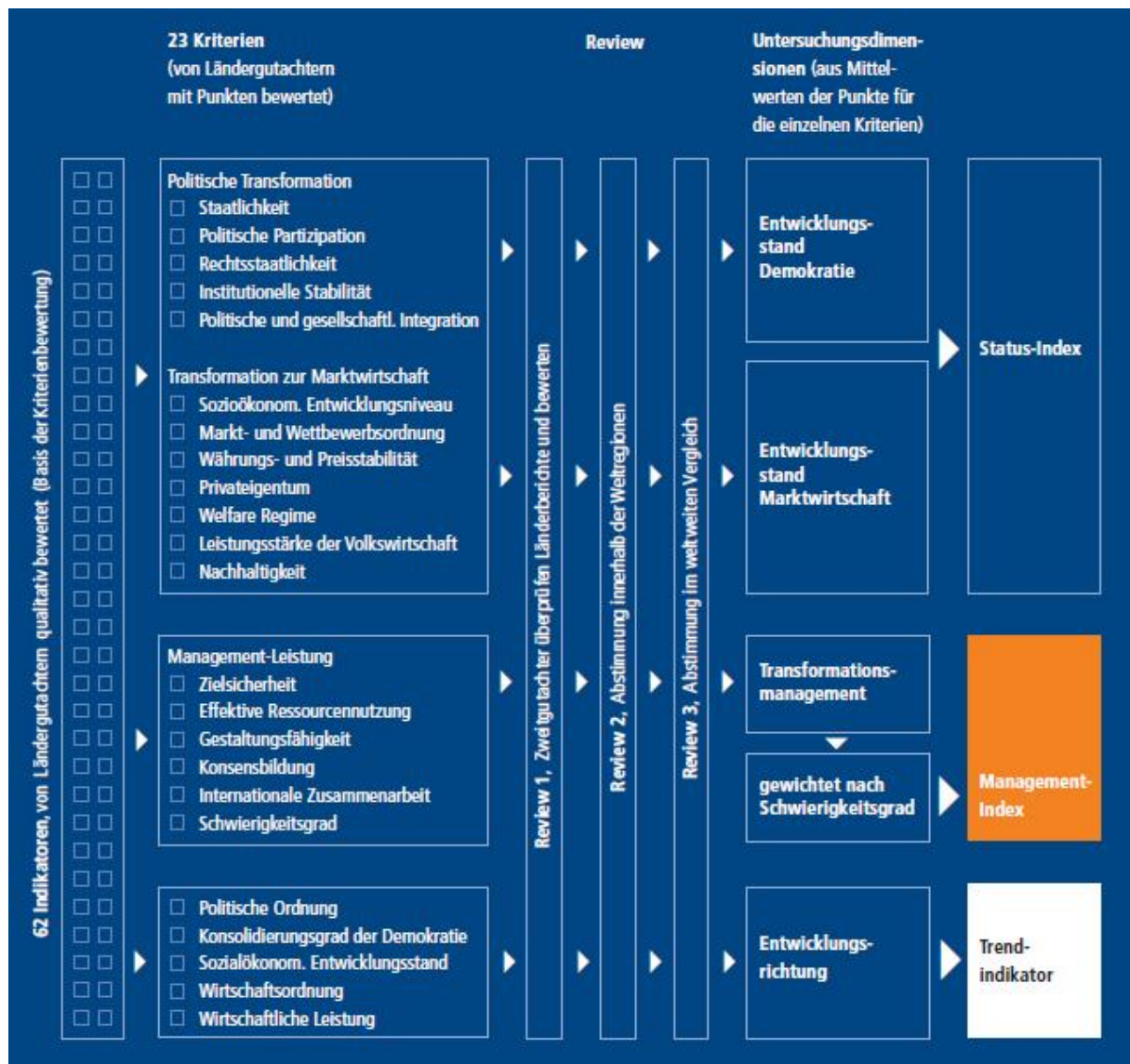
2.2.7 Bertelsmann Transformationsindex

Eines der wichtigsten Instrumentarien zur Transformationsmessung ist der Bertelsmann Transformationsindex.

Analysiert wird einerseits die politische Transformation, andererseits die wirtschaftliche.

In der folgenden Abbildung von der Bertelsmann Homepage können die unterschiedlichen Analyseparameter sehr gut erkannt werden.

⁶⁶ Schneider, 2001, S. 27



(Abbildung 2)⁶⁷

Die politische Transformation wird an Hand der Staatslichkeit, politischer Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, sowie Stabilität von demokratischen Institutionen und politische und gesellschaftliche Integration berechnet.⁶⁸

Indikatoren zur Messung der wirtschaftlichen Transformation sind das sozioökonomische Entwicklungsniveau, Markt- und Wettbewerbsordnung, Währungs- und Preisstabilität, sowie Privateigentum, Sozialordnung, beziehungsweise Nachhaltigkeit und Leistungsstärke der Volkswirtschaft.⁶⁹

Diese Kombination aus politischer, wie auch wirtschaftlicher Transformation ergibt schließlich den Status-Index.

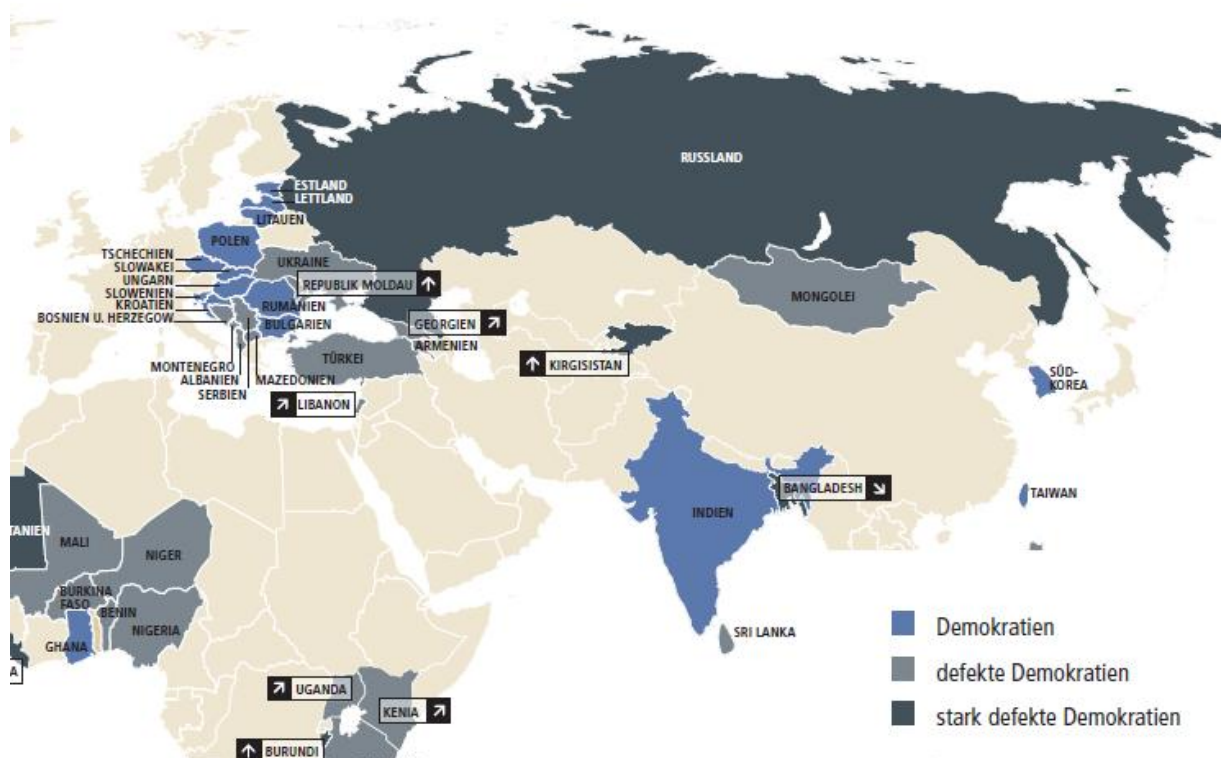
⁶⁷ BTI Broschüre, 2003, S. 27

⁶⁸ BTI Broschüre, 2008, S. 16 – 17

⁶⁹ Ebenda, S.18 – 19

Der Management-Index wird auf Grundlage der Qualität des politischen Managements berechnet, wonach Gestaltungsfähigkeit, Ressourceneffizienz, Konsensbildung, als auch Internationale Zusammenarbeit die vier Beurteilungskriterien sind.

Der Trendindikator, bestehend aus fünf Indikatoren, der politischen Ordnung, dem Konsolidierungsgrad der Demokratie, sowie der Wirtschaftsordnung, der wirtschaftlichen Leistung, als auch der sozialökonomische Entwicklungsstand, gibt „Aufschluss über die Entwicklungsrichtung im Hinblick auf rechtsstaatliche Demokratie und sozial verantwortliche Marktwirtschaft“.⁷⁰



(Abbildung 3)⁷¹

An Hand der vorliegenden Abbildung 3, die eine Optik der Transformationsländer geben soll, ist leicht erkennbar, dass Russland als stark defekte Demokratie zu beurteilen ist. Um den Transformationsprozess in Zahlen besser zu veranschaulichen, beziehungsweise auch eine politische, wirtschaftliche Entwicklung zu deuten, werden folgende Abbildungen sehr hilfreich sein.

⁷⁰ BTI Broschüre, 2003, S. 26

⁷¹ BTI Broschüre, 2008, S. 9



(Abbildung 4) ⁷²

Erkennbar vor allem beim Trendindikator, dass eine negative Entwicklungsrichtung im Hinblick auf rechtsstaatliche Demokratie und sozial verantwortliche Marktwirtschaft zu verzeichnen ist, wobei auch beim Status-, ebenso wie beim Management-Index eine Negativentwicklung zu sehen ist.

Wie der Transformationsprozess Russland in der Praxis vollzogen wird, darüber geben die folgenden Kapitel Aufschluss.

3. Die Sowjetunion – Charakteristika von 1917 - 1991

3.1 Ausgangspunkt

Um die Transformation des sowjetischen Wirtschaftssystems veranschaulichen zu können, es ist von großer Priorität, auch einen anfänglichen Überblick über die Sowjetunion zu schaffen.

Zum allgemeinen Verständnis folgen ein geographischer, geologischer, politischer sowie ökonomischer Überblick der Sowjetunion im Jahre 1917, dem Jahr der Februar-, beziehungsweise Oktoberrevolution.

⁷² © Rosenberger Christoph

3.1.1. Geographischer Hintergrund

Russland erstreckt sich auf zwei Kontinenten, Europa und Asien, wobei der überwiegende Teil am asiatischen Kontinent liegt.

Resümierend verfügt Russland bei einer Fläche von 22.402.200 qkm⁷³ über alle Klimazonen, mit Ausnahme der Tropischen Zone, und grenzt an Ostsee, Schwarzes Meer, Kaspisches Meer, den Pazifik sowie den Arktischen Ozean.⁷⁴

Neun Großlandschaften prägen das Land, so sind etwa das Osteuropäische Flachland, die Kaspische Senke, das Nord-, Ost-, West- sowie Mittelsibirische Tiefland sowie das Ostsibirische Bergland ebenso wie die Mitteljakutischen Niederungen zu erwähnen.⁷⁵

Vor allem für Landwirtschaft und Industrie ist der Umstand der verschiedenen Klimate interessant, so herrschen in Russland außer dem Tropischen Klima alle anderen Klimaten vor, angefangen vom polaren Klima über die Tundrenklimaten, Gemäßigte Zone und die Trockenklimate bis hin zum Subtropischen Klima.⁷⁶

Gekennzeichnet ist Russland auch durch den Umstand des Dauerfrostbodens, wodurch sich dazumal die Errichtung der Transsibirischen Eisenbahn um die Jahrhundertwende erschwerte.

Hauptstadt des Zarenreichs war im Jahre 1917 St. Petersburg, erst im März 1918 verlagerte sich der Sitz der Regentschaft nach Moskau.⁷⁷

3.1.2. Geologischer Hintergrund

Geologisch gesegnet ist die Sowjetunion schon seit der Genese der Erde. Natürliche Rohstoffe, Energiequellen, verschiedene Klimaten und hervorragend zu bearbeitende Böden zeichnen die Sowjetunion aus.

Vor allem reich an Erdöl und Erdgas, kann man eine spezielle Gliederung der Geologie feststellen. „*Der geologisch-tektonische Aufbau bestimmt die räumliche Verteilung und die Erschließbarkeit der Bodenschätze*“.⁷⁸

⁷³ Pieplow, 1976, S. 526

⁷⁴ Unterstufen Schulatlas, 1989, S.142 – 143

⁷⁵ Bertelsmann Weltatlas, 2000, S. 6 - 7

⁷⁶ Unterstufen Schulatlas, 1989, S. 114

⁷⁷ Pieplow, 1976, S. 352

⁷⁸ Eichelkraut, 2007, S. 43

So ist das Uralgebirge mit einer Fülle mineralischer Rohstoffe versehen. Wiederum verfügt Ostsibirien über eine Vielzahl an Goldvorkommnissen.⁷⁹

Ebenso reich an natürlichen Rohstoffen, einerseits Zentralasien, andererseits der Kaukasus.

In der Literatur ist sogar von einem Rohstoffüberfluss die Rede.⁸⁰

Landwirtschaftlich gesehen ist das Schwarzerdegebiet der Ukraine von größter Bedeutung.⁸¹

3.1.3. Politischer Hintergrund

Mit dem Sturz des Zaren im Februar 1917 und der Oktoberrevolution im Jahr 1917 durch die Bolschewiki wurde Russland von Grund auf umgestaltet.

*„Die Darstellung der Geschichte Russlands nach streng historischer Methode muss mit dem 25. Oktober 1917 ihren Abschluss finden“.*⁸² Die Aufrechterhaltung der Diplomatie und Handelsbeziehungen waren bis 1920 unmöglich.⁸³

Seit Katherina der Großen immer im Rat der Mächte gesessen, verlor Zar Nikolaus II. mit Beginn 1917 die Monarchenherrschaft über Russland.

3.1.4. Ökonomischer Hintergrund

Wirtschaftlich interessant zu dieser Zeit vor allem der Ausbau des Eisenbahnnetzes und die Steigerung

der Kohlenproduktion um ein vierfaches. Obwohl Russland definitiv als Bauernland zu beurteilen war, entwickelte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Arbeiterklasse, das so genannte Proletariat.⁸⁴

Dennoch fehlte der Arbeiterbewegung eine starke Führung, die ihre Interessen vertritt.

Dies allerdings änderte sich im Jahre 1917.

⁷⁹ Unterstufen Schulatlas, 1989, S. 136 – 139

⁸⁰ Raupach, 1964, S. 13

⁸¹ Pieplow, 1976, S. 528

⁸² Hanisch, 1951, S. 1

⁸³ Salis von, 1980, S. 340

⁸⁴ Terraine, 1975, S. 91

3.2. Lenins Machtgefüge

Bedeutendster Staatstheoretiker der Sowjetunion ist zweifellos Wladimir Iljitsch Uljanow, besser bekannt als Wladimir Lenin. Nach dem Sturz der Regierung um Premier Kerenski am

25. Oktober 1917, beginnt Lenin als Führer der Kommunistischen Internationale und Vorsitzender des Rates der Volkskommissare seine gesammelten Theorien des Kommunismus in die Praxis umzusetzen.⁸⁵

Mit der Idee, dass die Partei aus Berufsrevolutionären gebildet werden sollte, übernahm er überraschend die Mehrheit und spaltete somit die sozialistische Partei in Bolschewiki und Menschewiki.⁸⁶

Sofort nach dem 1. Weltkrieg agitierte Lenin einen Friedensschluss und forderte die Machtübernahme der Sowjets.⁸⁷

Mit der Transformation des Kommunismus hin zum Marxismus-Leninismus prägte er entscheidend die folgenden Jahre der ökonomischen Entwicklung der Sowjetunion.⁸⁸

3.2.1. Lenins ökonomische Sichtweise

Lenin erkannte schon sehr früh, welche Hauptproblematik im Sowjetrusland herrschte.

Einerseits die mangelnde industrielle Entwicklung, zurückzuführen auf die Gesellschaftsordnung des 19. Jahrhunderts, wo eine veraltete Agrarverfassung eine Abfolge zu einer moderneren Hierarchie verhinderte, andererseits die allgemeine Rückständigkeit in der Grundversorgung.

So kann man von einer Kombination aus negativen Umständen sprechen, wo eine Vielzahl von Einflussfaktoren mitwirkte. Vorwiegend zu erwähnen die schlechte Infrastruktur, die dezimierte landwirtschaftliche Versorgung und Entwicklung, die industrielle Depression sowie eine gesellschaftliche Unzufriedenheit.⁸⁹

⁸⁵ Pieplow, 1976, S. 289

⁸⁶ Ebenda, S. 289

⁸⁷ Ebenda, S. 289

⁸⁸ Ebenda, S. 289

⁸⁹ Raupach, 1964, S. 18 – 19

Die industrielle Revolution schritt in verschiedenen Phasen voran, wobei prinzipiell das marxistische Konzept einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die Oberhand gewinnen sollte.

Der soziale und vor allem wirtschaftliche Rückstand des zaristischen Russland im Vergleich zum Westen wurde dabei sehr konkret aufgezeigt, was Lenin zu einer Vielzahl von Reformen bewegte.

3.2.2. Kriegskommunismus

Schon während des 1. Weltkrieges, aber auch während des Bürgerkrieges von 1917 – 1920 wurde eines klar aufgezeigt. Sowjetrussland litt unter einer depressiven Industrieentwicklung.

Waffen und Munition konnten nicht in der benötigten Menge produziert werden, die allgemeine Kriegsversorgung konnte nicht vollzogen werden.

Die militärische Niederlage ist somit auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten zurückzuführen.

Um diesen Umständen beziehungsweise Entwicklungen entgegenzusteuern, präsentierte Lenin sein Reformpaket.

Wirtschaftspolitisches Hauptaugenmerk liegt in der Kumulation der Arbeitsproduktivität.

Die Einführung des Taylor-Systems 3, wonach eine professionelle Ausnutzung der Technik, eine steigende Arbeitsproduktivität sowie ein sparsamerer Umgang mit Rohstoffen positiv auf die Arbeitsrationalisierung wirken sollen, würde nach Meinung Lenins ebenso unter eine zentrale Kontrollperson gestellt werden.⁹⁰

Ebenso von großer Wichtigkeit war eine zentrale Rechnungsführung, um eine staatlich fortschrittliche Wirtschaftspolitik zu gewährleisten.⁹¹

Des Weiteren plante Lenin, das komplette Bankensystem unter staatliche Führung, besser gesagt Kontrolle zu stellen.⁹²

Anhand dieser ersten Aspekte kann man schon ganz gut erkennen, in welche Richtung sich Sowjetrussland unter Lenin entwickelte.

⁹⁰ Ebenda, S. 35

⁹¹ Ebenda, S. 35

⁹² Raupach, 1964, S. 35

Primär von sehr großer Bedeutung war jedoch die komplette Verstaatlichung aller relevanten ökonomischen Grundpfeiler der Wirtschaft Sowjetrusslands, sprich Schwerindustrie, Elektrizitäts-, Textil- sowie Zuckerwerke, ebenso wie die Erdölindustrie unter staatliche Kontrolle gestellt wurde.

Je nach Sparte wurde eine Kontrollkommission eingerichtet, der Volkswirtschaftsrat war nun verantwortlich für die Industrie, die GOELRO wurde zur Kommission für die Elektrifizierung.

Prägend für die weitere ökonomische Entwicklung ist die Einführung der so genannten Planungsrates Gosplan, der ab nun Jahres-, beziehungsweise Fünfjahrespläne auszuarbeiten hatte.⁹³

Um dem Hauptproblem der Grundnahrungsversorgung entgegenzuwirken, beziehungsweise die Ernährung der Bevölkerung zu gewährleisten, wurde ebenso der Boden verstaatlicht, um jedem Bürger die Möglichkeit zu geben den verstaatlichten Boden zu bearbeiten und so die Grundversorgung zu ermöglichen.⁹⁴

3.2.3 Neue ökonomische Politik

Mit dem Zusammenbruch der Grundversorgung sowie dem Ausbruch des Bürgerkriegs zog Lenin einige Schlüsse.

Ohne fehlendes Bindeglied zwischen Arbeitern aus den Sparten Industrie, Bergbau oder Transport und den Bauern kann sich die ökonomische Situation nicht erholen und entwickeln.⁹⁵

Der unbedingte Warenverkehr ist unabdingbar für eine aufstrebende, funktionierende Wirtschaft, vor allem wenn man sich die Menge an Handelspartnern objektiv vor Augen hält.

Dieser Entwicklung folgend kehrte man in Sowjetrussland zu dieser Zeit wieder in die Ausgangssituation der Vorkriegszeit zurück, da von einer technischen Erneuerung beziehungsweise Genese nichts zu spüren war.⁹⁶

Ausgangspunkt für die Neue Ökonomische Politik war die eingeführte Naturalsteuer per Dekret im März 1921.⁹⁷

⁹³ Ebenda, S. 36

⁹⁴ Ebenda, S. 37

⁹⁵ Ebenda, S. 47

⁹⁶ Raupach, 1964, S. 48 – 49

Oberste Priorität galt der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen.

Es entwickelte sich eine Mischung aus privatem und staatlichem Handel, wodurch die Spanne der Neuen Ökonomischen Politik an Signifikanz gewinnt. Man konnte durchaus von einer Wirtschaftsstimulation sprechen auf Grund der positiven Entwicklung des Handels. Logische Konsequenz war eine Vielzahl an verschiedenen Formen der Handelsorgane.⁹⁸

Schon in der Zeit der Neuen Ökonomischen Politik trat ein wesentliches Phänomen auf:

Die Problematik des Außenhandels, eingeschränkt durch die Verstaatlichung.⁹⁹

Erst gegen Ende der Epoche der NEP, verbesserten sich die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit Privatunternehmen aus der westlichen kapitalistisch geprägten Wirtschaftswelt.¹⁰⁰

Vor allem die Kluft zwischen der zentralistischen Absicht der Regierung und die Erhaltung und Konzeption der Unternehmen führte zunehmend zu Problemen. Die Aufteilung in Hauptverwaltungen, so genannte Glawki, bestand in diesem Sinne bloß illusorisch.¹⁰¹

Somit kann man bei der NEP von einer Entwicklung sprechen, die in die Richtung der Privatisierung geht. Die Arbeitsmoral und Motivation wurde zur Zeit der NEP gesteigert, der Hunger der Bevölkerung gestillt und auch die Industrie und Wirtschaft wurde saniert.¹⁰²

3.3. Innerparteilicher Machtkampf

Noch zu Lenins Lebzeiten entwickelte sich innerparteilich ein Machtkampf um dessen Nachfolge.

Auf Grund der parteiinternen Auseinandersetzungen implementierte sich ein Linker Parteiflügel, dem Leo Trotzki angehörte und antagonistisch ein Rechter Flügel mit Bucharin an der Spitze.

Forderungen einer raschen Industrialisierung des Linken Flügels standen Forderungen zur Unterstützung der Bauern gegenüber. Dennoch war man der

⁹⁷ Ebenda, S. 49

⁹⁸ Ebenda, S. 50 – 51

⁹⁹ Ebenda, S. 53

¹⁰⁰ Ebenda, S. 53

¹⁰¹ Ebenda, S. 54

¹⁰² Ebenda, S. 61

Überzeugung, dass eine Spaltung der Partei verhindert werden musste und begann mit Positiv Propaganda.¹⁰³

3.3.1. Aufstieg Stalins

Zwischen Rechtem und Linkem Flügel stand Stalin sozusagen in der Vermittlerposition.

Stalin zeichnete sich mit enormem Organisationstalent aus und verstand es, sich ab 1922 in der Funktion des Generalsekretärs in allen Parteigremien Freunde und Gleichgesinnte zu schaffen.

Vor allem aber konnte er in dieser Funktion den innerparteilichen Informationsfluss steuern, war zum Todeszeitpunkt Lenins von ungeheurer Bedeutung war.¹⁰⁴

Der Unterschied zwischen Lenin und Stalin war vor allem charakterlicher Natur, des Weiteren prägend war aber auch die Umgebung der Mitarbeiter.¹⁰⁵

Schon zu Zeiten Lenins manifestierte sich ein Regime der Diktatur. Stalin verstand es, dieses perfekt für sich zu nutzen. So kann man nicht von einer Wende von Lenin zu Stalin sprechen.

Lenin selbst sprach sich gegen einen Nachfolger Stalin aus, schon alleine aus Unzufriedenheit über sein Handeln als Führer der Volkskommissariate, vergleichbar mit einer Funktion als Minister.

Stattdessen sollte Trotzki Lenins Nachfolge antreten.¹⁰⁶ Wie schon erwähnt verfügte Stalin parteiintern über die Informationskompetenz, sodass Lenins Anliegen verpuffte.

1927 eliminierte Stalin Trotzki und den Linken Flügel, noch im gleichen Jahr auch den Rechten Flügel mit Bucharin.¹⁰⁷

Übrig bleibt Stalin als ein uneingeschränkter Führer der Partei.

¹⁰³ Salis von, 1980, S. 356

¹⁰⁴ Ebenda, S. 349

¹⁰⁵ Ebenda, S. 354

¹⁰⁶ Ebenda, S. 355

¹⁰⁷ Salis von, 1980, S. 365

3.3.2. Kollektivierung der Landwirtschaft

Primäres Exportgut in der Sowjetunion war zu dieser Zeit zweifellos Getreide, wobei man sich mit dessen Erlös auch für die Entwicklung der Industrie einen Anstieg erhoffte.

Zu Zeiten Lenins, vor allem in der Zeit der neuen ökonomischen Politik steigerte sich die Getreideproduktion gewaltig. Problematisch war jedoch, dass vor allem für die Bauern keine adäquaten Produkte zum Ankauf standen, die einen Anreiz für mehr Produktion und Verkauf gaben.

Als sich die Politik in dieser bedeutenden Causa einschaltete, mittels Propaganda zur Mehrproduktion aufrief aber sich in weiterer Zeit nichts maßgeblich änderte, kehrte Stalin zurück zum Kriegskommunismus.

Vor allem die Kulaken waren Stalin nicht wohlgesonnen. Er bezichtigte sie der Untergrabung und Sabotage des Regimes und spielte sie gegen die Bauern aus.¹⁰⁸ Logische Konsequenz war diesbezüglich, dass eine Vielzahl an Bauern in die Kolchosen „flüchteten“.

Diese zeichneten sich durch Gemeinschaftsnutzung aus, sprich Geräte und Vieh wurden gemeinsam verwendet.¹⁰⁹

Um Anspruch auf gesellschaftliches Eigentum stellen zu können, muss jedoch erst das private Eigentum die Verstaatlichungsphase durchlaufen. Trotzki verglich diesen Entwicklungsprozess mit der Konzeption eines Schmetterlings, beginnend mit dem Status der Raupe.¹¹⁰

Mit Beginn 1928 wurde der Kollektivierung der Landwirtschaft noch mehr Bedeutung zugeordnet.¹¹¹

Hintergründe gab es natürlich einige: ein wichtiger Gesichtspunkt Stalins war natürlich die Industrialisierung, die er so rasch als möglich forcieren wollte.

Möglicherweise auch ermutigt durch den absehbaren Zweiten Weltkrieg. Weiters wurde von der Parteizentrale auch der Vormarsch zur Großindustrie, sprich Großmechanisierung und Produktion vorgegeben.¹¹²

So wird keinerlei Rücksicht auf den einzelnen Bauern genommen.

Zwangskollektivierungen, Zwangseintreibungen von Erntebeständen führen dazu,

¹⁰⁸ Raupach, 1964, S. 81

¹⁰⁹ Ebenda, S. 76 – 77

¹¹⁰ Van Linden, S. 47

¹¹¹ Raupach, 1964, S. 78

¹¹² Raupach, 1964, S. 75 - 76

dass der Staat mehrfach soviel Getreide bekommt wie zu Zeiten der NEP. Aus diesen Erträgen kann jedoch die forcierte Industrialisierung finanziert werden, wobei unter diesen Umständen die Bauern an ihrem Existenzminimum leiden.

3.3.3. Industrialisierung

Die Epoche der forcierten Industrialisierung, zeitlich einzuordnen von ungefähr 1928 bis 1950 war von vielen verschiedenen Einflussfaktoren geprägt.

Geplant wurde der Industrialisierungsprozess mit Hilfe von Fünfjahresplänen, die vom GOSPLAN kontrolliert und überwacht wurden.¹¹³

Der erste FJP wurde im Oktober 1928 am Parteikongress beschlossen. Geprägt war die Epoche jedoch von verschiedenen Aspekten.¹¹⁴

Stalin versuchte in jeder Hinsicht, die Wehrkraft des Landes aufrechtzuerhalten, sogar zu verstärken. Daher ist die Zeit der Industrialisierung auch gleich zu verstehen mit einem gewissen Kriegskommunismus.¹¹⁵ Primäre Wirtschaftsziele waren die Forcierung und Verstärkung der Stahl-, Energie- und Maschinenindustrie.¹¹⁶

Ebenso wurde eine totale Unabhängigkeit vom Ausland angestrebt, was in gewisser Weise unmöglich war.

Auf Grund der unterentwickelten Technologiestandards musste ausländisches, westliches Know-how in Form von qualifizierten Ingenieuren angeschafft werden.¹¹⁷

Beste Beispiele dafür waren das Dnjeprkraftwerk oder die Autowerke in Gorkji, die eine gewisse Verwestlichung der Technologie zeigen. Gewährleistet wurden diese Entwicklungen auch durch Spionage und unerlaubte Wissensbeschaffung.¹¹⁸

Statistisch gesehen wurden die wirtschaftlichen, technischen und ökonomischen Kapazitäten nach Ablauf des ersten Fünfjahresplan um zwei Drittel vergrößert, was für enormen Fortschritt sprach.¹¹⁹

Die forcierte Konzentration auf Großbetriebe Stalins zeigte erste Ergebnisse, wobei man in den Produktionszentren auch auf westliche Standards setzte wie zum Teil auf Fließbandarbeit oder das bewährte Taylorsystem. Systematisierungsprozesse zur

¹¹³ Ebenda, S. 82

¹¹⁴ Ebenda, S. 84

¹¹⁵ Ebenda, S. 84

¹¹⁶ Ebenda, S. 85

¹¹⁷ Ebenda, S. 86

¹¹⁸ Ebenda, S. 86

¹¹⁹ Raupach, 1964, S. 91 – 92

Steigerung der Produktivität wurden auf westliche Standards umgestellt und so der Industrialisierungsprozess forciert.¹²⁰

Intention des Zweiten Fünfjahresplans war es vornehmlich, die Wiederherstellung der Volkswirtschaft zu vervollständigen. In der Folge ergaben sich diverse Industriezentren, so wurde Erz und Kohle in der Ukraine in Donez, die Schwerindustrie auf Grund der guten Meerlage in St. Petersburg oder die Textilindustrie in Zentralrussland angesiedelt. Jedoch musste auch den hohen Transportkosten und der schlechten Infrastruktur tripot gezollt werden: viele ertragreiche Rohstoffgebiete blieben folglich unerschlossen.¹²¹

Dennoch wurden neue Industriegebiete geschaffen, vornehmlich, um Angriffen im Kriegsfall weniger Möglichkeiten zu geben. So wurde 1940 30 Prozent der Produktion im Osten erwirtschaftet.

Geprägt war die Epoche der Industrialisierung jedoch auch sehr wohl vom Zweiten Weltkrieg.

Jedoch war die Sowjetunion bestens darauf vorbereitet, auch die systematische Umstellung in den Kriegszustand erfolgte dezent.¹²²

Zwar waren die Verluste von Maschinen und Soldaten groß, dennoch, die Gebietsgewinne und die gesteigerte Produktion während des Krieges sprachen sich eindeutig für das System aus, wobei die neuen Industriezentren im Osten produktiv wirtschafteten.¹²³

Positiv auch die neuen Errungenschaften beispielsweise in Osteuropa, wo sofort das technische Knowhow beispielsweise in der Feinmechanik angeeignet wurde.¹²⁴

Auch die Versorgung der Bevölkerung wurde nicht maßgeblich beeinträchtigt, das Kolchosssystem war ebenso wenig beeinträchtigt.¹²⁵

Zusammenfassend trat die Sowjetunion wirtschaftlich und ökonomisch, als auch außenpolitisch gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg heraus.

¹²⁰ Ebenda, S. 91 – 92

¹²¹ Ebenda, S. 92 – 93

¹²² Ebenda, S. 99

¹²³ Ebenda, S. 100

¹²⁴ Ebenda, S. 101

¹²⁵ Raupach, 1964, S. 103

3.3.4. Stalinismus

In der Ära Stalin entwickelte sich eine totalitäre Gewaltherrschaft. Joseph Stalin vollzog einen Industrialisierungsprozess in Zeitraffer, praktiziert jedoch mit absoluter Gewalt und Kontrolle.

Mit Hilfe der Geheimpolizei wurde die Arbeitsdisziplin überwacht, Regimegegner schnell beseitigt in Gulags.

Gründe für den niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung wurden jedoch nicht im System gesucht, sondern in Personen, die rasch eliminiert wurden.

Auch in Kriegszeiten wurden alle ökonomischen und staatlichen Prozesse nicht außer Acht gelassen. Oberste Priorität galt der Aufrechterhaltung des Systems.

Geprägt war seine Ära durch verschiedene

Außergewöhnliche Großprojekte wie die Umwandlung der Natur charakterisierten Stalins Persönlichkeit: beginnend bei Waldschutzstreifen in Getreidesteppen, Umgestaltung von Flussläufen über vollautomatisierten Wasserversorgungsprojekten bis hin zur Kanalversorgung wurden all jene Großprojekte auch zu Kriegszeiten ausgebaut und gaben der Ära Stalin einen unbeschreiblichen Stellenwert, in positiver als auch negativer Hinsicht.¹²⁶

3.4 Wirtschaftsreformen Chruschtschows und Kossygins

3.4.1 Chruschtschow

Mit dem Ende der Ära Stalin war die absolute Alleinherrschaft und forcierten ersten Transformation der Gesellschaft in der Sowjetunion vorerst beendet. Hans Raupach sprach sogar von einer „*Konsolidierung der Produktionsstruktur*“. Die erste Industrialisierungsphase war mit dem Tod Stalins somit abgeschlossen und man modifizierte das System weg von der Befehlswirtschaft.

Im Septemberplenum 1953 brachte Chruschtschow Vorschläge zu einer Verbesserung, beziehungsweise Stabilisierung der Bevölkerung und vornehmlich der Landwirtschaft.¹²⁷

¹²⁶ Ebenda, S. 102

¹²⁷ Aganbegjan, 1989, S. 174

Auch außenpolitisch verstand Chruschtschow sich zu profilieren. Einerseits sorgte er für Entspannung in den sowjetisch – finnischen Beziehungen mit dem Truppenabzug auf Porkkala.¹²⁸

Bruno Kreisky zitierte Mrs. Thatcher folgendermaßen, dass es durchaus möglich ist, Geschäfte mit Chruschtschow zu machen, „to do Business with him“.

Bemerkenswert war außerdem laut Kreisky, dass sich Chruschtschow außenpolitisch selbst um die Probleme annahm, nicht untergeordneten Funktionären der Partei die Arbeit und Verantwortung übertrug.¹²⁹

Innenpolitisch wurde am Septemberplenum der KPdSU eine politische Weichenstellung in der Landwirtschaft vorgenommen. Man erkannte, dass es dem Land nur gut gehen würde, wenn sich auch die Landwirtschaft positiv entwickelt. So verabschiedete man als erstes die staatlichen Zwangsablieferungen, sozusagen die Naturalsteuer wie es Stalin bezeichnete. Ziel war es, ein ökonomisches Gleichgewicht zwischen Stadt und Land zu schaffen, beginnend bei den Reallöhnen von Arbeitern und Bauern zur Steigerung der Effizienz.¹³⁰

Weiters wurde eine „Agrarreform“ vollzogen, wonach man den Ernteertrag zu steigern versuchte mit Bodenreformen, beispielsweise der Modifikation von Brachland. Bis 1959 war diese Agrarreform auch von Erfolg verwöhnt, wobei man auch in der Industrie ähnliche Ansätze umzusetzen versuchte.¹³¹

Scheinbar unerreichbare Ziele, wie beispielsweise eine Steigerung der Pro-Kopf Produktion von Fleisch und Milch, wo man versuchte, Amerika und westliche Staaten in dieser Statistik zu übertrumpfen, wurden gesteckt.¹³² So scheiterte ein langfristiger Erfolg an administrativen politischen Druck auf die Landwirtschaft, diese Ziele zu erreichen.¹³³

¹²⁸ Kreisky, 1988, S. 105 – 106

¹²⁹ Ebenda, S. 106

¹³⁰ Aganbegjan, 1989, S. 174

¹³¹ Ebenda, S. 175

¹³² Ebenda, S. 177

¹³³ Ebenda, S. 176 – 177

3.4.2 Breschnews Machtantritt und Kossygins Planungen

Mit der Absetzung, beziehungsweise Rücktritt Chruschtschows setzte abermals eine Flexibilisierung der Landwirtschaft ein, die am März-Plenum 1965 vom Zentralkomitee umgesetzt wurde.¹³⁴

Neuer starker Mann der Sowjetunion war Leonid Breschnew, dessen Ministerpräsident Kossygin die Wirtschaftsplanung übernommen hatte.

Wirtschaftspolitisch spektakulär aber die am September-Plenum des Zentralkomitees vorgestellten Reformbeschlüsse von Kossygin, Vorsitzender des Ministerrats der Sowjetunion.¹³⁵

„Kossygins Reformen“ zielten nicht nur auf die stagnierende Landwirtschaft ab, sondern umfassten auch Industrie und Schwerindustrie.¹³⁶

Des Weiteren wurde erkannt, dass auch Bauwirtschaft und Infrastruktur maßgeblich am wirtschaftlichen und ökonomischen Erfolg beteiligt sind, und wurde diesbezüglich in den neuen Reformplan eingeschlossen.¹³⁷

Chruschtschows Sownarchosen wurden wieder invertiert zu den ehemaligen Branchenministerien.

In der Industrie wurde bis 1970 ein Produktionsanstieg von knapp 30% verzeichnet, zurückzuführen auf eine vielseitige Produktionsoptimierung.¹³⁸

Aber wie schon in der Vergangenheit wurde dieser kurzzeitige wirtschaftspolitische Erfolg, zurückzuführen auf Kossygins Reformen, durch die Bürokratisierung gebremst.

Die sowjetische Führung, im Bereich der Industrie vor allem das dafür zuständige Branchenministerium, übten einen übermächtigen Druck in Form von lenkungsmethodischen Eingriffen in die Wirtschaftskompetenzen der Betriebe aus, was als logische Konsequenz eine alternierende Stagnation zur Folge hatte.¹³⁹

¹³⁴ Aganbegjan, 1989, S. 177

¹³⁵ Ebenda, S. 178

¹³⁶ Ebenda, S. 178 – 179

¹³⁷ Ebenda, S. 179

¹³⁸ Ebenda, S. 178

¹³⁹ Ebenda, S. 180

3.5 Andropow und Tschernenko – 28 Monate des Übergangs

3.5.1 Andropow, der Geheimdienstler

Mit Ende 1982 übernahm Juri Andropow die Führung der UdSSR. Konfrontiert mit einer *„ineffizienten, überalterten Wirtschaft, wonach zu wenige Konsumgüter produziert wurden, einer enormen Korruptionsquote, sowie einer überalterten Bürokratie, als auch verrostete Außenbeziehungen zur USA und China“*, musste Andropow vorerst seine gewonnene Machtposition absichern.

Nachdem Andropow als ehemaliger KGB-Chef großen Rückhalt in seinen Säuberungsmaßnahmen hatte, wurde eine Umbesetzung der wichtigsten Minister- und Führungsposten auch für nachfolgende Jahre von großer Bedeutung. Wie es Placke vorsichtig formulierte: *„Es gelang Andropow tatsächlich, die schwerfällige, sowjetische Bürokratie aufzuschrecken und einige unfähige oder korrupte Funktionäre von ihren einflussreichen Positionen zu entfernen.“*

Placke vertritt auch die These, dass in der Amtszeit Andropows, wie auch in der Tschernenkows, auf den ich im folgenden Abschnitt vertieft eingehen werde, *„nicht eine Person an der obersten Spitze der Führung stand, sondern einige Zentren existierten, die leadership-Funktionen ausübten“*.¹⁴⁰

Zu erwähnen diesbezüglich laut Placke galten neben Andropow und Tschernenko auch Außenminister Gromyko, sowie Verteidigungsminister Ustinow, die ihre Machtposition, gestützt auf ihr Umfeld, ausübten.

Gorbatschow, zu Zeiten Andropows Agrarexperte, schlüpfte immer mehr in die Rolle des Wirtschaftsexperten.

Man war mit der Tatsache konfrontiert, *„das gesamte ökonomische Lenkungssystem umgestalten zu müssen“*.¹⁴¹

So wurde die *„bereits 1979 implizierte Selbstständigkeit der Unternehmen kontinuiert“*.¹⁴²

Die Wirtschaftsdaten sprachen eindeutig für eine positive Bilanz.

¹⁴⁰ Placke, 1994, S. 102

¹⁴¹ Ebenda, S. 53

¹⁴² Placke, 1994, S. 54

Ebenso wurden in Landwirtschaft und Bildungssystem neue Reformschritte durchgeführt, um einerseits die steigenden Bevölkerungszahlen auch mit steigender Produktionssteigerung im Bereich der Nahrung zu kompensieren.

Im Schulwesen wurde unter Andropow eine „*bessere Vorbereitung auf das Berufsleben*“ initiiert, wonach eine Qualifikationssteigerung der Arbeiter hervorgerufen werden sollte.¹⁴³

3.5.2 Tschernenko, die Verkörperung des Stillstandes?¹⁴⁴

Konstantin Tschernenkos kurze „*Regentschaft*“ wurde durch zwei entscheidende Faktoren geprägt:

Einerseits durch seinen schlechten Gesundheitszustand, hervorgerufen durch sein relativ hohes Alter, und andererseits, machtpolitisch von großer Relevanz, so meine ich, von progressiven Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Hegemonialgruppen.¹⁴⁵

Diese tobenden Machtbestrebungen der unterschiedlichen Gruppen im ZK erschwerten eine Umsetzung seiner politischen Vorhaben extrem.¹⁴⁶

Entscheidend vor allem auch die Position von Michail Gorbatschow, der als Nachfolger Andropow's gehandelt wurde.

Gorbatschow „*diskreditierte Tschernenko regelrecht als Nichtstuer*“, ¹⁴⁷ was definitiv für einen innerparteilichen Machtkampf sprach.

Reformen gab es unter Tschernenko nur wenige, sein Hauptaugenmerk lag an der Konsolidierung der Macht, was in seinem hohen Lebensalter als trist einzustufen war.

¹⁴³ Ebenda, S: 60

¹⁴⁴ Ebenda, S. 46

¹⁴⁵ Ebenda, S. 47

¹⁴⁶ Ebenda, S. 47

¹⁴⁷ Ebenda, S. 48

3.6 Gorbatschow Wirtschaftsstrategien

3.6.1. Der Machtwechsel

Als Symbolwirkung konnte man die Begräbnisse der letzten drei Partei- und Staatsführer Breschnew, Andropow und Tschernenko sehen, gleichbedeutend mit der „*abgestorbenen Lebensform*“ der Weltmacht UdSSR.

Innerhalb von knapp 2 Jahren wurden 3 Staatsmänner beerdigt.

Symbolcharakter, wie es der Westen zu kommentieren pflegte. Völlig konträr dazu der plötzliche Aufstieg eines „*jungen*“ aufstrebenden Staatsmannes namens Michael Sergewitsch Gorbatschow.

Kometenhaft, innerhalb von nur 7 Jahren vom regionalen Parteisekretär Strawopols über das Politbüro als jüngstes Mitglied und den Posten als Zentralkomitee-Sekretär für Landwirtschaft¹⁴⁸ zum Generalsekretär auserkoren zu werden.

Seinen forcierten und erfolgreichen Aufstieg verdankt Gorbatschow vor allem auch Andropow, wonach er sich auch weiterhin auf Vertrauensleute aus dem KGB stützen durfte.

Schon am Begräbnis Tschernenkows ergriff Gorbatschow das Wort, und stellte unmissverständlich klar, in welche Richtung sich die Sowjetunion in den nächsten Jahren bewegen wird.¹⁴⁹

Außenpolitisch verstand er es außerordentlich, sich beim ersten Zusammentreffen mit Mitterand aus Frankreich, Margret Thatcher aus GB und Helmut Kohl aus Deutschland zu profilieren, und somit auch auf diesem bilateralen Weg einen Umschwung in der Sowjetunion zu propagieren. Lediglich George Bush als Vizepräsident der USA, war schließlich etwas um Vorsicht bedacht, den Amerikanisch-Europäischen Beziehungen höchste Priorität zuzusprechen.

So wird er im Westen als historischer Held bezeichnet, ein Staatsmann, der die UdSSR als Weltmacht friedlich auf die eigentliche Größe und Macht reduzierte.¹⁵⁰

¹⁴⁸ Adam, 1992, S. 25

¹⁴⁹ Schmidt, 1985, S. 38

¹⁵⁰ Der Spiegel, 2006, S. 144

3.6.2 Perestroika, Glasnost und Uskorenije

Wirtschaftspolitisch ist die Ära Gorbatschow geprägt durch einige bedeutungsvolle Schlagworte, die maßgeblich auf den Sozialismus abzielen.

Perestroika, *Glasnost* und *Uskorenije*. Umgestaltung, Transparenz und Beschleunigung, übersetzt, waren Gorbatschows Slogans und Begriffe, die seine Regentschaft prägten.

Umgestalten im Zuge einer *Perestroika* wollte Gorbatschow laut Jörg Stadlbauer nicht nur die Institutionen des politischen Systems transformieren, auch in der Wirtschaft gehörte nach Ansicht Gorbatschows einiges verändert.¹⁵¹

Beginnend bei der Umbesetzung der KPdSU einer relativ veralternden politischen Riege bis hin zu einer Transformation des wirtschaftspolitischen Regimes mit Fokus auf eine westliche Marktwirtschaft gab es laut Gorbatschow eine Vielzahl an Veränderungsoptionen in der UdSSR.

Um alle gesteckten Intentionen zu realisieren, war es selbstverständlich nötig, diese geplanten Veränderungen und Vorgänge zu forcieren, um das angestrebte Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Wirtschaftspolitische Ziele versuchte man mit Hilfe von „*Push*“- Faktoren umzusetzen, so zu erwähnen beispielsweise die Wirtschaftsreform von 1987, auf die im folgenden Abschnitt eingegangen wird.

Betreffend des Begriffes *Glasnost*, darunter versteht man im Kontext mit der UdSSR eine politische Transparenz für die sowjetische Bevölkerung, stellt dieser Terminus eine sehr interessante Verbindung zum ebenso für Gorbatschow bedeutsamen Verständnis von „*Demokratisazija*“ dar.

Der Zusammenhang für Gorbatschow zwischen einer politischen Transparenz und einer Demokratisierung des Landes prägt insofern wichtige Entscheidungen, worauf im Kapitel des Demokratisierungsprozesses noch näher eingegangen wird.

Zieht man bezüglich dieser Gorbatschowschen Bezeichnungen ein kurzes prägnantes Resümee,

so ist festzustellen, dass sein wirtschaftspolitisches Verständnis und seine ökonomischen Resolutionen geprägt waren von diesen Begriffen.

Leicht zu konstatieren, zieht man den Demokratisierungsprozess, die Wirtschaftsreform oder die Modifikation der KPdSU heran.

¹⁵¹ Stadlbauer, 1998, S. 6

3.6.3. Finanzreform 1987

Bezeichnend für Gorbatschows wirtschaftspolitisches Verständnis war die 1987 durchgeführte Wirtschaftsreform.

Reformiert wurden nicht nur das Banken- und Finanzsystem, ebenso wurde das Versorgungssystem sowie verstaatlichte Betriebe und das staatliche Plankomitee auf den neuesten ökonomischen Stand gebracht und transformiert.¹⁵²

Geplant war eine Selbstständigkeit aller Betriebe, wodurch man sich eine Optimierung der Produktion und auch des Produktionsvolumen erwartet hatte.¹⁵³

So gab man den Betrieben die Möglichkeit, ihre Finanzpläne eigenständig auszuarbeiten und ihre erwirtschafteten Finanzmittel selbst zu investieren, was davor durch die zentralistischen automatischen Kontrollmechanismen nicht gegeben war.¹⁵⁴

Diesbezüglich waren den zuständigen Ministerien in der Finanzfrage ab nun an die Hände gebunden und sie hatten keinerlei Entscheidungskompetenzen inne.

Finanzielle Normen sollten einerseits den Ministerien zur Kontrollfunktion, als auch den Betrieben selbst zur Gewinnoptimierung verhelfen, wodurch sich eine Vereinheitlichung der Paradigmen für verschiedene Wirtschaftsbranchen ergab.¹⁵⁵

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Finanzreform von 1987 war außerdem die Kooperation zwischen monetärem und realem Finanzverhalten der Ministerien an sich.¹⁵⁶

So wurden in die finanzreformellen Beziehungen zwischen Staat und Betrieben auch das Bank- und Kreditsystem, sowie ein neues Steuersystem miteingebunden.

Demnach sprach man der Selbstfinanzierung der Betriebe mit Hilfe von Krediten eine außerordentlich große Rolle zu.

Das Steuersystem der Betriebe wurde strukturell auf zwei Vorgaben reduziert, einerseits

eine Versteuerung des Nettogewinns nach Subtraktion der Abgaben sowie der Kreditzinsen.¹⁵⁷

¹⁵² Jeong, 1993, S. 125

¹⁵³ Ebenda, S. 125 – 126

¹⁵⁴ Ebenda, S. 126

¹⁵⁵ Ebenda, S. 127

¹⁵⁶ Ebenda, S. 128

¹⁵⁷ Jeong, 1993, S. 129

Andererseits eine Besteuerung der Fabrikations- und Herstellungsressourcen, wobei hier eine

Gliederung in 3 Bereichen erfolgte:¹⁵⁸

- *Gebühren für Arbeitskräfte*
- *Gebühren für Naturalien wie Wasser oder Bodenschätzen*
- *Produktionsfondsabgabe*

Diese steuerlichen Einnahmen gewährleisteten die Einnahmen des Staates, wonach jeder Betrieb beispielsweise mit 300 Rubel pro Arbeitnehmer versteuert wurde.¹⁵⁹

Betrachtet man die Wirtschaftsreformen vorangegangener Staatsführer wie Chruschtschow oder Kossygin, so kann man einen neuerlichen Versuch der Selbstständigkeit der Betriebe erkennen.

Schon Jahrzehnte davor wusste man um die Erfolgchancen einer selbstständigen Betriebsführung.

Vergleichsweise dazu jedoch unterschied sich Gorbatschows wirtschaftspolitisches Denken aber im Zuge der Rechenführung der Betriebe.

Ein Novum, zweierlei Schemen der Rechnungsführung zu präsentieren.¹⁶⁰

Im Bereich des Bankensystems wurde die Staatsbank, auch bekannt als Gosbank mit der Betreuung der einzelnen Betriebe enthoben. Sie übernahm in gewisser Weise eine Kontrollfunktion aller banklichen Tätigkeiten und verfügte über eine Lenkungscompetenz in allen Kredit- und Verrechnungsfragen.¹⁶¹ Die

Aufgaben der Gosbank übernahmen nun fünf neu gegründete „Spezialbanken“:¹⁶²

- Geldinstitut für
- *Industrie und Bauwesen (Promstrojbank)*
 - *Agroindustrie (Agroprombank)*
 - *Wohnungsbau und soziale Entwicklung (Zilsozbank)*
 - *Außenwirtschaft (Vnesekonombank) und*
 - *die Sparbank (Sberbank)*

¹⁵⁸ Ebenda, S. 129

¹⁵⁹ Ebenda, S. 130

¹⁶⁰ Ebenda, S. 133 – 134

¹⁶¹ Ebenda, S. 149 – 151

¹⁶² Ebenda, S. 151

Ebenso wie die Betriebe sollten die Spezialbanken auf eine selbstständige Rechnungsführung und eine Selbstständigkeit eingestellt werden, um die Schaffung eines eigenen Kapitalmarktes zu gewährleisten und zu garantieren.¹⁶³

Hemmend für eine rasche Etablierung des Kapitalmarktes war jedoch noch immer eine gewisse Kontrollfunktion der Gosbank in der Kreditfrage. So konnten Spezialbanken in Verhandlungen mit Betrieben immer nur ihr vorgegebenes Kreditkapital zur Verfügung stellen, wo ein begrenzter Spielraum gegeben war.¹⁶⁴

Um diese Barriere zu umgehen, wurde mit Hilfe des Genossenschaftsgesetzes von 1988 die Gründung von Kooperativbanken erlaubt, um eine Flexibilisierung des Bankenwesens zu schaffen.¹⁶⁵

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Finanzreform von 1987 wirtschaftlich keine Verbesserungen für die Sowjetunion brachte.

Somit ist zu erwähnen, dass all jene Reformen das Ziel der Transformation vom sowjetischen wirtschaftspolitischen System zum Modell der westlichen Marktwirtschaft nicht gegriffen haben.

Gorbatschow blieb 1990 im Zuge der Verschuldung des Staatshaushaltes und der Weltwirtschaftskrise keine andere Wahl als vom Notstandsgesetz gebrauch zu machen, und steuerte seine wirtschaftspolitischen Anschauungen ohne Zustimmung des Parlaments.

3.6.4. Demokratisierungsprozess

Der Demokratisierungsprozess der Regentschaft Gorbatschows begann noch vor seinem Antritt als neuer Staatsmann der UdSSR.

So sprach er im Dezember 1984 in Moskau von einer Integration verschiedener Volksgruppen wie Bauernschaft, Proletariat und vor allem auch der Wissenschaft in die politischen Handlungen, um dadurch eine objektivere und volksnahe Meinung zu entwickeln.¹⁶⁶

¹⁶³ Jeong, 1993, S. 151 – 152

¹⁶⁴ Ebenda, S. 151

¹⁶⁵ Ebenda, S. 164 – 165

¹⁶⁶ Schmidt, 1985, S. 157

Diesbezüglich stand dementsprechend auch eine Einbindung der wirtschaftswissenschaftlichen Institute als Schwerpunkt der angestrebten Demokratisierung.¹⁶⁷

Freie Meinungsäußerungen in allen Bereichen wurden umgesetzt. Mit der Expansion der Glasnost wurde am 27. Parteitag der KPdSU eine Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit forciert.

Somit war schon vor Amtsantritt Gorbatschows allen klar, in welche Richtung sich die UdSSR in den nächsten Jahren bewegen wird.

Man fokussierte in Richtung Demokratisierung und Marktwirtschaft.

Diese eben angesprochene Demokratisierung war schließlich auch dafür verantwortlich, dass die im vorigen Kapitel beschriebene Perestroika forciert werden konnte.

Abel Aganbegjan, Chefberater Gorbatschows in Wirtschaftsfragen sprach in seiner Publikation „*Ökonomie und Perestroika*“ von einer treibenden Kraft für die Perestroika, wodurch auch eine Reversion unmöglich wäre.¹⁶⁸

Laut Aganbegjan wurde die Demokratie in der UdSSR erstmals 1987 auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees öffentlich konferiert.¹⁶⁹

Wie schon im Kapitel der Finanzreform von 1987 detailliert aufbereitet, waren Gorbatschows wirtschaftspolitische Bestrebungen immer darauf bedacht, sein Ziel, die Demokratisierung, beziehungsweise auch die Transformation zur Marktwirtschaft westlichen Vorbilds zu realisieren.

Demokratisierung laut Gorbatschow war jedoch nicht nur, verschiedene Volksgruppen wie Bauern oder Arbeiter, aber auch Betriebe in den politischen Transformationsprozess zu implizieren, sondern auch Kontinuität in das Handeln zu bringen.

Hauptaugenmerk der Politik Gorbatschows lag auf zwei wichtigen wirtschaftlichen als auch menschlichen Aspekten:

Einerseits sollte die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln,

¹⁶⁷ Schmidt, 1985, S. 157

¹⁶⁸ Aganbegjan, 1989, S. 227

¹⁶⁹ Ebenda, S. 227

Medikamenten und Heizmaterial gewährleistet werden, um einen gewissen Zufriedenheitsgrad zu schaffen.

Andererseits musste die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe forciert werden. Diese in der Finanzreform von 1987 entwickelten Wirtschaftsthesen, aber auch volksnahe Transformations- und Demokratisierungsvorhaben könnten jedoch nur greifen, wenn die Bevölkerung selbst daran glaubt.¹⁷⁰

3.6.5. Außenpolitik und Außenwirtschaft der UdSSR unter Gorbatschow

Außenpolitisch hatte Michail Gorbatschow schon zu Amtsantritt den großen Vorteil, gegenüber seinen Vorgängern jung, flexibel und dynamisch zu wirken.

Breschnew, Antropow sowie Tschernenko waren Staatsmänner in hohem Alter, geprägt durch eine langjährige politische Laufbahn, wonach eine gewisse Dynamik verloren ging.

Gorbatschow hingegen, studierter Jurist und Agrarökonom, verstand es ausgezeichnet, außenpolitisch zu brillieren.

Bei Treffen mit Mitterand, M. Thatcher als auch H. Kohl waren anschließend immer positive Reaktionen gewiss.

Primär war außenpolitisch jene Entscheidung Gorbatschows von größter Wichtigkeit, dass er nämlich Andreij Gromyko, bislang Außenminister, durch Eduard Schewardnadse ersetzte und so neuen Elan in die Ost-West-Beziehungen brachte. Mit Charme und diplomatischen „*Fingerspitzengefühl*“ tastete sich Gorbatschow an die USA heran und trat zugleich 1986 für die Proliferation von Atomwaffen bis zur Jahrtausendwende ein.

Ein weiterer bedeutender Meilenstein in der Außenpolitik unter Gorbatschow war die Unterzeichnung des INF-Vertrages in Washington im Dezember 1987, der besagte, das mit beiderseitiger Zustimmung alle Kurz- und Mittelstreckenraketen vernichtet wurden. Gleichzusetzen ist diese Unterzeichnung des Abkommens mit dem Ende des Kalten Krieges und der Bipolarität.

¹⁷⁰ Gorbatschow, ?, S. 103

1988 folgte die Unterzeichnung des Genfer Afghanistan Abkommens, wonach ein Truppenabzug bis Feb 1989 von Gorbatschow garantiert wird.

Größte Priorität zu dieser Zeit galt aber auch den Außenwirtschaftsbeziehungen, wonach sich Außenhandel vorbildlich gegenüber der Inlandsproduktion steigern muss.

Eine beträchtliche Rolle spielte natürlich auch die enorme Auslandsverschuldung, wobei man versuchte, mit Hilfe einer Steigerung und Optimierung des Exportwesens die Rückzahlungen zu komplettieren.¹⁷¹

Ebenso spielte der Import zu dieser Zeit eine entscheidende Rolle in der Etablierung und Entwicklung der Perestroika. Bis zu 20% der Importe betrafen den Maschinenbau alleine.¹⁷²

Wie wichtig die außenwirtschaftlichen Beziehungen für die UdSSR waren, kann man schon alleine durch die Schaffung einer Staatlichen Außenwirtschaftskommission erkennen.¹⁷³

Des Weiteren schaltete sich auch die Industrie- und Handelskammer immer mehr in die Außenwirtschaft ein, man erkannte sehr schnell welch riesiges Potential an ausländischen Firmen vorhanden war.¹⁷⁴

Gegründet beziehungsweise geschaffen wurden immer mehr Geschäftsverbände, man kam auf den Geschmack von Joint Ventures.¹⁷⁵

Dank dieser Innovationen war es auch möglich, die Außenwirtschaftsumsätze nicht nur zu steigern, sondern auch einen kurzzeitigen Einbruch der Handelspreise beim Erdöl- und Erdgasexport zu kompensieren.¹⁷⁶

Als „Symbol“, beziehungsweise erstes Anzeichen des Zerfalls der UdSSR war 1989 der Fall der Berliner Mauer.

¹⁷¹ Aganbegjan, 1989, S. 241

¹⁷² Ebenda, S. 241

¹⁷³ Ebenda, S. 242

¹⁷⁴ Ebenda, S. 241 – 242

¹⁷⁵ Ebenda, S. 242

¹⁷⁶ Ebenda, S. 243

3.6.6. Innerparteilicher Machtkampf

Die Ära Gorbatschow wurde schon von Beginn an durch verschiedene Machtkämpfe geprägt.

Waren es zu Beginn vor allem die Politbüromitglieder, allen voran Romanov und Grischin,

die gegen eine Regentschaft Gorbatschows waren, so entgegnete ihm mit Fortdauer die eigene Partei immer feindlich gesinnt.¹⁷⁷

Noch immer werden Nachwehen des Stalinismus bekämpft, der Versorgungsstaat soll endlich abgebaut werden und die wirtschaftliche Effizienz gesteigert werden.¹⁷⁸

Am 19. Parteitag 1988 werden vor allem die hegemonialen Befugnisse des Parteiapparates entscheidend eingeschränkt, es baut sich innerparteilich eine immer größer werdende Front gegen Gorbatschow auf.

Hervorgerufen einerseits, durch den Verlust der Weltmachtstellung, begründet durch die Abrüstungskonventionen mit der USA, den Demokratisierungsplänen Gorbatschows und der Entmachtung der KPdSU hin zu einer demokratischen Entwicklung.

Die Bestrebungen der Perestroika liefen zu diesem Zeitpunkt im Leerlauf, immer konkreter kommt zum Vorschein, dass der kommunistische Parteiapparat sowie die Führungsriege der Armee Mitschuld am Scheitern der Pläne Gorbatschows haben.

3.6.7 Kongress der Volksdeputierten

Im Zuge der Perestroika, der Umgestaltung des politischen Systems wurde auf der 41. Parteikonferenz der KPdSU im Sommer 1988 eine Installation des Volksdeputiertenkongress beschlossen. Dieser Beschluss sah vor, dass dieser Kongress in Form eines Parlaments handeln soll, wobei ein Teil der 2280 Mitglieder vom Volk gewählt werden sollten.

Boris Jelzin, zuvor all seinen Pflichten als Vorsitzender des Stadtkomitees von Moskau entlassen, stellte sich ausgerechnet in Moskau dieser Wahl und gewann sie schließlich mit 89% der Wählerstimmen, zog in den Volksdeputiertenkongress ein

¹⁷⁷ Rothacher, 2008, S. 25

¹⁷⁸ Der Spiegel, 2006, S. 142

und wurde später sogar in den Obersten Sowjet gewählt, ein Gremium aus dem Kongress der Volksdeputierten.¹⁷⁹

Eine von Michael Gorbatschows letzten politischen Handlungen war wohl ein Dekret, in dem er den Anspruch der KPdSU, der Kern der Sowjetischen Verfassung laut Artikel 6 zu sein, relativierte, und ihr eine politische Bedeutung zukommen ließ, jedoch wirtschaftliche Kompetenzen entzog.

Des Weiteren sollte sich per Dekret die KPdSU einer politischen Konkurrenz in Wahlen stellen und eine sozialdemokratische Denkweise entwickeln.

Dementsprechend erzürnt war der konservative Flügel der Partei, ebenso wie des KGB sowie der Armee.

Um „ihr“ sowjetische Erbe zu retten, planten die Konservativisten einen Putsch im August 1991. Dieser ging unblutig zu Ende, Boris Jelzin, bereits Präsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, legitimiert durch die Wahl zum Präsidenten am 12. Juni 1991 verbot die KPdSU und mit Ende des Jahres 1991 war der Zerfall der Sowjetunion vollzogen.

4. Die Russische Föderation von 1992 - 1999

4.1 Der Zusammenbruch der UdSSR

Für den Zusammenbruch der UdSSR gibt es natürlich viele verschiedene Faktoren, die dazu beitrugen.

Zwei der wohl plausibelsten Erklärungen sind einerseits der Machtkampf zwischen Michael Gorbatschow und Boris Jelzin mit einem unterschiedlichen Demokratieverständnis, andererseits die schwache Wirtschaftslage, die damit

¹⁷⁹ Rothacher, 2008, S. 28

verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung, und vor allem die Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Teilrepubliken an sich.

Genau datiert die Auflösung der UdSSR am 31.12.1991¹⁸⁰, ein Zeitpunkt, an dem Michael Gorbatschow aus dem Kreml als Generalsekretär der UdSSR ausschied¹⁸¹.

Wie schon in Kapitel 2 detailliert bearbeitet, setzte davor ein hálftiger Machtkampf zwischen Boris Jelzin, dem Präsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und Michael Gorbatschow, dem Präsident der UdSSR ein.

Gorbatschow engagierte sich für einen Unionsstaat mit einem neuen Unionsvertrag, Jelzin hingegen trat für ein Staatenbündnis ein.*

Die Datscha von Minsk¹⁸², Ort eines Geheimtreffens zwischen Jelzin, Krawtschuk und Schuschkjewitsch, den Präsidenten und Staatsoberhäuptern der RSFSR, der Ukraine und Weißrussland.

Dieser Beschluss, eine Schaffung einer Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, kurz genannt auch GUS, beendete somit alle Bestrebungen der UdSSR unter Gorbatschow, einen neuen Unionsvertrag zu ratifizieren und bedeutete auch das Ende und den Zusammenbruch der UdSSR. Der Ratifizierungsvertrag der GUS wurde am 8. Dezember 1991¹⁸³ unterzeichnet durch die RSFSR, die Ukraine sowie Weißrussland, wobei weitere 11 Nachfolgestaaten folgten.

Fünf Tage später, am 13. Dezember 1991¹⁸⁴ traten elf weitere Staaten aus Mittelasien, sowie Kasachstan unter gleichberechtigter Teilnahme der GUS bei. Lediglich Georgien, sowie die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland treten der GUS nicht bei.

Des Weiteren wurde am 25. Dezember 1991 die RSFSR in die Russländische Föderation umbenannt.¹⁸⁵

¹⁸⁰ Mommsen, 2004, S. 263

¹⁸¹ Ebenda, S. 263

¹⁸² Kernig, 2000, S. 12

¹⁸³ Gorbatschow, 2002, S. 202

¹⁸⁴ Ebenda, S. 205

¹⁸⁵ Mommsen, 2004, S. 263

4.2 Boris Jelzin

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Gründung der Russischen Sozialistischen Föderativen

Sowjetrepublik stand plötzlich Boris Jelzin ganz oben in der Hierarchieleiter.

Doch welche politische Absicht hatte Boris Nikolejewisch und mit welchen Absichten gedachte er, einen wirtschaftlichen Umschwung herbeizuführen?

Als einfacher Bauernsohn in Swerdlowsk geboren, hatte Jelzin eine turbulente Jugend mit vielen prägenden Erlebnissen. Er studierte Bauingenieurwesen am Polytechnikum, trat 1961 in die KPdSU ein und wurde 1976 zum Ersten Parteisekretär der Region bestimmt.¹⁸⁶

1981 folgte die Mitgliedschaft im Zentralkomitee der KP.¹⁸⁷

Unter Gorbatschow als Generalsekretär wurde Jelzin nach Moskau berufen und als Erster Sekretär des Stadtparteikomitees von Moskau installiert.¹⁸⁸

Er wurde von Gorbatschow mit der Aufgabe betraut, eine Anti-Korruptionskampagne im Parteiapparat durchzuführen.¹⁸⁹

Nachdem Jelzins Säuberungsfeldzug jedoch zu viele Mitglieder des Politbüros betraf, wurde er am Plenum des Zentralkomitees im Oktober 1987 auf Initiative Ligatschows von seinen Aufgaben entbunden.¹⁹⁰

Wie schon im vorigen Kapitel ausgearbeitet, feierte Jelzin bei der Wahl der Volksdeputierten im Mai des Jahres 1989 ein überraschendes politisches Comeback, als er mit 89% der Wählerstimmen in Moskau gewählt wurde.

Entscheidend in seiner Prägung war unter anderem auch sein Besuch in den Vereinigten Staaten im selben Jahr. Prägend vor allem, da er auf Grund seiner Erfahrungen zum Sozialdemokraten konvertierte und voller Begeisterung über die Kaufkraft der Mittelschicht neue Visionen und Vorstellungen für die damalige Sowjetunion schmiedete.¹⁹¹

Im Jahr 1991 schließlich der große Aufstieg zum Präsident der RSFSR, und die Auflösung der UdSSR.¹⁹²

¹⁸⁶ Rothacher, 2008, S. 31

¹⁸⁷ Ebenda, S. 31

¹⁸⁸ Mai, 2005, S. 326

¹⁸⁹ Rothacher, 2008, S. 31

¹⁹⁰ Ebenda, S. 31

¹⁹¹ Mommsen, 2004, S. 19 – 20

¹⁹² Bauer, 2008, S. 10

Jelzin hatte sein Ziel erreicht und konnte von nun an seine Visionen einer demokratischen Marktwirtschaft umsetzen, dachte man.

4.3 Entwicklung und Verständnis von Demokratie

Um die umfangreiche und sehr spezifische Frage der Demokratieentwicklung und des Demokratieverständnisses in der Russländischen Föderation zu beantworten und die Thematik objektiv zu erörtern, ist es von großer Wichtigkeit, sehr präzise Begriffsdefinitionen zu verwenden und auch einen Überblick zu veranschaulichen, ob in der Russländischen Föderation unter Boris Jelzin ein Systemwechsel stattgefunden hat oder man eher von einem Systemwandel sprechen soll.

Vor allem schwierig zu differenzieren, welche Faktoren erfüllt sein müssen, um von einer stattgefundenen Transformation zu sprechen.

Primäres Ziel nach dem Zusammenbruch der UdSSR war für Jelzin die Transition zur Demokratie sowie die Schaffung der Marktwirtschaft.

Beides gleichzeitig zu etablieren war dementsprechend schwierig, man kann sagen unmöglich, basierend auf den Erfahrungen des Dilemmas der Gleichzeitigkeit.¹⁹³

So ist eine entwickelte Marktwirtschaft unumgänglich für eine funktionsfähige Konkurrenzdemokratie,

und auf der anderen Seite erschwert eine nicht gegebene Demokratisierung die Entwicklung einer Marktwirtschaft.

Ausgehend von diesen Tatsachen stand man völlig planlos vor einem Ziel, der Demokratie.

Ohne jegliche Ahnung wurde von Reformen gesprochen, auch ein innerer Machtkampf zwischen dem Präsident und seines Stellvertreters Ruzkoj entbrannte, da man keine Ahnung hatte, wie man mit dem übernommenen amerikanischen System eines Vizepräsidenten umgehen sollte.

Während Boris Jelzins erster Amtsperiode wurden folglich eine neue Verfassung Jahr 1993 beschlossen, wobei man zwischen einem amerikanischen und einem französischen Verfassungsmodell schwankte und sich keineswegs der Vor- und Nachteile bewusst war.

¹⁹³ Offe (1994), S.67, in: Schneider, S. 13

Man entschied sich daher, die ehemalige Verfassung der Sowjetunion vom Jahr 1978 zu erneuern, mit der Einführung eines Präsidentenamtes sowie der Schaffung eines Verfassungsgerichts.¹⁹⁴

Im Zuge der Regierungsbildung verfiel Jelzin wieder in die alten Tugenden der ehemaligen Sowjetunion und bildete um sich eine Schar an ihm vertrauten Personen, einerseits aus seiner früheren Zeit in Swetlowsk und auch aus Moskau, wo er noch viele treue Weggefährten hatte.

So kann man auch anhand dieser Tatsache erkennen, dass dieses sowjetische „Kaderdenken“, wie es auch unter früheren Machthabern selbstverständlich war, weiterhin fortgesetzt wurde und nicht gerade für eine Demokratieentwicklung spricht.

Ebenso war die Ernennung von Jegor Gajdar zum Regierungschef eine antidemokratische Maßnahme.

Jelzin wollte sicherstellen, dass eine neue Wirtschaftsordnung eingeführt werden konnte und vertraute daher dem Wirtschaftsökonom Gajdar und seinen Kollegen vom Wirtschaftspolitikinstitut Moskau diese umfangreiche Aufgabe an.

In den folgenden Kapiteln der Reformpolitik, beziehungsweise dem anschließenden Kapitel, das sich mit der Veränderung des politischen Systems auseinandersetzt, wird vertieft auf die Thematik und die Transformation, als auch auf die Maßnahmen der Reformpolitik eingegangen.

Zieht man Jelzins Forderungen am Plenum des Zentralkomitee im Februar 1990 heran, wo er

- *das Recht auf Privateigentum*
- *finanzielle Selbstständigkeit für Industrie und Kolchosen*
- *das Recht auf politische Versammlungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit*
- *sowie das Recht auf Gewissensfreiheit*

forderte, so wird nun versucht, anhand demokratischer Normen zu evaluieren, in wie weit ein demokratischer Entwicklungsprozess eingesetzt hat seit dem.

Laut Eberhard Schneiders 7 Demokratie Kriterien,¹⁹⁵ wonach

- *gewählte Volksvertreter*

¹⁹⁴ Mommsen, 2004, S. 28

¹⁹⁵ Schneider, 2001, S. 15

- *freie Wahlen*
- *freies aktives und passives Wahlrecht*
- *Meinungsfreiheit*
- *Informationsfreiheit*
- *Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit*
- *Verfassungsrechtliche Vorkehrungen zur Gewährleistung unabhängiger Gerichtsbarkeit*

eine Demokratie und deren Entwicklung messen, so ist in dieser Hinsicht bis auf Ausnahme der freien Wahlen und der gewählten Volksvertreter noch ein steiniger weiter Weg zu gehen.

4.4 Veränderung des politischen Systems

Die Veränderung des politischen Systems der Russländischen Föderation begann noch unter Michael Gorbatschow, wonach ein Systemwechsel angestrebt wurde. Wie schon im vorigen Kapitel erwähnt, war die Schaffung des Kongress für Volksdeputierte, wonach dieser sozusagen als Parlament installiert wird ein erster Meilenstein in der Demokratieentwicklung.

Schon bald nach der ersten Wahl des Volksdeputiertenkongress wurde ein erster Verfassungsentwurf erarbeitet, der allerdings ein politisch starkes Parlament vorsah, was entgegen allen Vorstellungen Boris Jelzin missfiel.¹⁹⁶

Dieser hatte die Vorstellung eines starken Präsidenten.¹⁹⁷

Da der totale politische und wirtschaftliche Zusammenbruch der UdSSR immer näher rückte, veranlasste Jelzin, die Verfassung von 1978 zu überarbeiten und einige Artikel zu ergänzen.

Diese Verfassungsänderung legitimierte somit die direkte und freie Wahl von Boris Jelzin zum ersten Präsidenten der Russländischen Föderation am 12. Juni 1991.¹⁹⁸

¹⁹⁶ Schneider, 2001, S. 28-29

¹⁹⁷ Ebenda, S. 29

¹⁹⁸ Ebenda, S. 28-41

Im Jahr 1992 entwickelte sich ein innerstaatlicher Machtkampf zwischen Boris Jelzin als Präsident und dem Volksdeputiertenkongress um das oberste Machtorgan Russlands.

Schlussendlich wurde ein mehrfach überarbeiteter Verfassungsentwurf bei einem Bevölkerungsrreferendum mit knapper Mehrheit von 58,4% bei 54,8% Wahlbeteiligung zugestimmt.¹⁹⁹

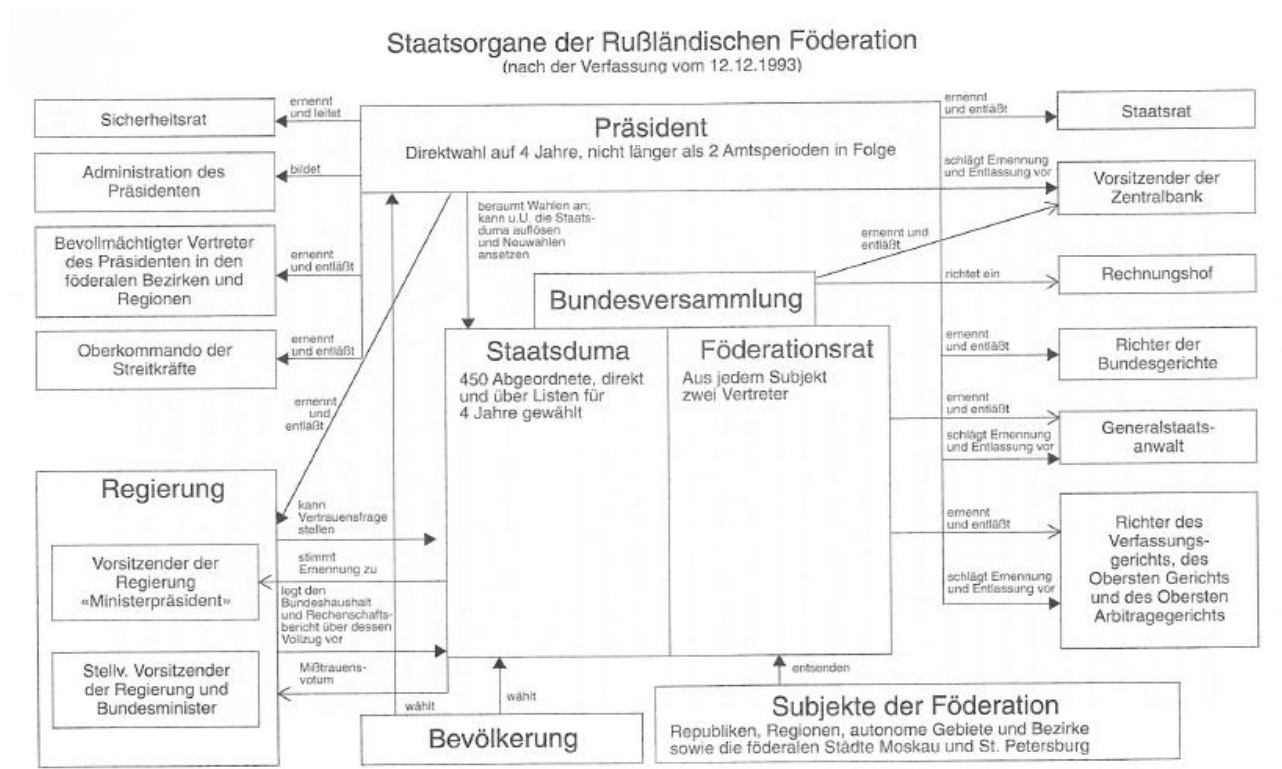
Eine grundlegende Veränderung in dieser angenommenen Verfassung war vor allem, dass zum ersten mal der Bürgerrechte und seine Freiheiten übergeordnet waren gegenüber den Staatsorganen.²⁰⁰

Leicht zu erkennen, dass im Zuge der Demokratisierung der Mensch ins Zentrum des Staates rücken sollte, zumindest in der Verfassung.

Strukturell sieht das politische System in der neuen Verfassung vom 12. Dezember 1993 folgendermaßen aus:

¹⁹⁹ Schneider, 2001, S. 37

²⁰⁰ Ebenda, S. 286



(Abbildung 5)²⁰¹

So nimmt in der vom Volk angenommenen Verfassung vom 12. Dezember 1993 der Präsident der Russländischen Föderation eine ganz entscheidende Machtposition ein.

Zieht man Anton Pelinkas Charakteristika²⁰² eines präsidentiellen

Regierungssystems heran und vergleicht es mit der Verfassung Russlands, so sind einige Gemeinsamkeiten in der Theorie festzustellen:

- Staatsduma und der Präsident werden unabhängig voneinander und direkt vom Volk gewählt
- Der Präsident ernennt den Regierungschef auch genannt Ministerpräsident und bei dreimaliger Ablehnung der Staatsduma kann der Präsident die Duma auflösen und Neuwahlen ausrufen
- Im Zweikammernsystem legitimiert, dass beide Kammern, sowohl Föderationsrat als auch Staatsduma gleichbedeutend sind, auf Grund der Tatsache, dass keine Kooperation zwischen Regierung und einer Kammer vollzogen wird

²⁰¹ Mommsen, 2004, S. 40

²⁰² Pelinka, 2000, S. 43

Dennoch nimmt der Präsident nicht die Funktion des Regierungschefs ein, was typisch wäre für ein präsidentielles Regierungssystem.²⁰³

Resümierend betrachtet bleibt festzustellen, dass ein Russisches Regierungsmodell, legitimiert anhand der Verfassung vom 12. Dezember 1993, sich sehr stark an der Regierungsform eines präsidentiellen System orientiert á la USA. Semipräsidentielle Einschläge kann man nur sehr düster erkennen, da beispielsweise das Parlament keinerlei Entscheidungsbefugnisse und Optionen bei der Wahl der Regierung hat.²⁰⁴

Die Funktion des Politischen Systems der Russischen Föderation laut Verfassung von Dezember 1991

lässt sich mit Hilfe der Verfassung sehr schön erklären.

So ist der Präsident der Russischen Föderation direkt vom Volk auf 4 Jahre gewählt, jedoch wird diese Regentschaft auf 2 Amtsperioden beschränkt.²⁰⁵

Er repräsentiert den Staat nach innen, als auch nach außen. Sämtliche Ministerien für Verteidigung, Inneres als auch Äußeres, wie auch für Zivilverteidigung sind dem Präsidenten direkt unterstellt.

Ebenso sind föderale Dienste für Sicherheit, Spionage als auch Staats- und Grenzschutz direkt dem Präsidenten untergeordnet und fallen in seine direkte Entscheidungsbefugnis.²⁰⁶

Kurz gesagt, unterstehen Militär, Polizei, sowie FSB direkt dem Präsidenten, wie schon in Zeiten der Sowjetunion.

Außerdem zu den Aufgaben gehört die Leitung der Regierungssitzungen, die Unterzeichnung von Bundesgesetzen, wobei er hier ein Vetorecht besitzt, dass dennoch bei einer 2/3 Mehrheit von Duma und Föderationsrat außer Kraft tritt.²⁰⁷

Des Weiteren hat der Präsident der Russischen Föderation die Entscheidungskompetenz, mit Zustimmung des Föderationsrates einen Kriegs- und Ausnahmezustand auszurufen.²⁰⁸

²⁰³ Pelinka, 2000, S. 44

²⁰⁴ Ebenda, S. 43 – 44

²⁰⁵ Schneider, 2001, S. 309 – 310

²⁰⁶ Ebenda, S. 309 – 310

²⁰⁷ Ebenda, S. 310

²⁰⁸ Ebenda, S. 310

Das Parlament, zusammengesetzt aus den 450 Abgeordneten der Staatsduma und den 178 Vertretern des Föderationsrates, arbeitet als so genanntes Gesetzgebungsorgan, wobei die Arbeit in der Regel getrennt stattfindet.

Der Föderationsrat gilt als einzige staatliche Institution, die auch die Interessen der einzelnen 89 Regionen vertritt auf Bundesebene.²⁰⁹

Im Vergleich dazu hat die Staatsduma laut Artikel 103 der Verfassung der Russischen Föderation die Kompetenz, den Vorsitzenden der Zentralbank und des Rechnungshofs zu ernennen, beziehungsweise abzusetzen. Von großer Bedeutung ist auch die Möglichkeit einer Anklageerhebung des Russischen Präsidenten mit dem Ziel einer folgenden Amtsenthebung.

Im Unterschied zum Parlament ist die Regierung der Russischen Föderation an die Amtszeit des Präsidenten gebunden. Ein neu gewählter Präsident ernennt innerhalb der ersten zwei Wochen, die er im Amt ist, einen neuen Regierungschef, auch Ministerpräsident genannt, der daraufhin von der Staatsduma legitimiert werden muss.

Die Regierung selbst ist laut Artikel 114 für den Staatshaushalt zuständig, und muss sich gegenüber der Duma in jeder Hinsicht rechtfertigen.²¹⁰

Das gesamten Maßnahmen des staatlichen Spektrum, beginnend bei Kultur, Wissenschaft, Bildung Gesundheits- und Sozialwesen, ebenso wie die Verteidigung des Landes bis hin zur Außenpolitik werden von der Regierung geplant und umgesetzt.

Grob zusammengefasst genießt die Regierung laut Eberhard Schneider den Ruf eines Wirtschafts- und Verwaltungskabinetts.²¹¹

Zusammenfassend bleibt objektiv somit festzustellen, dass Boris Jelzin als erster Präsident der Russländischen Föderation einen machtgesicherten Status genießt. Die Regierung wird von ihm persönlich vorgeschlagen, und auf Grund von verfassungsmäßigen Verstrickungen ist es der Duma nur theoretisch möglich, den von Jelzin vorgeschlagenen Ministerpräsidentenkandidaten abzulehnen.

²⁰⁹ Schneider, 2001, S. 86

²¹⁰ Ebenda, S. 321

²¹¹ Ebenda, S. 126

Jelzin besitzt die oberste Gewalt über Verteidigungs-, Innen- sowie Außenministerium, ebenso wie die Kontrolle über den Föderalen Sicherheitsdienst FSB, vormals KGB.

4.5 Reformpolitik

Wie schon in Kapitel 3 erwähnt, setzte sich in der Russländischen Föderation nach Zusammenbruch der UdSSR eine Transition hin zu Demokratie und Marktwirtschaft fort, die schon unter Gorbatschow begonnen wurde.

Ebenso wie Gorbatschow, kämpfte Jelzin mit dem *Dilemma der Gleichzeitigkeit*.²¹²

Es war unmöglich, eine Transformation des politischen Systems, sowie eine Transformation von Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft zu vollziehen.

Mit der Verfassung vom 12.Dezember 1991, gelang wie schon erwähnt, ein großer Schritt in Richtung Demokratie.

Bedauernswerterweise wurde diese demokratische Maßnahme einer neuen Verfassung, wie im folgenden Kapitel berichtet, ausgenutzt und beinahe demontiert.

4.5.1 Die 3 Grundpfeiler der Marktwirtschaft

Betrachtet man die Transition von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, so kann man laut Jewgeni Jassin ökonomisch betrachtet 3 Grundpfeiler feststellen.²¹³

Von größter Priorität sind die Prozesse der

- *Freigabe der Preise*
- *Stabilisierung der Finanzen*
- *Sowie die Privatisierung,*

²¹² Offe (1994), S.67, in: Schneider, S. 13

²¹³ Jassin, 1997, S. 22

die einer unterschiedlichen Prozessdauer unterworfen sind.

Im Prozess der Freigabe der Preise ist zu erwähnen, dass zum Unterschied der Planwirtschaft die Preise nicht zentral bestimmt werden, sondern sich von Angebot und Nachfrage ergeben.

Eine staatliche Kontrolle musste abgeschafft werden, wobei natürlich auch eine Gefahr der Korruption gegeben war in Form von Preisabsprachen.²¹⁴

Bezüglich der Stabilisierung der Finanzen ist anfänglich zu erwähnen, dass diese wirtschaftspolitische Reformmaßnahme sehr konkret in Verbindung mit der Freigabe der Preise steht.

Wichtig vor allem die Kontrolle der Inflationsrate.²¹⁵

Grundpfeiler Drei der Wirtschaftsreformen war die Privatisierung. Um eine Effizienzsteigerung zu gewährleisten, gedachte man daran, die verstaatlichten Betriebe Privatpersonen zu verkaufen, und auf diesem Wege die Wirtschaft anzukurbeln beziehungsweise eine Betriebsoptimierung in der Produktion herbeizuführen.²¹⁶

Auf Grund der Geschichte weiß man, welche Auswirkungen diese marktwirtschaftlichen Theorien hatten, und was alles falsch gemacht wurde.

4.5.2 Marktwirtschaft

Die soeben angeführten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die eine Transformation zur Marktwirtschaft gewährleisten und herbeiführen sollen, sind jedoch objektiv zu betrachten.

Diese Maßnahmen sind bloß Etappenziele, die in die Marktwirtschaft führen sollen.

Eines der Hauptprobleme lag daran, dass, zurückzuführen auf den Zerfall der UdSSR, verschiedene Produktionsbetriebe in verschiedenen Nachfolgestaaten, hatten von nun an mit dem Hindernis der Bürokratie zu kämpfen. Dies wird sehr gut

²¹⁴ Jassin, 1997, S. 22 – 23

²¹⁵ Ebenda, S. 23

²¹⁶ Ebenda, S. 23 – 24

verdeutlich an einem Beispiel von Friedrich Bauer, dem österreichischen Botschafter in Moskau von 1990 bis 1995.

Das Beispiel demonstriert die schwierige Produktionslage seit dem Zusammenbruch an Hand der Tupolew 134, einem Passagierflugzeug, produziert in der ehemaligen UdSSR.

Problematisch vor allem, bedenkt man, dass verschiedene Flugzeugteile in unterschiedlichen Staaten hergestellt werden. So kommt laut Bauer der Rumpf beispielsweise aus Taschkent, die Elektronik aus Estland und die Motoren wiederum aus Minsk.²¹⁷

Allgemein kann man die Transition von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft in 4 Phasen gliedern.

Ausgangspunkt für die erste Phase, der Zusammenbruch, beziehungsweise die Auflösung der UdSSR mit Ende 1991.²¹⁸

Zeitlicher Rahmen der 4 Reformphasen:

- Phase 1: Jänner 1992 – Dezember 1992
- Phase 2: Dezember 1992 – Oktober 1994
- Phase 3: Oktober 1994 – März 1998
- Phase 4: März 1998 – Mai 1999

4.5.2.1 Phase 1 - Jänner 1992 bis Dezember 1992

Nachdem die Auflösung der UdSSR mit 31. Dezember 1991 vollzogen wurde, musste unter dem neuen Präsident der Russländischen Föderation, Boris Nikolewitsch rasch gehandelt werden. Daraufhin wurde Jegor Gaidar, Wirtschaftsökonom des Wirtschaftsinstituts Moskau mit den Reformplänen zur Transformation in die Marktwirtschaft beauftragt und vorerst als Finanzminister, später als Ministerpräsident installiert.²¹⁹

²¹⁷ Bauer, 2008, S. 13

²¹⁸ Schröder, 2003, S. 36 - 37

²¹⁹ Ebenda, S. 37

Unter Gaidar wurden notwendige Reformschritte eingeleitet, beginnend mit der Freigabe der Preise.

Ebenso wurde ab Beginn des Jahres 1992 das private Unternehmertum vollständig zugelassen und ein einheitlicher Wechselkurs, sowie eine Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen durchgeführt.²²⁰

Ebenso kann man die Privatisierung in mehrere Etappen gliedern. So wurde am 14. August 1992 von Boris Nikolewitsch ein Erlass unterzeichnet, der eine erste Privatisierungswelle ermöglichte, worauf im folgenden Kapitel der Privatisierung noch eingehender darauf eingegangen wird.²²¹

In Bezug auf die Freigabe der Preise ist festzustellen, dass diese mit „*angezogener Handbremse*“ vollzogen wurde, beispielhaft dafür ist die weitere staatliche Kontrolle der Preise für Milch, Brot und andere wichtige Grundnahrungsmittel wie Wodka, aber auch Benzin.²²²

Dieser staatliche Preisrahmen wurden mit einem Intervall von 25% beschränkt. Weiters reformpolitisch von großer Bedeutung war ein neues Steuergesetz, das Abgaben in Form der

Mehrwerts-, Verbraucher-, Einkommens- und Unternehmenssteuer sichern sollte. Es wird hier bewusst der Terminus „sollte“ verwendet, da man sich vor Einführung dieser Steuerreform keinerlei Gedanken machte über eine Exekution der Steuergelder.²²³

Dieser langwierige Prozess der Etablierung und Funktion eines Steuermechanismus nahm sehr viel Entwicklungszeit in Anspruch. Darauf zurückzuführen sind dementsprechend fiskalische Einnahmenrückgänge in Form von Steuergeldern.

Dem gegenüber stand eine Inflationsrate im ersten Reformjahr von 2608,8%²²⁴

Problematisch für eine sich rasch vollziehende Transformation auch die betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Regierung Gaidar, so wurden Betriebe gefördert und aufrechterhalten, wo keine Konkurrenzfähigkeit feststellbar war. Anstatt einer forcierten Umstrukturierung auf westliche Standards, wurde Betrieben das wirtschaftliche Überleben gesichert.

²²⁰ Schröder, 2003, S. 37

²²¹ Ebenda, S. 37

²²² Ebenda, S. 37

²²³ Ebenda, S. 38 – 39

²²⁴ Ebenda, S. 38

Diese Vorgehensweise führte aber nicht nur zu einem Stillstand der produktiven Entwicklung, sie wurden ebenso ausgenutzt zu einer Vermehrung des Eigenkapitals, in dem die vergebenen Kredite auf Privatkonten verschoben wurden.

Im Rahmen dieser wirtschaftspolitischen Maßnahme Gaidars formierte sich eine Wirtschaftslobby, die immer stärker und reicher wurde und im Zuge dieser Entwicklung natürlich gegen eine Stabilisierung und im privaten Sinne auch gegen einen „Rückgang“, beziehungsweise Einbusen im Privatvermögen eintrat.²²⁵

So kann man diesbezüglich von einer Formation einer Opposition gegen ein Reformpaket sprechen, wobei hier Industrielle ebenso wie Gewerkschafter und Direktoren von Staatsbetrieben Gegenmaßnahmen einleiteten, die eine weitere Kreditfinanzierung in Form von Zahlungsrückständen gewährleisteten.

Keineswegs überraschend daher die wirtschaftlichen Zahlen 1992 von Staatsausgaben von 80% des BSP.²²⁶

Gegen Ende des Jahres 1992 wurde die Macht der Opposition, wie schon erwähnt, vorwiegend neureiche Industrielle, so stark, dass Ministerpräsident Gaidar seines Amtes enthoben wurde.

4.5.2.2 Phase 2 – Dezember 1992 bis Oktober 1994

Von politischer Relevanz war der Wechsel des Ministerpräsidenten. *„Mit dem Regierungswechsel (...) trat an die Stelle der „Strategie der universellen Eindämmung“ Gaidars eine Politik der „selektiven Patronage und Partnerschaft“ (...).“*²²⁷ So übernahm Viktor Tschernomyrdin die wirtschaftspolitischen Reformpläne von Gaidar, wobei er schon zu Beginn seiner Legislatur mit einigen wichtigen, zu tätigen Maßnahmen konfrontiert wurde.²²⁸

Einerseits die Bestrebung eines Ausgleichs des Haushaltsplanes und eine damit verbundene Beseitigung des Haushaltsdefizits, andererseits die erste Privatisierungswelle von Gaidar fortzusetzen.

²²⁵ Schröder, 2003, S. 38 – 40

²²⁶ Ebenda, S. 40

²²⁷ Stykow, 2006, S. 129

²²⁸ Schröder, 2003, S. 41

Von ebenfalls großer Relevanz war in Bezug auf ein Auseinanderdriften des wirtschaftlichen Interesses zwischen Zentrum und den Regionen eine Entspannung der Steuerproblematik, wobei man hier ein einheitliches Steuersystem zu optimieren versuchte.²²⁹

Schwer vorstellbar, und ebenso verbunden mit Korruption, sollen alle Regionen die zu leistenden Steuern eintreiben und anschließend weiterleiten nach Moskau.

Diese unterschiedliche Steuerstruktur in den verschiedenen Regionen konnte auch mit der neuen Verfassung vom 12. Dezember 1993 nicht verbessert werden.²³⁰

Man war weiterhin mit der Problematik der Konsolidierung des Haushaltsplanes konfrontiert, eine Entspannung und Lösung war auch unter Tschernomyrdin nicht in Sicht.

Daraufhin wurde eine zweite Welle der Privatisierung gestartet, wobei man davon ausging, dass eine Effizienzsteigerung hervorgerufen wird, wenn ein persönlicher Bezug hergestellt wird.

Außerdem wollte man eine Reformrückbildung verhindern mit einer starken Unternehmerschicht, die erfolgsorientiert wäre.²³¹

4.5.2.3 Phase 3 – Oktober 1994 bis März 1998

Maßgebend für die dritte Phase der Transition zur Marktwirtschaft war am 11. Oktober 1994

der Fall des Außenwerts vom Rubel um deutliche 27%.²³²

Dieser Umstand hatte eine Rotation der wirtschaftlichen Führung zur Folge.

Geraschtschenko wurde seinen Pflichten enthoben, und Sergej Dubinin wurde vom Finanzminister unter Tschernomyrdin zum Zentralbankvorsitzenden bestellt.

So wurde unter der Führung Dubinin von der Zentralbank das Haushaltsdefizit nicht mehr mittels Krediten finanziert.

Spezielle Maßnahmen wurden anlehnend an die Erkenntnisse der Oktoberkrise vollzogen.²³³

²²⁹ Schröder, 2003, S. 42 – 43

²³⁰ Ebenda, S. 42

²³¹ Ebenda, S. 43 – 45

²³² Ebenda, S. 45

²³³ Ebenda, S. 45

- Verbesserung des Steuersystems und dessen Exekution
- Minimierung der Staatsausgaben
- Absolution der Kreditfinanzierung des Budgetdefizit

Ein Ankauf von russischen Staatspapieren wurde im Zuge dessen auch ausländischen Gläubigern geboten und ein GKO-Markt etabliert.

1995 folgte das Jahr der Stabilisierung Russlands. Inflationsraten pro Monat sanken bis auf 1% und das Budgetdefizit wurde von nun an mit GKO und OFZs.²³⁴

Außerdem stellte der Internationale Währungsfond wieder Kredite zur Verfügung, der GKO Umsatz stieg bis Juni 1996 auf 200%.²³⁵

Dementsprechend rasant stieg auch die Staatsverschuldung. Der Druck auf Privatunternehmer wurde ebenso größer, zurückzuführen vorwiegend durch eine Verschärfung der staatlichen Regulierung.

Eine Entwicklung gab es vor allem im Steuersystem, so wurden bei einer inkorrekten Steuereinnahmenorganisation in den Regionen, die zentralstaatlichen Subventionen gestrichen, beziehungsweise gekürzt.

Mit März 1997, zeitlich einzuordnen in die zweite Legislaturperiode von Boris Nikolewitsch,

wurde ein Dekret erlassen, wonach eine Teilverstaatlichung angestrebt wurde.

Im Detail hieß das folgendes: *Betriebe, die verschuldet waren, gaben Aktien an den Staat ab, so genannte Kontrollaktien.*²³⁶

Somit war klar zu erkennen, dass eine Einnahmensteigerung der Steuergelder angestrebt wurde,

in Zahlen ausgedrückt für das erste Quartal 1997: die Einnahmenerwartung von Steuern wurde bloß zu 2/3 erfüllt.

Ebenfalls geplant wurde eine föderal gesteuerte Finanzstruktur.

Den Abschluss dieser dritten Phase in der Transition zur Marktwirtschaft bildet eine weitläufige Rohstoffkrise, was im Falle der Russländischen Föderation bedeutet, dass Exporteinnahmen geringer wurden.

²³⁴ Schröder, 2003, S. 46

²³⁵ Ebenda, S. 47

²³⁶ Ebenda, S. 48 – 49

Im Jahr 1997 wurden

- 18% Öl
- 9% Erdöl
- 25% Erdgas

zum Bestimmungsfaktor des russländischen Exporthandels, addiert ergibt das mehr als die Hälfte.

Genaue Verluste für 1998 konnten jedoch zu Beginn des Jahres noch nicht kalkuliert werden.²³⁷

Politisch hatte diese wirtschaftliche Krise aber Konsequenzen, Tschernomyrdin wurde als Ministerpräsident abgelöst von Sergej Kirienko.

4.5.2.4 Phase 4 – März 1998 bis Mai 1999

Im Zuge der sich ausdehnenden Wirtschaftskrise wurde unter dem neuen Ministerpräsident Kirienko ein Maßnahmenpaket geschnürt, dass vor allem eines bewirken soll: den Gewinn von ausländischen Anlegern in russische staatliche Schuldverschreibungen.²³⁸

Kirienko hatte jedoch mehr Mühe im Kampf mit der Staatsduma, als einen Reformplan umzusetzen.

Weder in sozialpolitischen, noch in steuerpolitischen Angelegenheiten konnte er sich gegenüber der Duma profilieren.

Fazit dieser Kontroverse war somit eine unaufhaltsame Schuldenfalle, hervorgerufen durch eine permanente Staatsverschuldung, die anhand folgender Zahlen für den Mai 1998 dargestellt werden soll:

- *Staatseinnahmen Mai 1998: 22-23 Mrd. Rbl*
- *Staatsausgaben Mai 1998: 25-26 Mrd. Rbl*
- *Zusätzliche Ausgaben: 30 Mrd. Rbl zur Tilgung von laufenden Staatsanleihen*²³⁹

²³⁷ Schröder, 2003, S. 49 – 50

²³⁸ Ebenda, S. 50

²³⁹ Ebenda, S. 50

Jelzin versuchte abermals mit einem Präsidentenerlass gegenzusteuern, nonmonetäre Zahlungen von Steuern wurden zukünftig abgelehnt. Eine weitere Regierung Jelzins mit Ministerpräsident Kirienko wurde entlassen, Primakow, bislang Außenminister, übernahm die Führung der Regierung.²⁴⁰

Unter seiner Administration wurde eine Beruhigung der Wirtschaft angestrebt. Immer problematischer jedoch, auch unter Primakow, wurde eine Fragmentierung der Regionen.

Viele Gebietsverwaltungen strebten nach mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Umso überraschender daher auch die Wirtschaftsdaten für das erste Halbjahr 1999:²⁴¹

- Inflation 25%
- BIP-Rückgang 1,3%
- Stabilisation des Rubel 1US \$ ~ 25-30 Rbl

Ebenso florierte die Handelsbilanz, da auf ausländische Importe verzichtet und dadurch die russländische Wirtschaft gestärkt und forciert wurde, was logischerweise auch eine Steigerung der Steuereinnahmen bedeutete.²⁴²

4.5.3. Privatisierung

Die Privatisierung, eine der Reformmaßnahmen unter Boris Nikolewitsch, um eine Transformation zur Marktwirtschaft zu garantieren, wurde wie schon erwähnt in zwei unterschiedlichen

Privatisierungswellen durchgeführt.

Diese erste Privatisierungswelle erstreckte sich zeitlich gesehen von Dezember 1992 bis Juni 1994.²⁴³

Maßgeblichen Anteil und eine Führungsrolle nahm dabei Anatolij Tschubajs ein, der von Jelzin im November 1991 beauftragt wurde mit der Verwaltung des Staatsvermögens im Staatskomitee der RSFSR.

²⁴⁰ Schröder, 2003, S. 52

²⁴¹ Ebenda, S. 53

²⁴² Ebenda, S. 53

²⁴³ Ebenda, S. 148

Selbstverständlich wurde die Privatisierung strukturell durchgeführt. Unterschieden wurde zwischen kleinen Betrieben, die vorrangig an ihre bisherigen Betriebsleiter übergegangen waren, und mittlere, beziehungsweise große Unternehmen. Diese wurde vorerst in Aktiengesellschaften umgewandelt und danach partiell privatisiert.

Laut Schröder waren dies Mitte 1992 knapp 22.000 Aktiengesellschaften.²⁴⁴

Im Zuge dieser ersten Privatisierungswelle wurde für die Privatisierung von Klein- und Großbetriebe eine Unterteilung in Kategorien eingeführt:

- Unternehmen, die privatisiert werden mussten (Leichtindustrie)
- Unternehmen, zu deren Privatisierung das Privatisierungskomitee zustimmen musste (Verarbeitungsbetriebe)
- Unternehmen, die nur durch Kabinettsbeschluss privatisiert werden konnten (Rohstoffbranche, Rüstungsindustrie)
- sowie Unternehmen, die nicht privatisiert werden konnten (Eisenbahn, Raumfahrt, Raketentechnik, Gesundheits- und Bildungswesen)²⁴⁵

Durchgeführt wurde diese erste Privatisierungswelle im Rahmen einer Couponprivatisierung²⁴⁶. Auf Grund der Tatsache, dass Staatsbetriebe dem Volk gehörten, bekam jeder Staatsbürger einen Coupon, welcher ihm von Einzelpersonen oder auch Seilschaften, wie es Bauer nannte, aufgekauft.

Tschubajew musste im Zuge der ersten Privatisierungswelle dementsprechend auch Kompromisse eingehen, wobei er einerseits Privilegien aussprach, und mit Hilfe dieser Unterstützung von Lobbies und hochrangigen Direktoren auch die Privatisierung vor dem Parlament und der Regierung legitimieren konnte.²⁴⁷

Ebenso musste er in dieser ersten Phase auch hinnehmen, dass Einnahmen betreffend Staatshaushalt von den neuen Unternehmern nicht zu hundert Prozent gezahlt wurden und daher Mittel für Neuinvestitionen fehlte.

In der zweiten Phase der Privatisierung von 1994 bis 1996, ging man weg von einer Couponprivatisierung und widmete sich der Geldprivatisierung.²⁴⁸

²⁴⁴ Schröder, 2003, S. 148

²⁴⁵ Ebenda, S. 148

²⁴⁶ Bauer, 2008, S. 13

²⁴⁷ Schröder, 2003, S. 148

²⁴⁸ Ebenda, S. 150 – 153

Die Staatskasse sollte auf diese Weise gefüllt werden. Schließlich trat ein Konsortium von „7 russischen Banken“²⁴⁹ auf, die als Gegenleistung für riesige Kreditsummen, eine Übertragung von Aktienpaketen der größten russischen Unternehmen forderte. Im Rahmen dieses Tauschgeschäfts konnte somit die russische Regierung sichergehen, dass Aktienanteile nicht am offenen Markt landeten.²⁵⁰

Wie der Privatisierungsvorgang der größten russischen Unternehmen ablief, wird im Kapitel der Oligarchen ausführlich beschrieben und dokumentiert.

4.5.4 Oligarchen unter Jelzin

Oligarchien entstanden in der Russländischen Föderation in der Zeit der Privatisierung.

Allgemein kann man unter einem Oligarchen einen neureichen, politisch einflussreichen Geschäftsmann verstehen, der unter legalen, beziehungsweise illegalen Bedingungen seinen Privatbesitz vervielfachte.

Mitverantwortlich für den raschen Anstieg an Millionären und Milliarden war in der Privatisierungswelle Anatolij Tschubajs als Vorsitzender der Staatskomitees, der die Verantwortung trug für alle Privatisierungsmaßnahmen der zentralstaatlichen Betriebe.

Wie schon im Kapitel der Privatisierung beschrieben, wurden mit Hilfe der Couponprivatisierung

wirtschaftsrechtliche Spielräume geöffnet, unterstützt durch inadäquate Gesetze, Importerleichterungen, sowie Korruption und Bestechung, die es den Oligarchen ermöglichten, Reichtum anzulegen.

Erleichtert wurde ihnen dieser finanzielle Aufstieg durch ihre gute Ausbildung, beziehungsweise

Durch ein selbst geschaffenes Bankenkonglomerat, welches ermöglichte, Geld zu waschen und zu verschieben und auf diesem Wege unabhängig vom schwankenden Rubelkurs ihre Macht auf- und auszubauen.²⁵¹

²⁴⁹ Rothacher, 2008, S. 35

²⁵⁰ Bauer, 2008, S. 13

²⁵¹ Ebenda, S. 13 - 15

Anatolij Tschubajs stellte die Verbindungen zwischen Präsident und den Oligarchen her, einer Zusammenarbeit wie im Wahlkampf 1996 stand nichts im Wege. Die nun von den Oligarchen geführten Printmedien, Fernsehsender strahlten eine Präsidentenfreundliche Kampagne aus, der Wahlkampf wurde ebenso finanziert.²⁵²

Auf der Kehrseite geriet Boris Jelzin immer mehr in die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit

der Oligarchen, die mit Hilfe dieser Wahlkampffinanzierung ihren Einfluss in der Politik vergrößerten und dementsprechend mitbestimmten.

Jedoch ist zu erwähnen, dass die Oligarchen nicht aus reiner Nächstenliebe gehandelt haben, sie hatten

einfach Panik, bei der Wahl des Kommunisten Sjuganow, ihr gesamtes Vermögen wieder zu verlieren.²⁵³

So kann man objektiv betrachtet feststellen: Die Unterstützung Boris Jelzins galt nicht seiner Person, sondern seiner Politik des Kapitalismus, die es den Oligarchen weiterhin ermöglichte, reich zu sein und noch reicher zu werden.

Die potentielle Wahlkampfunterstützung der Präsidentschaftswahl im Jahr 1996 hatte jedoch einen weiteren entscheidenden Vorteil für die Oligarchen:

Geplant war ein Wahlkampf, gemanagt von Anatolij Tschubajs, nicht wie bisher von Korschakow, seinem Leibwächter.²⁵⁴ Ebenso wurde der dritte Präsidentschaftskandidat, General Lebed, für den Plan der Wiederwahl Jelzins gewonnen, und mit Hilfe der Medien, die fest in der Hand der Oligarchen waren, unterstützt.²⁵⁵

Von größter Wichtigkeit war jedoch das Abkommen, dass nach einer Wiederwahl Jelzins der Staat seine von der Privatisierung ausgenommenen Öl- und Metallbetriebe zur Privatisierung freigeben muss.²⁵⁶

Wir kennen bereits den weiteren Verlauf, Boris Jelzin wurde zu einer weiteren Legislaturperiode gewählt.

²⁵² Mommsen, 2004, S. 63

²⁵³ Ebenda, S. 63

²⁵⁴ Ebenda, S. 64

²⁵⁵ Schröder, 2003, S. 78

²⁵⁶ Rothacher, 2008, S. 35

Für die weitere Privatisierung, beziehungsweise für die Oligarchen hieß diese politische Entwicklung nach der Wiederwahl folgendes:²⁵⁷

- Jukos Chodorkowski
- Norilsk Nickel Potanin
- Sidanco Potanin
- Sibneft Beresowksi
- Tyumen Öl Fridman bzw. Wechselberg

Ebenso von größter Bedeutung war neben Wladimir Potanin, der sich in seiner Position als Erster Vizepremier für Finanz- und Wirtschaftsfragen, wie schon berichtet mit der Norilsk Nickel und Sidanco Grundstoffindustrie bereicherte, Wiktor Tschernomyrdin. Wie schon eingangs erwähnt bekleidete er das Amt des Premierministers von 1992 bis 1998. Davor war er Vorsitzender des staatlichen Gaskonzerns Gasprom, wo er im Zuge der Privatisierung als Minister für die Gasindustrie dementsprechend die besten Karten hatte, sich Gasprom während der ersten Privatisierungswelle anzueignen.²⁵⁸

4.6 Akteure der Politik und Wirtschaft

In der postsowjetischen Entwicklung kann man allgemein in Bezug auf die Akteure der russischen Wirtschaft von einer Nomenklatur ausgehen.

In Rahmen der Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, sowie einer Demokratisierung der Russländischen Föderation ist jedoch festzustellen, dass in erster Linie die „*roten Direktoren*“ der staatlichen Betriebe ebenso wie höhere Parteifunktionäre ihre gesellschaftlichen, wie auch wirtschaftlichen sowie politischen Positionen umwandelten.

²⁵⁷ Schröder, 2003, S. 78

²⁵⁸ Ebenda, S. 77

Hier kann man durchaus von einer Umgestaltung der Gesellschaft sprechen, die im Weiteren detailliert beschrieben wird.

Bezüglich der Akteure der Wirtschaft ist folgendes zu erwähnen:

Die Zusammensetzung der russischen Wirtschaft in der Transition zur Marktwirtschaft wird einerseits bestimmt durch die immer mächtiger werdenden Oligarchen, jedoch sind auch die 23.766²⁵⁹ Mittel- und Großunternehmer der ersten Privatisierungswelle, sowie 170.000 Kleinunternehmer maßgeblich am Wirtschaftsprozess beteiligt.

Olga Krystanovskaja gliederte die wirtschaftspolitische Elite in fünf bzw. sechs Gruppen:²⁶⁰

- *Die Umgebung des Präsidenten*
- *Die Regierung*
- *Die regionale Elite*
- *Die Parteiführer*
- *Geschäftselite*

Im Vergleich zu Krystanovskaja ist jedoch die Beschreibung von Vladimir Gel'man noch detaillierter:

Er differenziert zwischen:²⁶¹

- *Nationalen Einflussgruppen aus Brennstoff- und Energieindustrie, Finanzgruppen, Rüstungsindustrie sowie Agro-Industrie*
- *Föderale Verwaltungs- und Managerelite, darunter Fachminister bzw. Vorsitzender der Zentralbank*
- *Nationale Militär- und Rechtsvollzugselite aus Armee, Sicherheitsdienst sowie Innenministerium*
- *Föderale Partei- und Parlamentselite aus Parlament, den einzelnen Fraktionen sowie Gewerkschaft*
- *Föderale Medienelite zusammengesetzt aus Fernsehen, Rundfunk, Nachrichtenagenturen und Zeitungen*

²⁵⁹ Schröder, 2003, S. 37

²⁶⁰ Ebenda, S. 87 – 88

²⁶¹ Ebenda, S. 88

- *Regionale Elitegruppen, ähnlich zu sehen wie die föderale Elitegruppierung, jedoch auf Regionaler Ebene*

Zieht man nun beide Beschreibungen, sowohl von Gel'man, als auch von Krystanovskaja heran, so ist festzustellen:

Die Akteure der Russischen Wirtschaft entwickelten sich größtenteils aus einem politischen Amt, um ihren Einfluss und ihre Macht auszuspielen.²⁶²

- *Manager – Mitbesitzer, vorwiegend Aktienbesitzer mit Stimmrecht*
- *Angestellte Manager, die einerseits den Betrieb führten, jedoch keine Aktien besaßen*
- *Unternehmer, die einen kleinen oder mittleren Betrieb führten*
- *Selbstständige bzw. Besitzer von Kleinunternehmen*
- *Manager – Geschäftsleute, hauptsächlich Führungspersönlichkeiten in Aktiengesellschaften, die nebenbei auch eine eigene Firma führten und diese Doppelfunktion finanziell vorwiegend illegal aufbesserten*
- *Halbunternehmer, die nebenbei auch Privatgeschäften nachgehen*

Oligarchen waren vormals größtenteils Minister oder Vorsitzende einer staatlichen Institution, obwohl sie lediglich ein einen Teil der wirtschaftlichen Akteure stellen, dennoch die Monopole in vielen Bereichen kontrollieren.

So ist also zu beurteilen, dass sich Macht in Politik und Wirtschaft konzentriert.

4.7 Außenpolitik der Russischen Föderation

Die Außenpolitik der Russischen Föderation in der ersten post-sowjetischen Legislaturperiode unter Boris Jelzin wurde vorerst geprägt durch einen innenpolitischen Kampf um die Entscheidungskompetenzen.

Anfänglich war institutionell gesehen der Volksdeputiertenkongress, beziehungsweise der Oberste Sowjet das höchste hierarchisch gesehene Machtorgan. Folglich lies sich Boris Jelzin am 5. Kongress der Volksdeputierten mit einem Sonderdekret ausstatten, dass ihm ermöglichte, seine

²⁶² Schröder, 2003, S. 118

Entscheidungskompetenzen auszuweiten, um einen rascheren Entwicklungsprozess in Bezug auf die Transition zur Marktwirtschaft zu gewährleisten, wobei er diese Sonderstellung nicht nur für die marktwirtschaftlichen Belange ausnutzte, sondern auch außenpolitisch.²⁶³

Strukturelle Änderungen gab es mit der Verfassungsänderung vom, 12.Dezember 1993, wo gleichzeitig die erste Regierung gewählt wurde.

Diese Verfassungsänderungen sahen einen gestärkten Präsidenten vor, der per Dekret im Januar 1994²⁶⁴ sich außerdem die wichtigsten Ministerien, sprich Verteidigungsministerium, Innenministerium sowie Außenministerium selbst unterstellte.

In der Frage der Außenpolitik war somit ab Januar 1994 die Kompetenzverteilung geklärt. *„Zu den besonderen Attributen der Macht (...) in der internationalen Politik“ gehört der Platz im Sicherheitsrat der UNO.*²⁶⁵

Der Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin übernahm vollständig die Kontrolle der Außenpolitik, welche während seiner beiden Legislaturperioden im Wesentlichen geprägt wurden durch:

- die Aufnahme Russlands in die G7,
- den angestrebten Beitritt in die WTO,
- den angestrebten Beitritt zum Pariser Club,
- den angestrebten Beitritt zur OECD,
- den angestrebten Beitritt zur EU,
- den Kosovo Krieg, sowie
- die zwei Tschetschenienkriege.

Dem Beitritt zur G7, sowie eine spätere Mitgliedschaft zur WTO, OECD sowie dem Pariser Club gingen langwierige Verhandlungen voraus, wobei die NATO-Osterweiterung eine bedeutende Rolle übernahm.

Von größter Brisanz deswegen, da es sich hierbei um Staaten der ehemaligen Sowjetunion handelte, allen voran Tschechien, sowie Ungarn und Polen.

²⁶³ Fischer, 2003, S. 136

²⁶⁴ Ebenda, S. 136

²⁶⁵ Mommsen, in: Ismayr, 2004, S. 373

So gesehen war es nicht nur ein Prestigeverlust der Russländischen Föderation, auch geostrategisch hatte dies enorme Ausmaße.

Russlands Außenminister Primakov, sowie hochrangige Vertreter der USA und der NATO, leisteten die Vorarbeit für ein Abkommen zwischen Boris Jelzin und Bill Clinton, dem Präsident der USA, in Helsinki 1997.²⁶⁶

Russlands Toleranz gegenüber der NATO-Osterweiterung wurde kompensiert durch einen Beitritt zum G7 mittels Sonderstatus.

Darunter kann man verstehen, dass in finanz- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten Russland weiterhin ausgeschlossen ist, und ebenso wie die Europäische Union in diesen Sachfragen bloß Beobachterposition einnimmt. Des Weiteren hatte die NATO-Osterweiterung für Russland als Gegenabkommen eine Unterstützung in den Beitrittsverhandlungen zur WTO, der Welthandelsorganisation, sowie zur OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, vorgesehen.

Natürlich war man sich des enormen wirtschaftlichen und ökonomischen Potentials Russlands im Klaren und strebte daher eine Eingliederung Russlands in internationale Institutionen an, um den Transformationsprozess in der Russländischen Föderation auch von außen zu verstärken, zu unterstützen.

In wie weit man sich schon damals Gedanken bei einer Anbindung Russlands an das westliche Marktwirtschaftsmodell machte in Bezug auf die riesigen Rohstoffvorkommen, beginnend bei Erdöl bis hin zu Erdgas, sei in den Raum gestellt.

²⁶⁶ Mommsen, 2004, S. 172

5. Die Russische Föderation im 21. Jahrhundert

5.1 Der Kult um die Person PUTIN

Die Politik und Wirtschaft der Russischen Föderation im Einundzwanzigsten Jahrhundert wurde vorrangig geprägt durch eine Person, nämlich Vladimir Putin. Seinen kometenhaften, politischen Aufstieg verdankt Putin einer Reihe von skurrilen Umständen, die eine dementsprechend, innenpolitische Vorgehensweise forderten. Gesucht wurde eine Führungspersönlichkeit mit absoluter Loyalität.

Vladimir Putin kommt ursprünglich aus dem Geheimdienst und war bis zum Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 KGB-Offizier in der DDR. Bis 1996 wirkte er in der Stadtverwaltung von Sankt Petersburg, wo er sich als rechte Hand von Anatoli Sobtschak profilierte, und auch nach dessen Rücktritt, hervorgerufen durch Anschuldigungen des Machtmissbrauchs und der Korruption, weiterhin loyal seine Person schützte.²⁶⁷ Sein politischer Werdegang setzte sich 1996 in Moskau fort, wo er anfänglich das „Wirken des Jelzin-Clans“ aus der Position eines Verwaltungsorgans im Kreml betrachtete.

Des Weiteren folgte eine rasche Beförderung in die Präsidentenadministration, wo Putin 1998 die Macht des Inlandsgeheimdienstes FSB übertragen wurde. Im Sommer 1999 avancierte Putin zum Premierminister.²⁶⁸

Ausschlaggebend für eine vorgeschlagene Kandidatur Putins zum Präsident der Russischen Föderation dürfte daher seine enorme Loyalität gewesen sein, um den Jelzin Clan nach dessen Präsidentschaft nicht gerichtlich verfolgen zu lassen.

Diese These bestätigte sich vor allem dadurch, dass Putin einen Erlass unterzeichnete, der Boris Jelzin auf Lebzeiten volle Immunität gewährt.²⁶⁹

Diese Loyalität wird auch von Edward Lucas postuliert, der Putin vor allem Loyalität, Intelligenz und Belastbarkeit zuspricht.²⁷⁰

²⁶⁷ Dox, 2008, S. 17

²⁶⁸ Mommsen, 2007, S. 36

²⁶⁹ Dox, 2008, S. 24

²⁷⁰ Lucas, 2008, S. 41

Ebenso förderlich für den rasanten Aufstieg Putins war der Zweite Tschetschenien Krieg, der vor allem der russischen Bevölkerung die Angst eines Zerfall Russlands macht.

Putin stellte unweigerlich klar, dass die Hauptaufgabe seiner Politik die Stärkung Russlands ist und ein Zerfall verhindert wird.²⁷¹

Mit 26. März 2000, dem Tag der Präsidentenwahl, wurde Vladimir Putin zum neuen Präsident der Russischen Föderation gewählt, so wie sich Boris Jelzin diesen Generationswechsel nach seinem Rücktritt vorstellte.

5.2 Das System Putin

Geprägt wurde das System Putins einerseits durch seine Herkunft vom FSB. Schon als Premierminister stellte er bei seinen Kollegen klar, dass eine Gruppe von FSB-Agenten in der Regierung der Russischen Föderation arbeitete.²⁷² Bedenkt man, dass zu dieser Zeit noch Boris Jelzin Präsident war, so sind die innenpolitischen Verstrickungen des Geheimdienstes sehr gut zu deuten.

Andererseits verhalf auch die Verfassung von 1993, die es dem Präsident ermöglicht, in einem sozusagen semi-präsidentiellen System, alleiniger Oberbefehlshaber über Militär, Innen- und Außenpolitik, sowie Geheimdienst zu sein.²⁷³

Schon kurz nach Putins Wahl zum Präsidenten ließen sich 2 Aspekte feststellen: Einerseits führte Putin einen innerpolitischen Blitzkrieg gegen die Regionen, wie es Margareta Mommsen ausdrückte, andererseits gegen den Föderationsrat mit seinen 89 Vertretern.²⁷⁴

*„Ein typisches Kennzeichen von Wendezeiten ist die Reibung, die sich zwischen dem raschen Wandel der menschlichen Beziehungen (....) einerseits und dem mentalen Verharren in alten Lebensmustern andererseits ergibt“.*²⁷⁵

In der Ära Jelzins gewannen die Regionen, vor allem in der Zeit der Finanzkrise 1998, großen Machteinfluss.

²⁷¹ Dox, 2008, S. 24

²⁷² Lucas, 2008, S. 41

²⁷³ Schneider, 2001, S. 309 - 311

²⁷⁴ Mommsen, 2007, S. 36

²⁷⁵ Chiesa, 2005, S. 109

So wurde die Russische Föderation unter Putin in 7 Verwaltungseinheiten²⁷⁶ gegliedert, interessant vor allem die Tatsache, dass es sich hierbei um eine ähnliche Aufteilung wie bei den Militärbezirken handelte.



(Abbildung 6)²⁷⁷

Ein zweiter innenpolitischer „Dorn im Auge“ von Putin war, wie schon erwähnt der Föderationsrat, der die regionalen Interessen vertrat. Auch hier vollzog sich unter Jelzin eine Verschiebung der Machtverhältnisse, der Föderationsrat gewann zunehmend an Einfluss, welchen Putin jedoch per Gesetz am 1.1.2002 relativierte.²⁷⁸

An Hand Vladimir Putins Aufstieg kann man objektiv betrachtet somit feststellen: Putin steht, außer Boris Jelzin und dessen „Familie“, bei niemandem in der Schuld. Ganz zum Unterschied von Gorbatschow beispielsweise, verdankt Putin seinen politischen, kompetenhaften Aufstieg lediglich der „Familie“ Jelzin, sowie einigen Oligarchen.

²⁷⁶ Dox, 2008, S. 28

²⁷⁷ Fischer Weltalmanach, 2009, S. 394 – 395

²⁷⁸ Mommsen, 2007, S. 37

Jelzin wurde mit einem *Immunitätsdekret auf Lebzeiten „ruhig“ gestellt* ²⁷⁹, so kamen nun fordernde Oligarchen in die „Schusslinie“ des Präsidenten, deren unvorstellbare Anhäufung von Reichtum, Putin aus nächster Nähe mitverfolgen konnte während seiner Zeit als Premierminister.

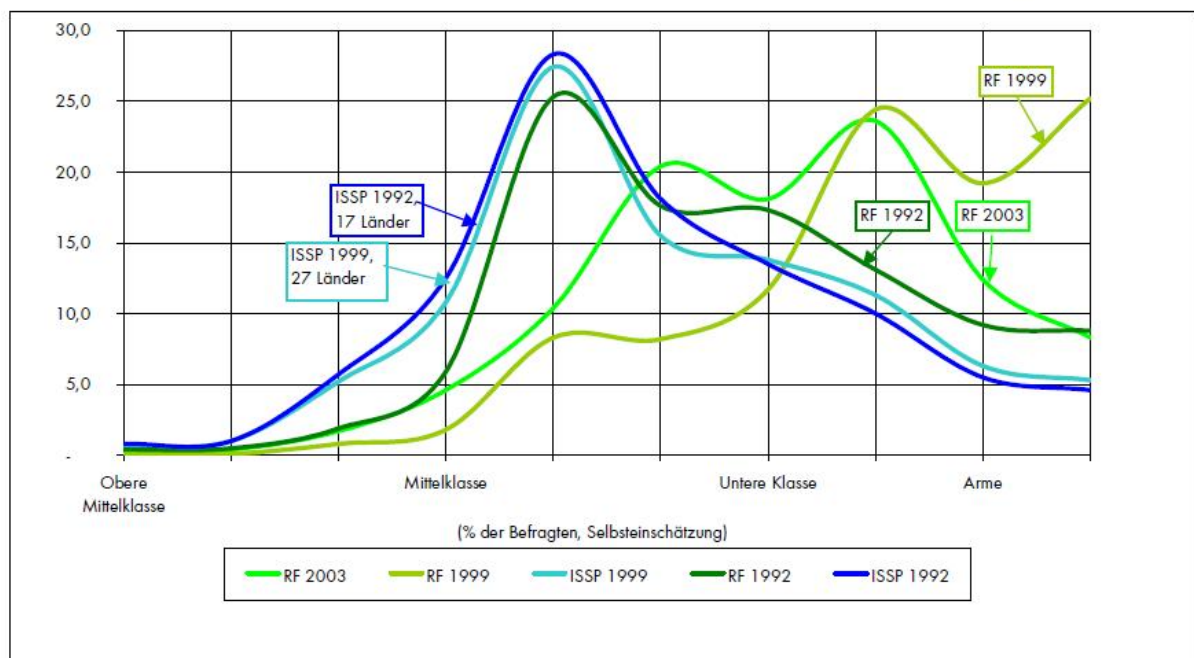
Diesen Oligarchen wurde nun der politische Kampf angesagt, um auch Putins Machtposition zu sichern und zu stärken, wobei auf diesen politischen Kampf gegen die Oligarchen noch detailliert im folgenden Kapitel der Wirtschaftspolitik eingegangen wird.

5.3 Innenpolitik

5.3.1 Sozialpolitik

Spricht man von Sozialpolitik, so ist vorab wichtig zu evaluieren, welche Sozialstruktur in der Russischen Gesellschaft vorherrscht.

Sozialstruktur der russischen Gesellschaft im internationalen Vergleich



ISSP = International Social Survey Programme; RF = Russische Föderation; Für eine Aufschlüsselung der Quellen siehe Kasten "Empirische Daten" auf Seite 7: RF 2003 = IKSI RAN, RF 1999 = Tichonowa, RF 1992 = Gorschkow, ISSP 1999 = Tichonowa, ISSP 1992 = Gorschkow

(Abbildung 7) ²⁸⁰

²⁷⁹ Dox, 2008, S. 24

²⁸⁰ Russlandanalysen Nr. 46, 2004, S. 5, URL: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen046.pdf>, zugegriffen: 10. April 2009

Zieht man die Literatur heran, so findet man umfangreiche Informationen über Außenpolitik, FSB, die Oligarchen, Militär und auch wirtschaftliche Informationen inklusive Energiepolitik.

Bezüglich Sozialpolitik ist die Suche nach Details im System Putin schon schwieriger. So stellt sich die Frage: Gab es unter Putin sozialpolitische Maßnahmen und Reformen?

Faktum ist, dass die Etablierung einer „*Mittelschicht*“ in einem demokratischen Transformationsprozess unumgänglich ist. Rafael Mrowczynski spricht von einer selbstbewussten „*Mittelklasse*“ als zentraler Akteur im Demokratisierungsprozess.

So stellt Mrowczynski zwei „*in sich heterogene sozioökonomische*“ Gruppen der Mittelschicht Russlands vor, einerseits Eigentümer von Klein- und Mittelbetrieben, sowie Selbstständige. Andererseits gelten auch gut gebildete Beschäftigte, auf Grund ihrer Bildung mit Entscheidungskompetenzen versehen, der so genannten „*neuen*“ Mittelklasse an.²⁸¹

An Hand der Grafik kann beispielsweise im Vergleich zum Jahr 1992, also dem Beginn der Jelzin – Ära zwei Entwicklungen erkannt werden:

Einerseits kann man eine Verringerung der ärmsten Gesellschaftsgruppe erkennen, ähnlich dem Niveau von 1992, was für eine enorme Verbesserung gegenüber dem Jahr 1999 spricht.

Andererseits eine Verschiebung im Bereich der unteren Mittelklasse, sowie der Unteren Klasse.

Objektiv betrachtet kann man also eine Verschlechterung der Gesellschaftsaufteilung erkennen, wonach, so urteile ich, ein Abrutschen der Mittelklasse in die Untere Klasse bewirkt wurde.

Welche Ursachen, beziehungsweise welche Politik dafür verantwortlich ist, dafür fehlt es meines Erachtens an objektiven sozioökonomischen Aufzeichnungen.

Analysiert man die Sozialpolitik Putins, so kann man zwei grobe Reformen erkennen.

Putin versuchte einerseits mit einer Rentenreform auf Kapitalbasis die sozialen Umstände zu verbessern.²⁸²

²⁸¹ Mrowczynski, 2004, S. 2

²⁸² Trawin, 2004, S. 6

Blockiert, beziehungsweise erschwer wurde diese Reform vor allem durch die Schwarzzahlung von Löhnen, wodurch man sich als Arbeitgeber die Steuern erspart, und andererseits auch durch den Umstand, dass der Großteil des Etats für diese Sozialreformen an derzeitigen Rentner, die aktuell noch arbeiten, verteilt wird, und nur ein kleiner Anteil in das „*akkumulative*“ System fließt.²⁸³

Die zweite sozialpolitische Maßnahme galt der Hochschulreform.

5.3.2 Bildungspolitik

Bis zur Ära Putin galt die Hochschulpolitik als staatlich gefördert. Das Studium war für die Studenten kostenlos, jedoch waren sie verpflichtet nach Abschluss ihre „*Schuld*“ in einem vom Staat zugeteilten Betrieb 3 Jahre abzuarbeiten.

Die von der Sowjetunion übernommene Hochschulstruktur wurde unter Putin reformiert,

seit 2003 gehört Russland dem von der Europäischen Union ins Leben gerufenen „*Bologna – System*“ an.²⁸⁴

Reformiert wurde vor allem das Finanzierungssystem der Hochschulen.

Man verfolgte dahingehend eine Doppelstrategie, wobei einerseits staatliche Investitionen, andererseits werden Studiengebühren eingehoben, wobei auch die Hochschulen selbst zusätzliche Mittel lukrieren.²⁸⁵

Mit Hilfe dieser Reformschritte soll vor allem durch Investitionen in Bildungs- und Forschungsbereiche die Wirtschaftsfähigkeit Russlands verbessert werden.

Glaubt man den Zahlen, so lassen sich bereits erste Erfolge verzeichnen.

Die Studentenzahlen haben sich im Vergleich von 1990/91 mit 2,825 Mio. Studenten im Jahr 2006/07 auf 7,310 Mio. Studenten vervielfacht, wobei hier zu erwähnen ist, dass sich im Modernisierungsprozess der Hochschulen eine Differenzierung in staatliche Hochschulen und private Hochschulen entwickelte.²⁸⁶

²⁸³ Trawin, 2004, S. 6

²⁸⁴ Meister, 2007, S. 6

²⁸⁵ Ebenda, S. 5 – 6

²⁸⁶ Ebenda, S. 4

Hochschulen und Studierende in der Russischen Föderation (Studienjahr 2006/2007)

Hochschulen insgesamt	1.090
davon:	
Staatliche und kommunale	660
Nichtstaatliche	430
Studierende insgesamt	7.310.000
davon:	
an staatlichen und kommunalen Hochschulen	6.133.000
an nichtstaatlichen Hochschulen	1.177.000
Studierende insgesamt pro 10.000 Einwohner	514
davon an staatlichen u. kommunalen Einrichtungen	431

Quelle: <http://www.gks.ru> (zuletzt geöffnet am 20.02.2008) – Zusammenstellung C.T.

(Abbildung 8) ²⁸⁷

5.3.3 Medienpolitik

Ausgehend vom Jahr 1999, genauer gesagt Dezember 1999, so ist dieser Zeitpunkt der Ausgangspunkt für Wladimir Putin, die Präsidentschaftswahlen zu bestreiten und das höchste Amt der Russischen Föderation zu besteigen.

Politische Rivalen waren dazumal Primakow, Luschkow, sowie Jakowlew.²⁸⁸ Ebenso zu berücksichtigen ist hierbei Putins minimaler Bekanntheitsgrad. Um dennoch einen positiven Wahlausgang zu gewährleisten, war es von großer Priorität, sich mittels Massenmedien Bekanntheit zu verschaffen, wobei hier Beresowskis Medienimperium sehr hilfreich schien.²⁸⁹

Kurz zusammengefasst verdankt Putin seine Wahl zum Präsident größtenteils dem Medienzar Beresowski, der Putin als Vaterlands-Figur ins richtige Licht rückte und präsentierte.

Nachdem jedoch Medienmacht, wie es Sabine Gladkov ausdrückte, die Konkurrenz politischer Macht darstellt, und es in Zeiten des Demokratisierungsprozesses keine Zensur für Fernsehen, Radio sowie Zeitungen gibt, ist nahe liegend, dass zum Zeitpunkt der Machteroberung Wladimir Putin nun auch gegen die Medien einen rigorosen Kampf zu führen hatte.²⁹⁰

²⁸⁷ Russlandanalysen Nr. 162, 2008, S. 8, URL: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen162.pdf>, zugegriffen: 10. April 2009

²⁸⁸ Rothacher, 2008, S. 41

²⁸⁹ Ebenda, S. 41

²⁹⁰ Gladkov, 2003, S. 2

Nahe zu alle privatisierten Medien, vorwiegend elektronische Medien (ORT, Kanal Rossiya), wurden wieder unter Staatliche Kontrolle genommen, die Aktienmehrheit wurde daher vom Staat besessen.

Anderen Sendern wie beispielsweise TNT, eine russische Kopie von CNN, wurde regelrecht die Lizenz entzogen.²⁹¹

*„Russland hatte (...) zum Jahrtausendwechsel als einheitlicher Informationsraum (...) aufgehört zu existieren“.*²⁹²

Welche Schicksale Gussinski und Beresowski, beide in Zeiten Jelzins Medienzaren, ereilen, wird detailliert im Kapitel der Oligarchen behandelt.

²⁹¹ Gladkov, 2003, S. 2

²⁹² Albrecht, 2008, S. 61

Medienimperien in Russland

Eigentümer/ Hauptaktionär	Printmedien	Hörfunk	Fernsehen
Staatliche Institutionen (Regierung, Präsidialverwaltung, Gouverneure, Bürgermeister)	Rossijskaja Gaseta, Rossijskie Westi, Rossija, ITAR-TASS, Prime TASS, RIA Westi, Interfax (Kontrollpaket), Literaturnaja Gaseta, Wetschernaja Moskwa, unzählige Lokal- und Regionalblätter, Moskowskij Komsomolec (Subventionen)	Radio Rossija, Majak, VGTRK, Radio Orfej	ORT, Rossija (RTR), VGTRK, Kanal Kultura, TV Zentr
Gazprom-Media (mehrheitlich in Staatsbesitz)	Trud (Aktienanteil), Rabotschaja Tribuna, Selskaja Schisn, Kotpanija, Profil, über 100 regionale Blätter	Echo Moskwy, Regionale Anstalten, in Ölförderstädten z.T. zu 100%, vermutliche Querfinanzierungen über Video International (siehe dort)	NTV, TNT, AST, ORT-Anteile, TV-Netz Prometej, regionale Anstalten
Prof. Media / Interros (Wladimir Potanin)	Iswestija, Independent Media (35%), Komsomolskaja Prawda, Ekspert (40%), Nedelja, Zakon, über 40 regionale Medien	Radio Ewropa Plus	Agentur Prime, Telesfera
Lukoil (Wagit Alekperow)	Iswestija (11%)		Ren-TV, TV-Agentur TSN, Aktien von TV-6
Media-Invest-Fonds	Iswestija (38%), Russkaja Mediagruppa (31%), Smena (76%)		
Promsujasbank	Argumenty i fakty (Kontrollpaket), Metropress, Trud (Kontrollpaket)		
Video International (u.a. Alfred Koch)	v.a. lokale Zeitungen und Zeitschriften, Fernsehprogrammzeitschriften, Ogonjok	Lokal- und Regionalradios (Franchise-Modell Radio Union)	Zahlreiche regionale und lokale TV-Sender (NTN4 Nowosibirsk u.a.), MNVK – ehem. TV-6 (75%)
Kommunistische Partei der Russischen Föderation	Prawda, Sowjetskaja Rossija, Prawda Rossii, Sawtra		

(Abbildung 9) ²⁹³

An Hand der vorliegenden Abbildung ist festzustellen, dass alle großen Medienkonglomerate unter Putins Kontrolle gestellt wurden in Form von Verstaatlichung.

Ein weiterer Schritt in Richtung Medienpopulismus wurde dahingehend geebnet.

Man hat in der Ära Putin erkannt, dass eine positive Imagebildung große Bedeutung genießt.

85% der russischen Bevölkerung nehmen das Fernsehen als oft einzige Informationsquelle war.²⁹⁴ Diese Tatsache wurde von Putin verwendet, um eine

²⁹³ Russlandanalysen Nr. 7, 2003, S. 6, URL: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen007.pdf> , zugegriffen: 10.April.2009

Manipulation der Bevölkerung vorzunehmen, die Putin als Präsident und Russland selbst positiv darzustellen und eine Inszenierung als starke Einheit zu projizieren.

5.3.4 Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitik wurde in der Ära Putin als einer der wichtigsten Aspekte angesehen.

Nachdem sowohl Geheimdienst, als auch Militär, sowie Innen- und Außenpolitik unter der Kontrolle Putins standen, wurde an verschiedenen Fronten sicherheitspolitischen agiert.²⁹⁵

Sofort nach der Bestätigung Wladimir Putins als Präsident der Russischen Föderation wurde eine Vielzahl von Geheimdienstlern in den russischen Staatsapparat impliziert.

Alle wichtigen Schlüsselpositionen in Ministerien, staatlichen Administrationen, sowie Institutionen wurden von Vertrauten Putins besetzt.²⁹⁶

Boris Reitschuster spricht in „Putins Demokratur“ von 150 ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern, die nun unter Putin wie schon erwähnt Schlüsselfunktionen einnehmen. Der prozentuelle Anteil vom Jahr 2002 mit 58,3% übersteigt bei weitem den Vergleichswert vom Jahr 1988 mit 4,8%.²⁹⁷

Auch Tschesnokow, KGB-Experte sprach schon im August 2000 davon, dass in allen Bereichen, sowohl politisch, als auch wirtschaftlich, der Geheimdienst eine enorme Rolle eingenommen hat.²⁹⁸

So stellt Reitschuster in Anlehnung an Tschesnokow, sechs Maßnahmenschritte vor, die von Putin weitgehend umgesetzt wurden.

Diesbezüglich ist von einer wie schon erwähnten Kontrolle der Medien, sowie des Internets die Rede, ebenso von einer postsowjetischen Kontrolle der Bürger wie in „alten“ Zeiten.

Unfassbar scheint vor allem auch die Aktivität einer Bespitzelung in der Bevölkerung. Eine Kontrolle der wichtigsten Kompetenzen im System scheint erscheint im Vergleich fast harmlos, ebenso wie eine ins geheime Umverteilung von Eigentum.²⁹⁹

²⁹⁴ Mommsen, 2007, S. 52

²⁹⁵ Schneider, 2001, S. 309 - 311

²⁹⁶ Reitschuster, 2007, S. 43

²⁹⁷ Ebenda, S. 43

²⁹⁸ Ebenda, S. 48

²⁹⁹ Ebenda, S. 48

Militärpolitisch hat die Russische Föderation ihre glorreichen Zeiten der Breschnew – Ära weit hinter sich. Ebenso wie unter Gorbatschow, wurde auch in der Jelzin – Ära kein Handlungsbedarf im Militärwesen gesehen. So wurde unter Jelzin nach dem Zerfall der Sowjetunion beispielsweise die Kaderkapazität von 5,3 Millionen auf 1,1 bis 1,2 Millionen reduziert.³⁰⁰ Im Jahr 2006 standen 1,027 Mio. Soldaten aktiv zur Verfügung.³⁰¹

Die pro - westliche Denkweise von Gorbatschow und Jelzin veranlasste keinerlei militärische Konfrontationsmotive.

Im Unterschied dazu: Die Ära Wladimir Putins, beziehungsweise folgend auch die Ära Medwedjew.

Begünstigt durch die steigenden Öl-, Gas- und Rohstoffeinkommen wurde unter Putin eine Modernisierung des Militärs geplant.

So wurde beispielsweise mit der Produktion von Kreuzern begonnen, ebenso forciert man eine Modernisierung der U-Boot Flotte, um auch eine Sicherheit im Rohstofftransport gewährleisten zu können.³⁰² Ebenso soll laut Rothacher *wieder Flagge gezeigt werden auf den Meeren*.

Um diese Modernisierungsreform besser zu veranschaulichen: Für die Zeit von 2007 bis 2015 hat man ein \$ 185 Milliarden Rüstungsprogramm geschaffen, dass explizit eine Neuanschaffung von hochwertigen Kampfgerät verspricht.³⁰³

Vergleicht man jedoch Russlands Militärbudget mit dem der USA, laut Rothacher handelt es sich um 5% von jenem der USA³⁰⁴, spricht dies für eine absolute Chancenlosigkeit.

Zweck dieses Modernisierungsprozess soll also kein Wettrüsten mit den USA sein, Rothacher spricht diesbezüglich von einer Asymmetrie der Kriegsführung, was bedeuten soll, dass Russland am Sektor der atomaren Bewaffnung wieder Ausgeglichenheit herstellen will mit den USA, und zu gleich am Sektor der Flottenrüstung mit Japan, Indien, sowie China, beziehungsweise der Royal Navy aufzuholen, und militärische Stärke auszudrücken.

³⁰⁰ Rothacher, 2008, S. 116

³⁰¹ Fischer Weltalmanach, 2009, S. 538

³⁰² Rothacher, 2008, S. 118

³⁰³ Ebenda, S. 118

³⁰⁴ Ebenda, S. 118

Paradoxerweise ist in Bezug auf dieses Flottenrüsten in Anlehnung an Japan, Indien und China zu erwähnen, dass die Rüstungsexportpolitik Russlands in diesen Ländern ihre stärksten Handelspartner besitzt³⁰⁵, worauf im Kapitel der Wirtschaftspolitik noch detailliert auf diese Thematik eingegangen wird.

5.4 Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitisch ist die Ära Putin vorwiegend durch die enorme Steigerung der Rohstoffexporteinnahmen gekennzeichnet, die Putin in vielen innenpolitischen Bereichen großen politischen Handelsspielraum geben. Wie bereits erwähnt beispielsweise in der Modernisierung des Militärs, ebenso im sozialpolitischen Bereich, wie auch in Forschung und Bildung.

Geprägt ist die Wirtschaftspolitik unter Putin aber auch von seinem rigorosen Vorgehen gegen die Oligarchie.

5.4.1 Oligarchen unter Putin

Wie bereits vorhin kurz angeschnitten, verdankte Wladimir Putin seine Wahl zum Präsidenten nicht nur Boris Jelzin, der ihn vorerst zum Premierminister ernannte und später zur Wahl des Präsidentenamtes vorschlägt, außerdem hatte Viktor Beresowski, ein einflussreicher Oligarch, seine „Finger“ im Spiel. Beresowski war es, der Boris Jelzin im Juli 1999 Vladimir Putin als Premier vorschlug.³⁰⁶

So waren im Jahr 1999 nicht nur der Zweite Tschetschenien Krieg, sondern auch die finanziellen Mittel und der Medieneinfluss Beresowskis ausschlaggebend für Putins Wahl zum Präsidenten.

Auf der gegnerischen Seite unterstützte Wladimir Gussinski die anderen Präsidentschaftskandidaten.³⁰⁷ In westlichen Medien wurde nach Amtsantritt Putins sogar von Beresowskis „Puppen-Präsident“ gesprochen, so Albert Rothacher hinweisend auf den „Economist“.³⁰⁸

³⁰⁵ Rahr, 2008, S. 92

³⁰⁶ Rothacher, 2008, S. 36-37

³⁰⁷ Ebenda, S. 41

³⁰⁸ Ebenda, S. 82

Putin wurde im Westen dementsprechend an seinem Umgang mit den Oligarchen gemessen, ob er die Oligarchenpolitik der Ära – Jelzin fortsetzen wird.

Der Kritik trat Putin entschlossen entgegen, so wurde als ersten Oligarchen Wladimir Gussinski, der die Gegenkandidaten Putins bei der Wahl medial und finanziell unterstützte,

Betrugsverdacht vorgeworfen³⁰⁹, sowie mit der Inhaftierung im Butyrka – Gefängnis die Überschreibung seines Medienimperiums an Gazprom bewirkt.³¹⁰

Als nächstes fiel Viktor Beresowski, Putins Präsidentschaftswahlkampfunterstützer, dem Präsidenten zum Opfer. Der von Putin befohlenen politischen Abstinenz der Oligarchen, wie es Rothacher beschreibt, konnte sich Beresowski nicht beugen, kritisierte medial sowohl den Tschetschenien Krieg, als auch die Vorgehensweise Putins beim U-Boot Unglück der „*Kursk*“.³¹¹

Beresowski wurde daraufhin Geldwäscherei und Betrug vorgeworfen, er flüchtete ins politische Exil nach London und übertrug seinem Partner Roman Abramowitsch die Anteile an Sibneft, Aeroflot sowie die Medienanteile.³¹²

Ein weiteres prominentes Oligarchenopfer Putins ist Michail Chodorkowski. „*Die Zerschlagung des Jukos-Konzernes erregte internationales Aufsehen*“.³¹³ Eben dieser versuchte auch noch in der Politik Putins eine Hauptrolle zu spielen, in dem er mittels seines Jukos Konzern, finanziell die Opposition zu unterstützen glaubte.³¹⁴

Ihn ereilte ein ähnliches Schicksal wie Gussinski, wobei Chodorkowskis Jukos Konzern im Vergleich zu Gussinski und Beresowski vom staatlichen Rosneft Konzern „*geschluckt*“ wurde.

Laut Rothacher sprang der Börsenwert somit von Rosneft mit Hilfe von Jukos von \$ 6 Milliarden auf \$ 90 Milliarden.³¹⁵

An Hand dieser ersten Oligarchenentmachtung durch Putin wurden somit alle westlichen Kritiker, die Putin eine Fortsetzung von Jelzins Oligarchenpolitik voraussagten, eines besseren belehrt. Wie schon bereits erwähnt, forcierte Putin eine Politik der FSBisierung, wonach wirtschaftspolitisch beinahe alle großen

³⁰⁹ Rothacher, 2008, S. 86

³¹⁰ Ebenda, S. 86

³¹¹ Ebenda, S. 88

³¹² Ebenda, S. 88

³¹³ Sager, 2008, S. 194

³¹⁴ Rothacher, 2008, S. 89

³¹⁵ Ebenda, S. 92

Subjekte der Privatisierung wieder unter staatliche Kontrolle gestellt wurden, und dessen Manager aus dem Kreis des Geheimdienstes kamen. Man kann also ab dieser Zeit von Staatsoligarchen sprechen, wobei sie Putin nicht nur als Manager, sondern auch in Ministerposten direkt unterstellt sind.

Rothacher spricht hier von knapp 40% iger Kontrolle der Wirtschaft durch Staatsoligarchen.³¹⁶

5.4.2. Wirtschaftsentwicklung – Wirtschaftsunternehmen

Ganz im Vergleich zu Jelzin, war Putin bei Amtsantritt nicht von wirtschaftlichen Sorgen geplagt.

Georg Dox drückte dies folgendermaßen aus: *Für Putin stellte sich vielmehr die Frage, was mit den hohen Energieeinnahmen nun gemacht werden soll?*

Mit seinem Vorgehen gegen die Oligarchen wurden daher auch die verschobenen Gelder aus dem Ausland zurückgeholt,³¹⁷ was auch eine komplette Rückzahlung der Auslandsverschuldung erklärt. Zur Ergänzung: Am Ende der Ära Jelzin, sprich im Jahr 1999

hatte Russland ca. \$ 140 – 145 Milliarden Auslandsschulden.³¹⁸

Vielmehr war Putin mit der Etablierung einer wirtschaftlichen Mittelschicht konfrontiert, der es auf Grund des enormen Konkurrenzdrucks der Großkonzerne unmöglich war, wirtschaftspolitisch Fuß zu fassen.

So wurden ab 2005/2006 40 Wirtschaftssektoren mit mehr als 1.000 Unternehmen konzipiert, wie Gold- oder Diamantenindustrie, bis hin zur Weltraumindustrie.³¹⁹

Forciert wurden, so Putins Vorstellung, vorrangig Investitionen in den Infrastrukturbereich, und andererseits Einkäufe in ausländische Unternehmen zur Beschaffung des so wichtigen „Know-hows“.³²⁰ Finanziert wurde dies ausschließlich aus den Einnahmen der Rohstoffexporte.

Um diese Vorgehensweise zu verdeutlichen, so hat beispielsweise Gasprom seine kompletten Gewinne in den Ankauf von westlichen Gasvertriebsnetzen gestartet.³²¹

³¹⁶ Rothacher, 2008, S. 73

³¹⁷ Dox, 2008, S. 51

³¹⁸ Timtschenko, 2003, S. 163

³¹⁹ Rothacher, 2008, S. 73

³²⁰ Ebenda, S. 74

³²¹ Ebenda, S. 74

Das dementsprechend die Eigenversorgung darunter leidet, ist nachzuvollziehen, worauf noch genauer in der Thematik der Energiepolitik eingegangen wird.

Haupteinnahmequelle für die Russische Föderation sind dank der Rohstoffexporteinnahmen naturgemäß Steuern, diesbezüglich sind es die Export- und Gewinnsteuer.³²²

Ebenso wie die Unternehmen selbst, vergrößert sich damit auch Russlands „Reichtum“.

Laut Rothacher bewegt man sich diesbezüglich in einer Größenordnung von knapp \$ 470 Milliarden an Gold- und Fremdwährungsreserven.³²³

Seit 1999 wuchs das russische BIP durchschnittlich um 6,5% pro Jahr, was im Vergleich zur EU und USA eine enorme Wachstumsrate beschreibt.³²⁴

Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren jedoch nicht nur die steigenden Exporteinnahmen, auf der die Wirtschaft Russlands so gut wie auf gebaut ist.

So wurden unter Putin Reformen im Bereich der Wirtschaft vorgenommen.

Beginnend bei der Reformierung des Steuersystems bei der Einkommenssteuer auf nun 13% , über einen freien Bodenmarkt, bis hin zur Einschränkung der Großunternehmen in der politischen Partizipation, waren nur die ersten Schritte, um größere Zufriedenheit einerseits bei russischen Unternehmern, andererseits auch bei ausländischen Investoren zu schaffen.³²⁵

5.4.3 Bankensystem

Analysiert man das Bankensystem der Russischen Föderation in der Ära Putin, so muss man ausgehen vom Zusammenbruch des Bankensystems während der Finanzkrise im Jahr 1998.

³²² Rothacher, 2008, S. 74

³²³ Ebenda, S. 74

³²⁴ Pleines, 2003, S. 2

³²⁵ Ebenda, S. 2

Mit einem Reformpaket vom 30.12.2001, der Strategie zur Entwicklung des Bankenwesens, versucht man eine Modernisierung, beziehungsweise auch Optimierung des Systems zu erzielen.³²⁶

In den ersten 4 Jahren wurden auf Grund der Reformierung die Aktiva des russischen Bankenwesens von \$ 56 Mrd. im Jahr 2000 auf \$ 206 Mrd. gesteigert, verglichen mit den Bankenaktiva Deutschlands sind das, so Michaela Hinner, 2,6%, was für einen schockierenden Monetarisierungsgrad spricht.³²⁷

Problematisch vor allem die Konzentration der staatlichen und privaten Bankinstitute. So kontrollieren laut Hinner die fünf größten Banken 40% aller Bankenaktiva, die finanzkräftigsten 200 Banken 88% des Kapitals, wobei hier zum Vergleich die 1.130 Banken zu erwähnen sind, was eben für diese konkrete Konzentration spricht.³²⁸

Dominanz strahlt vor allem die staatliche Sberbank aus, die mit \$ 39,6 Mrd. knapp 20% der Gesamtaktiva stellt.³²⁹

Dennoch versorgen größtenteils ausländische Banken russische Unternehmen, man spricht hier von Kreditsummen, vorrangig ab \$ 10 Mio. die russische Banken auf Grund der extrem niedrigen Monetarisierung nicht bereitstellen können.³³⁰

Eben zurückzuführen auf diese Unterkapitalisierung der Banken, ist auch ein damit verbundener Konkurrenzdruck nicht gegeben, ausländische Banken sind ohne 100% iger russischer Tochtergesellschaften in Russland nicht erwünscht.

Die Bankenaufsicht, sprich Zentralbank selbst kontrolliert, unterteilt in 59 Territorialverwaltungen, die Fortschritte der Bankenreform. So ist man laut Hinner übergegangen von einem „*formalen Kontrollverfahren*“ hin zu einer „*Qualitätsdiagnostik*“, wie sie es nennt, um einen wirtschaftlichen Ausblick der einzelnen Banken zu bekommen.

Damit verbunden auch „*die 2007 eingeführte Internationale Buchführungs- und Rechnungslegungsstandards, kurz IAS- Standards, die dringend notwendig sind für eine Konsolidierung des Bankenmarkts*“, so Hinner.³³¹

Aktienmärkte, Börse, sowie Rentenfonds werden dagegen von der im März 2004 geschaffenen Finanzaufsicht kontrolliert.³³²

³²⁶ Hinner, 2004, S. 2

³²⁷ Ebenda, S. 2

³²⁸ Ebenda, S. 2

³²⁹ Ebenda, S. 2

³³⁰ Ebenda, S. 2

³³¹ Ebenda, S. 3-4

³³² Ebenda, S. 3

5.4.4 Russische Unternehmen im Ausland und Ausländische Unternehmen in Russland

5.4.4.1 Russische Unternehmen im Ausland

Ausgehend von einer Analyse der russischen Wirtschaft, wonach diese von Erdöl, beziehungsweise Erdgas, sowie Rohstoffbetrieben dominiert wird, so ist es keine Überraschung, dass eben diese unheimlich finanzstarken Firmen wie Jukos, Lukoil, oder Gasprom, die Auslandsinvestitionen Russlands bestimmen.

Die nun wieder staatliche Gasprom versuchte laut Heiko Pleines, schon im Jahre 1970 sich im EU-Endverbrauchermarkt zu behaupten und zu etablieren.

Nach Ablehnung der deutschen Firma Ruhrgas wurde ein Kooperationsvertrag mit Wintershall unterzeichnet, dem Rivalen von Ruhrgas. Ruhrgas wiederum sicherte sich in der Ära Jelzin 5% der Anteile an der Gasprom, was einen Aufsichtsratsitz bedeutete.³³³

Doch so einfach wie im Fall Ruhrgas – Wintershall hatten es russische Öl- und Gasfirmen bei weitem nicht. Ein Verweis gilt hier vor allem dem fehlenden russischen Lobbyismus, wonach man bei einer möglichen politischen Partizipation, vor allem in ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas, eine Dominanz Putins feststellen hätte können.

Gerade recht kam daher die EU – Osterweiterung, um einen Zugang zum europäischen Endverbrauchermarkt zu erhalten, da es in Westeuropa auf Grund der multinationalen Dominanz erschwert möglich war zu investieren. Auf Grund dieser Investitionerschwernis gründete man europäische Scheinfirmen, wobei laut Pleines auffallend viele zypriotische Investitionen erkannt wurden, wo man russische Betriebe im Hintergrund vermutete.³³⁴

Als spektakulärste russische Investitionen in Österreich gelten vor allem die Anstiege von Viktor Deripaska bei STRABAG und Magna. Mit Hilfe des angekauften Know-hows soll vor allem im Bereich der Infrastruktur und der Automobilproduktion geholfen werden.

³³³ Pleines, 2005, S. 12-13

³³⁴ Ebenda, S. 13

An Hand der angeführten Abbildung kann man daher eine Konzentration der Investitionen in Osteuropa erkennen.

Investitionen russischer Öl- und Gasfirmen in der erweiterten EU

Lukoil

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Tschechische Republik	Tankstellen (2003 verkauft)	100%	Vertrieb
Estland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Finnland	Teboil (muss noch von der EU genehmigt werden)	100%	Vertrieb
Ungarn	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Lettland	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Litauen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb
Polen	Lukoil-Tankstellen	100%	Vertrieb

Quelle: NewsBase Archive (www.newsbase.com)

Jukos

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Österreich	Joint Venture mit ÖMV	50%	Bau von Pipelines
Lettland	Jukos-Tankstellen	100%	Vertrieb
Litauen	Mazeikiu Nafta	53,7%	Transport, Vertrieb
	Jukos-Tankstellen	100%	Vertrieb
Slowakei	Transpetrol	49%	Betrieb von Pipelines
UK	John Brown Technology (2003 verkauft)	100%	Consulting im Ingenieurwesen

Source: Vabtna, Peeter / Liuhito, Kari: *Expansion or exodus? Foreign operations of Russia's largest corporations*, Electronic Publications of the Pan-European Institute (Turku) 8/2004, S.31.

Gasprom

Land	Investition	Anteil	Aktivitäten
Osterreich	GHW	50%	Gashandel
Estland	Eesti Gaas	37%	Gashandel und -transport
Finnland	Gasum Oy	25%	Gastransport und -vertrieb
	North Transgas Oy	50%	Bau der Ostseepipeline
Frankreich	FRAgaz	50%	Gashandel
Deutschland	Ditgaz	49%	Gashandel
	Verbundnetz Gas	5,3%	Gastransport und -vertrieb
	Wingas	35%	Gastransport and -lagerung
	Wintershall Erdgas Handelshaus	50%	Gashandel
	Zarubezhgaz	100%	Gashandel
Griechenland	Prometheus Gaz	50%	Marketing and Pipeline-Bau
Ungarn	Pannusgas	50%	Gashandel und -transport
	Borsodchem	25%	Petrochemie
	DKG-EAST Co. Inc.	38,1%	Herstellung von Ausrüstung für die Öl- und Gasindustrie
	General Banking and Trust Co. Ltd.	25,5%	Bank
Italien	Promgaz	50%	Gashandel und -vertrieb
	Volta	49%	Gashandel und -transport
Lettland	Latvijas Gaze	34%	Gashandel und -transport
Litauen	Stella-Vitae	30%	Gashandel
	Lietuvos Dujos	34%	Gashandel und -transport
	Kraftwerk Kaunas	100%	Gasbetriebenes Wärmekraft- und Elektrizitätswerk
Niederlande	Pieter-Gaz	51%	Gashandel
Polen	Gas Trading	35%	Gashandel
	Evropol Gaz	48%	Gastransport
Slowakei	Slovrusgaz	50%	Gashandel und -transport
	SPP	16,3%	Gastransport
Slowenien	Tagdem	7,6%	Gastrading
UK/ Belgien	Interconnector	10%	Betreiber einer Pipeline

Quelle: Heinrich, Andreas: *Between a rock and a hard place. The energy sector in Central and Eastern Europe*, in: Litubio, Kari / Vincze, Zsuzanna: *Wider Europe, Turku 2005*, S.457-490, hier: S.476.

(Abbildung 10)³³⁵

Zieht man nun im Jahre 2009 eine erste Bilanz, so kann von einer Globalisierung der Investitionen russischer Firmen, in erster Linie Öl-, Gas- und Rohstoffbetriebe, gesprochen werden.

5.4.4.2 Auslandsinvestitionen in Russland

Russland gilt auf Grund seines enormen Wirtschaftswachstums im 21. Jahrhundert als sehr interessanter und lukrativer Markt für ausländische Unternehmen.

Es stellen sich bezüglich Auslandsinvestitionen nun 3 Möglichkeiten, am russischen Markt aktiv teilzunehmen:

Einerseits die Möglichkeit eines Direktgeschäftes, welches „*keinerlei Kapitalbindung*

³³⁵ Russlandanalysen Nr. 68, 2005, S. 15-16, URL: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen068.pdf> , zugegriffen: 10. April. 2009

voraussetzt und flexible Geschäftsbeziehungen erlaubt“, andererseits die Option einer Direktinvestitionen.³³⁶

Bei Direktinvestitionen kann sowohl eine Betriebsstätte errichtet werden, ebenso wie die Gründung einer Tochtergesellschaft, wie schon erwähnt, im Sektor des Bankenwesens die einzige Möglichkeit, aktiv zu werden. Außerdem steht die Option von Gemeinschaftsunternehmen zur Auswahl, sich mit einem „wesentlichen Anteil an einem russischen Unternehmen zu beteiligen“³³⁷, wobei vor allem am Energiesektor diese Joint Ventures tonangebend sind, beispielsweise bei British Petrol oder Shell.

Flüsse						
	Total		Österreich			Reihung
	Mio. Euro	Mio. USD	Mio. Euro	Mio. USD	Anteil	
1999	3.105	3.309	164	175	5%	1.USA;2.D;3.Cy;17.A
2000	2.933	2.714	76	70	3%	1.USA;2.D;3.Cy;17.A
2001	3.068	2.748	28	25	1%	1.USA;2.NL;3.Cy
2002	3.660	3.442	53	50	1%	
2003	7.035	7.958	-18	-20		
2004	10.037	12.479	37	46	0%	1.Cy;2.NL;3.LUX
Quelle: WIIW; Nationalbank Russland; Österreichdaten von OeNB						

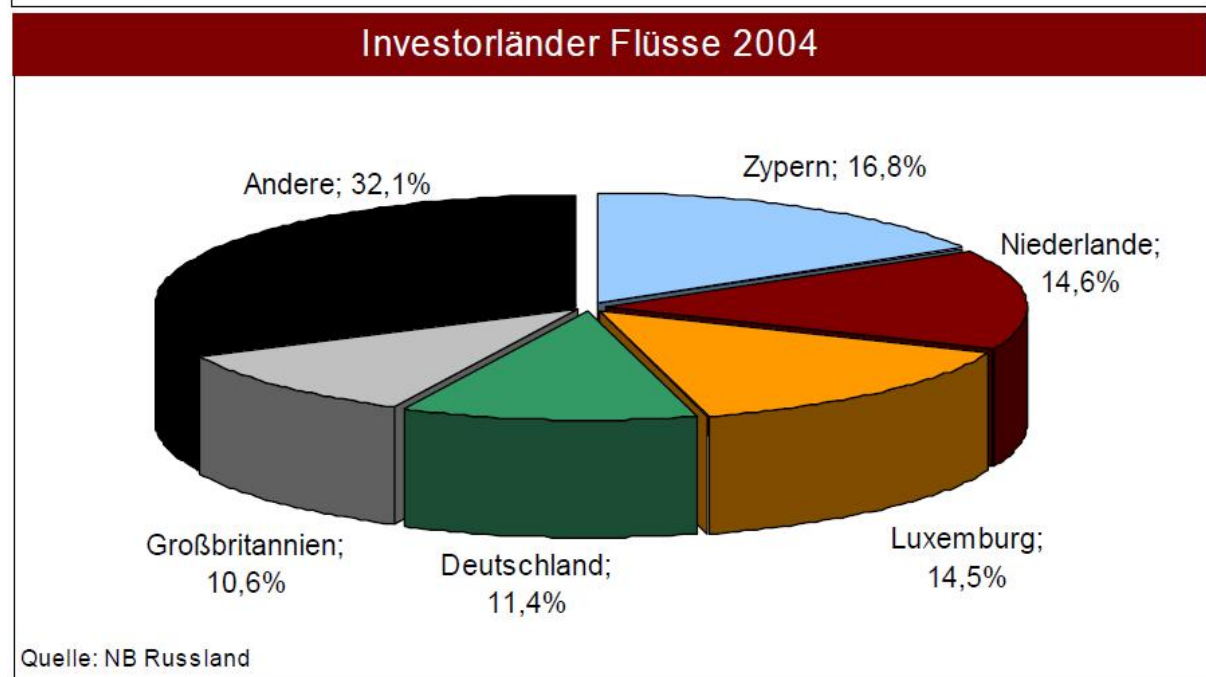
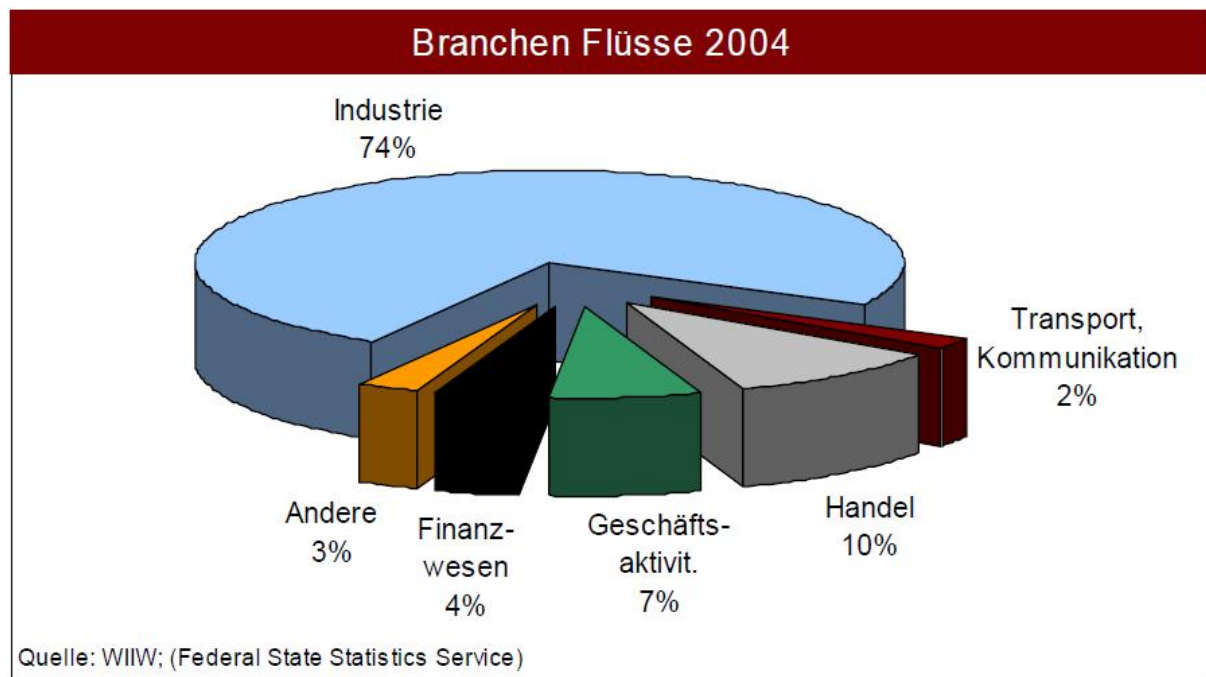
Bestände						
	Total		Österreich			Reihung
	Mio. Euro	Mio. USD	Mio. Euro	Mio. USD	Anteil	
1999	15.138	17.481	92	92	1%	1.D;2.USA;3.GB;15.A
2000	34.609	32.204	193	180	1%	1.USA;2.Cy;3.D;15.A
2001	59.363	52.317	830	731	1%	1.USA;2.Cy;3.NL;13.A
2002	67.592	70.884	1.094	1.147	2%	1.USA;2.Cy;3.NL
2003	76.587	96.729	1.073	1.355	1%	1.Cy;2.USA;3.GB
2004	84.846	115.569	1.110	1.512	1%	
Quelle: WIIW; Nationalbank Russland; Österreichdaten von OeNB						

(Abbildung 11)³³⁸

³³⁶ Fanger, 2002, S. 9 – 10

³³⁷ Ebenda, S. 10

³³⁸ <http://www.bmwfi.gv.at/NR/rdonlyres/063A3F78-10FC-4EBA-AE07-72298F8C2158/19310/Russland04.pdf>, zugegriffen: 10. April. 2009



(Abbildung 12)³³⁹

An der Abbildung 11 der Investitionsflüsse und Bestände ist eine rasant steigende Direktinvestitionsquote zu erkennen, im Jahr 2004 stieg der Direktinvestitionsfluss auf über \$ 12 Mrd.

Ebenso interessant zu erkennen, dass der Industriesektor mit 74 Prozent den größten Anteil an Direktinvestitionen einnimmt. Im Vergleich dazu nimmt der Finanzsektor lediglich 4 Prozent ein.

³³⁹ <http://www.bmwfj.gv.at/NR/rdonlyres/063A3F78-10FC-4EBA-AE07-72298F8C2158/19310/Russland04.pdf>, zugegriffen: 10. April 2009

Der primären Frage jedoch, woher die Direktinvestitionen aus dem Ausland genau stammen, darüber gibt die Abbildung einen Überblick.

So sind Zypern, die Niederlande, Luxemburg, sowie Deutschland und Großbritannien die wichtigsten Direktinvestoren in Russland.

Jedoch ist zu erwähnen, dass die 16,8 Prozent aus Zypern relativ zu sehen sind.

Wie schon erwähnt, galt Zypern als Mitglied der Europäischen Union für russische Großunternehmen als Zwischenstation für Auslandsinvestitionen russischer Betriebe in Europa.

Somit sind diese 16,8 Prozent größtenteils als Rückflussinvestitionen russischer Unternehmen zu sehen, und verfälschen Zahlen und Fakten.

Laut Deutsch-Russischen Club dürfen die *„Direktinvestitionen für das Jahr 2011 auf \$ 65 Mrd. bis \$ 73 Mrd. anwachsen“*, wobei für 2009 \$ 56 Mrd. bis \$ 62 Mrd. erwartet werden.³⁴⁰

5.5. Drei Motoren zur Etablierung als Großmacht

Der Energie- und Rüstungssektor gehörten in der Politik des 21. Jahrhunderts unter Putin zu zwei enorm wichtigen „Motoren“ für den neu angestrebten Transitionsprozess.

Generell sind die 3 wichtigsten Säulen der Wirtschaftspolitik, um Putins angestrebtes Ziel einer Reetablierung der Russischen Föderation als Großmacht zu erreichen, folgende 3 Motoren:

5.5.1 Energie

Im Bereich der Energiepolitik wurde Putin sehr schnell die Rolle Russlands klar: Man besaß nicht nur die größten Erdgasvorkommen der Welt, und auch enorme Erdölvorkommen, sondern hatte geographisch eine Schlüssel-, beziehungsweise *„Brückenfunktion“* zwischen Asien und Europa.

Nachdem die Europäische Union bei ihrem Streben nach stetigem Industriewirtschaftswachstums mit einer damit verbundenen Steigerung von Erdöl-

³⁴⁰ Deutsch-Russischer Club, <http://www.russland.de/index.php/content/view/full/1810> , 9.4.2009

und Erdgasimporten konfrontiert war, wonach sich laut Alexander Rahr die Erdölimporte um 40%, sowie die Erdgasimporte um 50% vervielfachten, wurde Putin nicht eine gewisse Abhängigkeit Europas bewusst, er erinnerte viel mehr an eine 30 jährige „solide Partnerschaft im Gassektor“. Des Weiteren verfügte Europa über eine entsprechende Vernetzung mit russischen Erdgaspipelines.³⁴¹

Warum also diese langjährige Kooperation nicht ausbauen?

Zum einen hatte die EU Zweifel an den Lieferverpflichtungen, Russland könne die sibirischen Gasreserven nicht dementsprechend fördern, zum anderen glaubte man auf Grund des Wirtschaftswachstums von Russland an eine Implementierung im eigenen Land. Noch dazu wurde das Verlangen Chinas, sowie dem gesamten asiatischen Raum, nach Erdöl- und Erdgas immer größer.³⁴²

Putin jedoch entgegnete bei einem Treffen mit westlichen Energieexperten, dass Russland kapazitär in der Lage ist, eine Doppelstrategie, sprich eine Belieferung Europas und Asiens zu garantieren.³⁴³

Viel mehr kämpfte Russland mit der Tatsache, dass die Möglichkeit Europas bestünde, innerhalb der nächsten 15-20 Jahre den Energiesektor auf erneuerbare Energie, sprich Atom-, Solar- oder Windenergie umzustellen, so Rahr.³⁴⁴

Somit war man im Kreml mit der Optimierung einer strategischen Förderung der Rohstoffvorkommen konfrontiert. Rahr führte diesbezüglich eine Studie der Internationalen Energieagentur an, wonach bis 2030 der Primärverbrauch von Erdgas und Erdöl sich verdoppeln soll, wobei 70% nun von Entwicklungsländern „konsumiert“ wird.³⁴⁵

Auf Grund dieser Überlegung wurde daher im Kreml beschlossen, eine Förderung der Energiegüter zu forcieren. Außerdem wurden neue Pipelineprojekte umgesetzt, bedenkt man, dass bis 2005 China nicht an das russische Pipelinenetz angebunden war.³⁴⁶

³⁴¹ Rahr, 2008, S. 85

³⁴² Ebenda, S. 86

³⁴³ Ebenda, S. 86

³⁴⁴ Ebenda, S. 86

³⁴⁵ Ebenda, S. 87

³⁴⁶ Ebenda, S. 87

Nachdem das russische Pipelinetransportsystem immer in staatlichen Besitz blieb, wurde nun eine Reintegration privatisierter russischer Rohstoffbetriebe unter staatliche Kontrolle vollzogen.³⁴⁷

5.5.2 Rüstungspolitik

Vorrangig wurde die Rüstungsindustrie nicht zur Modernisierung der Streitkräfte der Russischen Föderation forciert. Putin erkannte, dass ein Wettrüsten mit den USA kontraproduktiv dem Wirtschaftsaufstieg gegenüber steht.

Viel mehr wurde der Rüstungssektor als Motor für einen Wiederaufstieg als Hochtechnologieland genutzt, so Rahr.³⁴⁸

Dafür sprachen vor allem die Aspekte, dass 70% der Forschungseinrichtungen Russlands sich im Rüstungssektor befinden, außerdem eine 50% Wissenschaftlerquote sowie eine 50%ige Exportquote aller russischen Maschinen.³⁴⁹ So wurde im Bereich der Rüstung vor allem der Export maximiert, was eine Fusion der größten Rüstungskonzerne Promexport und Roswooruschenie enorm vereinfachte.

Die Exporteinnahmen stiegen von \$ 2,6 Mrd. im Jahr 1998 auf \$ 6,3 Mrd. im Jahr 2006.³⁵⁰

Auch das Wirtschaftswachstum von 7% im Rüstungssektor war bezeichnend für einen rasanten Modernisierungsprozess. Ebenso die Tatsache, dass man 2005 Frankreich als Rüstungsexporteur Nummer 2 ablöste und zur USA aufschloss.³⁵¹

Sogar der Präsident selbst setzte sich auf seinen Reisen ein für neue Aufträge im Rüstungssektor, was vor allem in Syrien und Algerien fruchtete.

Ebenso zählen Venezuela, Griechenland, Iran, sowie die Großabnehmer China und Indien mit knapp 70% zu den wichtigsten Handelspartnern in der Rüstungsindustrie.³⁵²

³⁴⁷ Rahr, 2008, S. 89

³⁴⁸ Ebenda, S. 90

³⁴⁹ Ebenda, S. 90-91

³⁵⁰ Ebenda, S. 91

³⁵¹ Lucas, 2008, S. 329

³⁵² Rahr, 2008, S. 92

Um die Produktion noch weiter zu optimieren, bekam Tschemesow, Chef von Rosoboronexport, den Auftrag, aus den 1700 Rüstungsbetrieben 36 neue Holdings zu schaffen, um einerseits den Gewinn in Forschung zu investieren und die Exportquote noch zu erhöhen.³⁵³

Des Weiteren wurden auch die russischen Streitkräfte modernisiert. So wurde wie schon erwähnt, 2007 ein achtjähriges Rüstungsprogramm um \$ 185 Mrd. gestartet, welches neue Raketen-, Luftwaffen- und Schiffsstreitkräfte schaffen soll, um den geopolitischen Machtanspruch Russlands gerecht zu werden.³⁵⁴

5.5.3 Transport

Putins Idee im Transportsektor war es, wie schon erwähnt, eine Brückenfunktion zwischen Europa und Asien zu bilden.

Geschaffen wurden diesbezüglich 3 paneuropäische Korridore, die ein Transportwesen vereinfachen sollen.³⁵⁵

Russlands Ziel war es vor allem, Europa eine Alternative zum Schiffstransport nach Asien zu bieten.

Eine zentrale Position nahm dabei die modernisierte Transsibirische Eisenbahn ein, so dass die neue Transitstrecke der Bahn von Berlin über Kiew nach Moskau verläuft, und von der Hauptstadt fortgesetzt wird über Astana, Pjöngjang bis Seoul in Korea.³⁵⁶

Eine zweite Strategie verfolgte neben dem West-Ost-Transit einen Nord-Süd-Korridor, der so beschreibt es Alexander Rahr, eine Alternative zum Schiffsweg durch den Suezkanal bilden soll.³⁵⁷

Ersten Zahlen zur Folge erwirtschaftete der Konzern Russische Eisenbahn 2004 einen Gewinn von \$ 21,5 Mrd.³⁵⁸

Weitere Transportprojekte waren die Baikal – Amur – Magistrale, auch BAM genannt, sowie die transkoreanische Magistrale.³⁵⁹

³⁵³ Rahr, 2008, S. 93

³⁵⁴ Rothacher, 2008, S. 118

³⁵⁵ Rahr, 2008, S. 94

³⁵⁶ Ebenda, S. 94-95

³⁵⁷ Ebenda, S.95

³⁵⁸ Ebenda, S. 96

³⁵⁹ Ebenda, S. 96

Projektkosten für die Modernisierung der Logistik und der Infrastruktur belaufen sich auf knapp \$ 150 Mrd. wobei zwei Drittel aus dem Staatshaushalt einfließen, und ein Drittel von Privatinvestoren aufgebracht wurde.³⁶⁰

Zusammenfassend werden bis 2010 laut Rahr 384 000 km Straße und 6800 km Schienen renoviert, beziehungsweise neu geschaffen werden, was durchaus für eine Modernisierung des Transportsystems, sowie eine damit verbundene Etablierung Russlands als Brücke zwischen Europa und Asien spricht.³⁶¹

5.6 Außenpolitik

Geprägt wurde die Außenpolitik am Beginn der Ära Putin durch den Tschetschenienkrieg während der Jahrtausendwende zum 21. Jahrhundert, den Putin für den Präsidentschaftswahlkampf ausgezeichnet zu verwenden vermochte. Putins Ziel war es, die Russische Föderation wieder als stabile Großmacht zu etablieren, und einen gesteuerten Transformationsprozess in der Marktwirtschaft zu vollziehen.

Dementsprechend wichtig waren diesbezüglich natürlich die außenpolitischen Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner Europa, die mit Ende der Regentschaft Jelzins stark unterkühlt waren.

Man war sich also im Kreml seiner geopolitischen Lage bewusst, welche hohe Priorität eine Reintensivierung von den außenpolitischen Verbindungen hatte.

Im Westen hatte man mit der Europäischen Union den wichtigsten Handelspartner überhaupt.

Östlich galt es mit China, Japan, sowie Korea, die multilateralen Kontakte zu forcieren.

Über den Nordpol war man nördlich mit den USA nachbarschaftlich verbunden, und im Süden galt es, die politischen Konflikte mit Zentralasien zu beseitigen und eine wirtschaftspolitische Intensivierung der Kontakte in Angriff zu nehmen.³⁶²

³⁶⁰ Rahr, 2008, S. 97

³⁶¹ Ebenda, S. 96

³⁶² Schröder, 2004, S. 2

Aufgaben zur Replatzierung der Russischen Föderation als Großmacht in einem multilateralen 21. Jahrhundert waren also gegeben.

In den Beziehungen mit den USA wurde nicht nur eine Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien, dem unmittelbaren Einflussgebiet Russlands, toleriert, man zeigte sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auch solidarisch verbunden.³⁶³

Spätestens mit dem Angriff der USA auf den Irak, einem wichtigen Handelspartner Russlands, wurde dieser Solidaritätspakt zwischen Russland und den USA wieder untergraben. Die außenpolitischen Beziehungen litten darunter.³⁶⁴

Den Beziehungen mit der Europäischen Union wurde als wichtigsten Handelspartner größte Priorität eingeräumt, wobei man hier 2 Aspekte berücksichtigen muss. Einerseits die Ökonomisierung der politischen Verbindung, eine Abhängigkeit in beiderseitigem Interesse, andererseits stellte Putin am Beispiel des Zweiten Tschetschenienkrieges klar, dass dies als interne Angelegenheit zu qualifizieren ist.³⁶⁵

Des Weiteren wurde Russland im Zuge des NATO – Gipfels im Mai 2002 in den Rat der 20

aufgenommen und mit einem gleichberechtigtem Stimmrecht versorgt.³⁶⁶

Man kann also in den Beziehungen zur EU von einer zwiespältigen Strategie Russlands sprechen, wo einerseits die wirtschaftlichen Interessen und die energiepolitische Abhängigkeit dazu führt, dass Kontakte intensiviert und gepflegt werden, aber andererseits im Zuge seiner innerstaatliche Politik die Rolle einer Großmacht forciert wird.

Wie schon im Kapitel der Rüstungspolitik angesprochen, waren China und Indien im Bereich des Rüstungssektors mit knapp 70% die wichtigsten Abnehmer in diesem Sektor.³⁶⁷

³⁶³ Fischer, 2003, S. 2

³⁶⁴ Ebenda, S. 3

³⁶⁵ Ebenda, S. 4-5

³⁶⁶ Ebenda, S. 4

³⁶⁷ Rahr, 2008, S. 92

Diese wirtschaftliche Verbindung wurde gleichsam zu einer außenpolitischen Intensivierung genutzt, wobei im Bereich der Energiepolitik in die Versorgung mit russischem Erdgas und Erdöl investiert wurde. Ebenso von großer außenpolitischer Bedeutung war die Verflechtung der Infrastruktur, ein deutliches Indiz dafür ist beispielsweise die Eisenbahnverbindung nach China und Korea.³⁶⁸

Diplomatisch hat die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit, kurz genannt SCO, oder Shanghai-6, einen großen Stellenwert für die Außenbeziehungen Russlands, China und Zentralasien,³⁶⁹ sofern man bedenkt, dass in diesen kooperierenden Staaten ein Viertel der Weltbevölkerung lebt.

Dass die Außenpolitik der Russischen Föderation nicht einem diplomatischen Kuschelkurs auf ökonomischer Ebene gleicht, erklärt sich vor allem auch durch die Maßnahmen der USA, in den NATO-Mitgliedsstaaten Polen und Tschechien ein Raktenschild zu installieren. Russland war dementsprechend nicht amüsiert, und interpretierte diese Vorgehensweise als einen diplomatischen Angriff auf Russland. Folgeschwere Reaktion Russlands war insofern die Kündigung des KSE-Vertrages, dem Abkommen über konventionelle Streifkräfte in Europa.³⁷⁰

Was jedoch wirklich bewirkt werden wollte, war eine Ratifizierung des AKSE-Vertrages, einer überarbeiteten Version aus dem Jahr 1999, gegenüber dem aus 1992 stammenden KSE-Vertrag.

Russlands Missfallen eines Militäraufbaus in den westlich, benachbarten NATO-Mitgliedsländer soll mit der Ratifizierung des AKSE-Vertrages beseitigt werden. Dementsprechend anders interpretierte die EU, sowie die USA die Kündigung des KSE – Vertrages von Russischer Seite, der Waffeninspektionen, sowie eine Obergrenze für strategische Bewaffnung vorsieht.³⁷¹

Die Beziehungen zu Europa wurden außerdem von einer Interaktion der EU in russische interne Angelegenheiten unterkühlt, wobei hier die Auftragmorde Polikkovskaja und Litwinenko zu erwähnen sind.³⁷²

So sollte der EU-Russland Gipfel in Samara zu einer Einigung führen. Mit der EU-Osterweiterung im Jahr 2004, ehemals kommunistisch geprägt Staaten, die nun der

³⁶⁸ Rahr, 2008, S. 96

³⁶⁹ Lucas, 2008, S. 353

³⁷⁰ Klein, 2007, S. 4

³⁷¹ Ebenda, S. 4

³⁷² Fischer, 2007, S. 2

Europäischen Union angehörten, kratzte die EU am Großmachtimage Russlands. Polens Fleischimportverbot ist beispielsweise auf das Veto im gemeinsamen Handeln der EU gegenüber Russland zu verstehen.³⁷³

In der Nesavisimaja Gaset, vom 21. Mai 2007, ist zu lesen, dass die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union noch ihre nationalen Interesse vertreten, jedoch nicht die gemeinsamen Interessen der EU, was auf diese unterkühlte Beziehung EU- Russland zutrifft.³⁷⁴

Die Ukraine hingegen nimmt in der außenpolitischen Politik Russlands einen besonderen Status ein. Hat man in der ersten Amtszeit Putins unter Kutschma noch den Großmachtstatus Russlands akzeptiert und eine ökonomische Abhängigkeit verstanden, so veränderte die Präsidentenwahl im Jahr 2004 das ukrainisch-russische Verhältnis. Die vom pro-russischen Viktor Janukowitsch gewonnene Präsidentschaftswahl wurde annulliert, Neuwahlen ausgerufen. Die „*Partei der Regionen*“ von Janukowitsch, dem „*Trojanischen Pferd*“ Wladimir Putins, wie es Scholl-Latour ausdrückte gewann die Wahl mit 32 Prozent.³⁷⁵

Bei der Neuwahl am 26. Dezember wurde jedoch Wiktor Juschtschenko mit über 60 Prozent zum Präsident gewählt.³⁷⁶

Juschtschenko als Präsident und Julia Timoschenko als Premierministerin, diese Konstellation passte dem Kreml jedoch in keinster Weise, wobei ebenso zu erwähnen ist, dass hinter dem Wahlerfolg eine enorme Unterstützung von Seiten der USA steht.³⁷⁷

Von größerer politischer Brisanz wurden die alternierenden Streitigkeiten der pro-westlichen Politiker Timoschenko und Juschtschenko, die sich jedoch nur in Kooperation an der Macht halten können, da der pro-russische Janukowitsch steht's die Mehrheit an Wählerstimmen beansprucht.

³⁷³ Fischer, 2007, S. 2

³⁷⁴ Nesavisimaja Gaset, 21.5.2007, S. 11

³⁷⁵ Scholl-Latour, 2006, S. 391

³⁷⁶ Panjuschkin, 2008, S. 176

³⁷⁷ Scholl-Latour, 2006, S. 388

Man kann also an Hand der Unterstützung der USA auf Seiten der Regierung und der pro-russischen Ideologie Janukowitsch's erkennen, dass die Ukraine zu einer außenpolitischen Angelegenheit zwischen den USA und Russland eskaliert.

Von größter Bedeutung in dieser politischen Frage ist in diesem Bezug der NATO-Beitritt der Ukraine im Jahr 2010, wonach sich die NATO-Grenze nach den Beitritten Estlands, Lettland und Litauen auch in der Ukraine direkt an Russisches Staatsgebiet anschließt.³⁷⁸ „Konfliktpunkte sind (...) die von den USA befürwortete Erweiterung der NATO auf die Schwarzmeerregion“. ³⁷⁹ Dem wollte Putin entgegen mit einer Forcierung Jankuwitsch.

In diesem Bezug ist vor allem die Energiemacht Russlands erwähnenswert, die, bei politischer Unzufriedenheit, wie beispielsweise beim eben angesprochenen NATO-Beitritt der Ukraine die Zufuhr von Erdgas drosseln, und so politischen Druck auszuüben versucht.

5.7 Nachfolgeregelung

Nachdem in Russland die Verfassung vom 12.12.1993 vorsieht, dass die Amtszeit des Präsident der Russischen Föderation auf zwei Legislaturperioden begrenzt ist, schied auch Wladimir Putin mit 2008 aus seinem Amt aus.³⁸⁰

Nun galt es für seine Modernisierung Russlands und Reetablierung einer Großmacht den geeigneten Nachfolger zu finden.

Putin hatte jedoch als Präsident der Russischen Föderation drei Möglichkeiten, seine Machtposition zu kompensieren:

- Er konnte eine Verfassungsänderung anstreben, um gemäß Artikel 81, Absatz 3 zum dritten Mal als Präsident zu kandidieren
- Er hatte die Möglichkeit, ein parlamentarisches Regierungssystem mit einem starken Premierminister Putin via Verfassungsänderung zu transformieren
- Machtübergabe an eine Person seines Vertrauens, mit der Tatsache, nach einer Legislaturperiode in 4 Jahren abermals als Präsident zu kandidieren³⁸¹

³⁷⁸ Scholl-Latour, 2006, S. 414

³⁷⁹ Rahr, 2009, S. 238

³⁸⁰ Schneider, 2001, S.

Putin wählte den Weg eines Nachfolgers, wobei schon vor der Präsidentschaftswahl der vorgeschlagene Kandidat Putins, Dimitrij Medwedew als sicherer Sieger feststand. Dimitrij who? „*Es ist leichter, ein Buch über einen leeren Aktenordner zu schreiben als über Dimitrij Medwedew*“. ³⁸² Schon Monate vor der Präsidentschaftswahl wurde laut George Dox, Dmitrij Medwedew in der seit 2005 tätigen Funktion des Vizepremier in den Medien „*bei offiziellen Terminen in Spitälern, Bildungseinrichtungen, und Baustellen*“ ³⁸³ präsentiert, gemäß seiner Zuständigkeit für Soziales, um ein positives, sympathisches Bild zu erzeugen. ³⁸⁴

Wladimir Putin nahm als scheidender Präsident den Posten des Ministerpräsidenten ein, wobei man hier erwähnen muss: Die Russische Föderation hatte bis dato noch keinen so mächtigen Ministerpräsident.

Medwedew und Putin kennen einander seit 17 Jahren, Medwedew, selbst knapp 162cm groß, gehörte nie einer „*dominanten Machtgruppierung*“ an, was ihn für die Nachfolge auszeichnete. ³⁸⁵

Wie jedoch die Kompetenzverteilung zwischen Präsident Medwedew und Premier Putin aussehen wird, zeigt sich erst in den nächsten Monaten und Jahren.

Beim Besuch der deutschen Kanzlerin Merkl in Moskau übernahm erstmals der Premierminister die außenpolitische Vertretung Russlands, ein Novum.

Wie auch schon Stalin feststellte: „*Russland vertrage keine zwei Sonnen!*“ ³⁸⁶

³⁸¹ Verfassung der Russischen Föderation, <http://constitution.ru/de/index.htm> , 9.4.2009

³⁸² Reitschuster, 2008, S. 9

³⁸³ Dox, 2008, S. 196 – 197

³⁸⁴ Donath, 2008, S. 201

³⁸⁵ Ebenda, S. 203

³⁸⁶ Ebenda, S. 206

6. Schlussbemerkung

Die mir eingangs selbst gestellte Frage, welche Rolle der politische Führungsstil der Legislative in der Sowjetunion, beziehungsweise Russischen Föderation im Rahmen des Transformationsprozesses des 20. Jahrhunderts bis heute spielte, versuchte ich mit einer sukzessive Thematisierung und Analyse der politischen, als auch ökonomischen Entwicklung aufzuzeigen.

Wie schon Stalin postulierte, „Russland vertrage keine zwei Sonnen“³⁸⁷, gemeint waren diesbezüglich zwei Führungspersönlichkeiten, kann man an Hand der Vergangenheit nun erkennen, dass der flächenmäßig größte Staat der Erde, ausgehend von innerparteilichen Machtkämpfen, immer nach einer rigorosen Führung verlangte.

Das autoritäre Regime, von Lenin bis Putin, war jeweils geprägt von Hegemonialkämpfen, die man mit einer Hegemoniepyramide bestens erklären kann. An der Spitze steht der autoritäre Oberste Sowjet, beziehungsweise Präsident, und umgeben ist jener von einer Schar an ihm Vertrauten. Persönliche Machtbestrebungen waren schon immer gegeben. Als man unter Jelzin erstmalig eine Segmentierung der Macht durch eine Schaffung des Amtes eines Vizepräsidenten konstruierte, musste schlussendlich der Kreml mit Waffengewalt die Position des Präsidenten sichern.

Die Sowjetunion, beziehungsweise in weiterer Folge die Russische Föderation war prädestiniert, womöglich auch auf Grund ihrer enormen Größe, von einer Person autoritär diktiert zu werden.

Man kann somit erkennen, dass die Rolle des politischen Führungsstils maßgeblich war für die Entwicklung, einerseits in ein ökonomisches und soziales Desaster, andererseits in näherer Vergangenheit, in eine „womöglich“ positive Zukunft.

Der nächste Versuch einer „Dual-Hegemonie“ am Beispiel Putin – Medwedew wird zeigen, in welche Richtung sich Russland entwickelt, und in welcher Weise sich eine marktwirtschaftliche Demokratie etablieren kann. So bleibt abzuwarten, ob Putin nach einer „Übergangslösung“ Medwedew wieder das Amt des Präsidenten einnimmt, um den marktwirtschaftlichen Transformationsprozess voranzutreiben.

³⁸⁷ Donath, 2008, S. 206

Auch unter Putin war man mit dem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“, einer Unmöglichkeit der gemeinsamen Transformation des politischen, als auch wirtschaftlichen Systems konfrontiert.

Die rigorose Reformierung der Wirtschaft, sowie eine damit verbundene Konkurrenzfähigkeit, konnten, so meine ich, nur auf Grund von Putins „Demokratur“³⁸⁸

durchgeführt werden. Allgemein wird die Russische Föderation als stark defekte Demokratie eingestuft, zieht man den Bertelsmann Transformationsindex heran, wonach Russland beim Status-Index bei 5,94, sowie beim Management-Index 3,84 Punkte erreichte, besagt auch der errechnete Trendindikator eine stagnierende Entwicklung.

Selbstverständlich stellt sich die Frage, wie hätte sich die Wirtschaftslage, beziehungsweise die Entwicklung zur Marktwirtschaft gestaltet in einem demokratischen System? In Anbetracht dessen, das die rasant steigenden Rohstoffpreise zu einem ebenso rasant steigenden Wirtschaftswachstum führten, hätte dies auch womöglich in einem demokratischen System ermöglicht. Nachdem diese allerdings reine Spekulation obliegt, kehren wir zu den Tatsachen zurück.

Tatsächlich strebt Russland, auch aufgrund seiner enormen Größe wieder den Weltmachtstatus an, was insgeheim bedeuten soll, in Zukunft mehr politischen Druck ausüben zu können.

Ob sich also in der Russischen Föderation jemals ein starkes, demokratisches System etablieren, beziehungsweise entwickeln kann, sei dahingestellt.

Faktum ist, dass auf Grund des Dilemmas der Gleichzeitigkeit abzuwarten ist, wie sich das politische System nach Etablierung einer Marktwirtschaft konsolidiert.

³⁸⁸ Reitschuster, 2008, S. 1

7. Literaturverzeichnis

Adam, Werner (Hrsg.) 1992: Ein Imperium zerbricht, Reportagen über den Untergang der Sowjetunion. Frankfurt am Main: IMK Verlag

Aganbegjan, Abel 1989: Ökonomie und Perestroika, Gorbatschows Wirtschaftsstrategien. Hamburg: Hoffman und Campe Verlag

Albrecht, Erik 2008: Die Meinungsmacher, Journalistische Kultur und Pressefreiheit in Russland. Köln: Herbert von Halem Verlag

Bauer, Friedrich 2008: Russische Umbrüche, Von Gorbatschow über Jelzin bis Putin. Wien: c/o vereint

Bertelsmann Transformationsindex 2008, zugegriffen am 9. April 2009, URL:
[http://www.bertelsmann-transformation-
index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Rangliste_DE.pdf](http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Anlagen_BTI_2008/BTI_2008_Rangliste_DE.pdf)

Bertelsmann Transformationsindex 2003, zugegriffen am 9. April 2009, URL:
<http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI-Tabelle.pdf>

Bertelsmann Transformationsindex 2006, zugegriffen am 9. April 2009, URL:
[http://bti2006.bertelsmann-transformation-
index.de/fileadmin/pdf/BTI_2006_Ranking_detailliert.pdf](http://bti2006.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/BTI_2006_Ranking_detailliert.pdf)

Bertelsmann Weltatlas 2000: Das neue Kartenbild der Erde. München: RV Reise- und Verkehrsverlag

Bühl, Walther.L 2001: Zur Komplexität von Systemtransformationen, in: Wolf, Michael (Hrsg.), Transformationstheorie – Stand, Defizite. Perspektiven. Münster: LIT Verlag

Chiesa Giulietto/ Villari Marcello 2005: Die globale Superklasse, Wer regiert die Weltwirtschaft. Zürich: Edition 8

Donath, Klaus-Helge 2008: Das Kreml-Syndikat. Berlin: Rotbuch Verlag

Dox, George 2008: Kampf um den Kreml. Salzburg: Ecowin Verlag

Eichelkraut, Sascha 2007: Rohstoffmacht Russland, Bodenschätze als Basis wirtschaftlicher Entwicklung und für einen starken Staat?. Marburg: Tectum Verlag

Fanger, Henrik 2002: Direktinvestitionen in Russland, Wirtschaftliche und steuerrechtliche Rahmenbedingungen: ein Entscheidungsmodell zur Steuerplanung. Frankfurt: Erich Schmidt Verlag

Fischer, Sabine 2003: Russlands Westpolitik in der Krise 1992 – 2000. Frankfurt am Main: Campus

Fischer, Sabine 2003: Russische Außenpolitik: Neue Akzente, bleibende Ambivalenzen, in: Russlandanalysen Nr.10 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen010.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Fischer, Sabine 2007: Samara – Gipfel des Scheiterns, in: Russlandanalysen Nr.136 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen136.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Fuks, S.L. 1964: Der allgemeine Staatsbegriff, in: Schroeder, Friedrich-Christian 1979: Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie. München: Beck Verlag

Gladkov, Sabine 2003: Medien und Wahlkampf: Zensur durch die Hintertür, in: Russlandanalysen Nr.7 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen007.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Gorbatschow, Michail 2002: Über mein Leben, Russlands Weg ins 21. Jahrhundert. München: Ullstein Taschenbuchverlag

Habuda, Judit 1996: Der Transformationsprozeß in Ostmitteleuropa. Stärkung der Mikroebene angesagt. Köln: Weltforum Verlag

Hanisch, Erdmann 1951: Geschichte Sowjetrusslands. 1917 – 1941. Freiburg: Verlag Herder

Hinner, Michaela 2004: Bankensystem und Bankenaufsicht in Russland. Stand und Perspektiven fünf Jahre nach der Finanzkrise, in: Russlandanalysen Nr.26 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen026.pdf> ,
zugegriffen am 9. April 2009

Jassin, Jewgenij Grigorewitsch 1997: Die Wirtschaft Russlands, Zwischen Talfahrt und Hoffnung. Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus

Jelzin, Boris 1991: Die Alternative. Demokratie statt Diktatur. Bad König: Horizonte Verlag

Jeong, Yeo-Cheon 1993: Der Finanzmechanismus in der Sowjetunion, Von der zentralen Regulierung zu einem marktwirtschaftlichen System. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang

Juchler, Jakob 2001: Hybride Strukturen in Osteuropa - der postsozialistische Transformationsprozeß aus einer formationstheoretischen Perspektive, in: Wolf, Michael (Hrsg.), Transformationstheorie – Stand, Defizite. Perspektiven. Münster: LIT Verlag

Kernig, Claus 2000: Lenins Reich in Trümmern, Schatten über Russlands Zukunft. Stuttgart: DVA

Klein, Margarete 2007: Russland und die KSE, in: Russlandanalysen Nr.153 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen153.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Kreisky, Bruno 1988: Im Strom der Politik, Erfahrungen eines Europäers. Berlin: Siedler Verlag

Linden, Michael van der (Hrsg.) 2007: Was war die Sowjetunion. Kritische Texte zum real existierenden Sozialismus. Wien: Promedia Verlag

Lucas, Edward 2008: Der Kalte Krieg des Kreml, Wie das Putin-System Russland und den Westen bedroht. München: Riemann Verlag

Mai, Klaus Rüdiger 2005: Michail Gorbatschow, Sein Leben und seine Bedeutung für Russlands Zukunft. Frankfurt am Main: Campus Verlag

Marx, Karl 1848: Manifest der Kommunistischen Partei. London

Meister, Stefan 2007: Russlands Hochschulpolitik zwischen Wettbewerb und staatlicher Kontrolle, in: Russlandanalysen Nr.132 URL: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen132.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Mommsen, Margareta 2004: Wer herrscht in Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München: Verlag C.H. Beck

Mommsen, Margareta/ **Nußberger** Angelika 2007: Das System Putin. München: Verlag C.H. Beck

Mommsen, Margareta 2004: Das politische System Russlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Mrowczynski, Rafael 2004: Russlands Mittelschichten im Umbruch, in: Russlandanalysen Nr.46 URL: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen046.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Neef, Christian 2006: Tagebuch einer Weltmacht, in: Die Kremlprotokolle. Wie das Politbüro in Moskau die Sowjetmacht auflöste, Hamburg: Der Spiegel, Nr. 46

Nesavisimaja Gaseta (Moskau), 21. Mai 2007: Die zweitbeste Lösung, in: Russlandanalysen Nr.136 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen136.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Oberender, Peter (Hrsg.) 1998: Theorie und Praxis der Transformation von Wirtschaftssystemen. Bayreuth: Verlag P.C.O.

Panjuschkin, Waleri/ **Sygar**, Michail 2008: Gazprom. Das Geschäft mit der Macht. München: Droemer Verlag

Pelinka, Anton 2000: Grundzüge der Politikwissenschaft. Wien: Böhlau Verlag

Pieplow, Werner/ **Schorbohm** Conrad 1976: A-Z Lexikon. Köln: Buch und Zeit Verlag

Placke, Holger 1994: Die Sowjetunion unter Andropow und Tschernenko. Wien: Diplomarbeit

Pleines, Heiko 2003: Russlands Wirtschaft im Aufwind, in: Russlandanalysen Nr.2 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen002.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Rahr, Alexander 2009: Putin nach Putin, Das kapitalistische Russland am Beginn einer neuen Weltordnung. Wien: Universitas Verlag

Rahr, Alexander 2008: Russland gibt Gas, Die Rückkehr einer Weltmacht. München: Carl Hanser Verlag

Raupach, Hans 1964: Geschichte der Sowjetwirtschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag

Reiman, Michal 1991: Die politischen Systeme der sozialistischen Länder. Entstehung – Funktionsweise – Perspektiven. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang

Reitschuster, Boris 2007: Putins Demokratie, Wie der Kreml den Westen das Fürchten lehrt. Berlin: Ullstein Verlag

Rothacher, Albrecht 2008: Stalins langer Schatten, Medwedews Russland und der postsowjetische Raum. Graz: Ares Verlag

Sager, Dirk 2008: Pulverfass Russland, Wohin steuert die Großmacht. Berlin: Rowohlt Verlag

Salis, Jean Rudolf von 1980: Weltgeschichte der neuesten Zeit, Das neue Staatensystem. Zürich: Orell Füssli Verlag

Schandl, H.W. 1989: Österreichischer Unterstufen Schulatlas. Wien: Ed. Hölzel

Schmidt-Häuer, Christian 1985: Michail Gorbatschow. München: Piper Verlag

Schneider, Eberhard 2001: Das politische System der Russischen Föderation. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Scholl-Latour, Peter 2006: Russland im Zangengriff, Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam. Berlin: Propyläen Verlag

Schröder, Hans-Henning (Hg.) 2003: Geschäfte mit der Macht, Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992 – 2001. Bremen: Edition Temmen

Schröder, Hans-Henning 2004: Russland als Partner?
Ressourcen und Optionen russischer Außenpolitik, in: Russlandanalysen Nr.25 URL:
<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen025.pdf> , zugegriffen
am 9. April 2009

Schroeder, Friedrich-Christian 1979: Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie. München: Beck Verlag

Stadlbauer, Jörg 1998: Alltag in Russland, Rahmenbedingungen im sozioökonomischen Bereich, in: Praxis Geographie 5/1998. Braunschweig: Westermann Schulbuchverlag

Stykwow, Petra 2006: Staat und Wirtschaft in Russland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Terraine, John 1975: Europa im 20. Jahrhundert. Wien: Paul Zsolnay Verlag

Timtschenko, Viktor 2003: Putin und das neue Russland. Kreuzlingen/München: Heinrich Hugendubel Verlag

Trawin, Dmitrij 2004: Wladimir Putins Sozialpolitik, in: Russlandanalysen Nr.21 URL: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen021.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

Weltalmanach, Fischer 2009: Zahlen – Daten – Fakten, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Wrobel, Ralph Michael 2001: Transformation als Grenzfall langfristigen Wandels: Aspekte einer klassisch-evolutionären Theorie der Systemtransformation. Tartu: Tartu University Press URL: <http://www.mtk.ut.ee/doc/febawb5.pdf> , zugegriffen am 9. April 2009

8. Anhang

8.1 Zusammenfassung Deutsch

Die Rolle des politischen Führungsstils der Legislative in der Sowjetunion, beziehungsweise Russischen Föderation im Rahmen des Transformationsprozesses des 20. Jahrhunderts bis heute spielte schon immer eine bedeutende Rolle.

Wurde die Sowjetunion offiziell durch Räte, beziehungsweise das Parlament regiert, so konsolidierte sich von 1917 an ein totalitäres Regime, dass nur einer autoritären Person die Führung überließ.

Im Zuge des Transformationsprozesses wurde erstmals unter Michail Gorbatschow eine Demokratisierung eingeleitet, Perestroika, Glasnost und Uskorenije sollten eine marktwirtschaftliche Demokratie etablieren.

Mit dem Dilemma der Gleichzeitigkeit konfrontiert, war jedoch eine gleichzeitige Transformation unmöglich. Soziale, als auch wirtschaftliche Inkompetenz führten unter Boris Jelzin zu einer Privatisierungswelle, die einigen wenigen, so genannten Oligarchen, ungeheuren Reichtum ermöglichten. Der erste Versuch einer marktwirtschaftlichen Demokratisierung wurde mit der Finanzkrise und dem wirtschaftlichen Bankrott der Russischen Föderation im Jahr 1998/1999 beendet. Der zur Jahrtausendwende an die Macht gekommene Wladimir Putin versuchte mit einer autoritären „Demokratur“ die Wirtschaft Russlands wiederzubeleben. Auf Grund der steigenden Rohstoffpreise wurde eine Konsolidierung der russischen Wirtschaft möglich, wobei jedoch das demokratische System darunter stark gelitten hat. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem Prinzip des Dilemmas der Gleichzeitigkeit nach der Konsolidierung der Marktwirtschaft eine Demokratisierung des politischen Systems geebnet wird.

8.2 Summary

The role of the political legislature of the Russian Federation in the transformation process of the Soviet Union in 20th century always played an important role until now.

The Soviet Union was officially established by councils or parliament. It consolidated itself in 1917 to a totalitarian regime.

In the course of the transformation process, Mikhail Gorbachev first tried to initiate democratization. Perestroika, Glasnost and Uskorenije sought to establish a democratic market economy. The dilemma of simultaneity however is that a simultaneous transformation is not possible.

Social and economic incompetence under Boris Yeltsin led to a wave of privatization, which a few so-called oligarchs, where enabled immense wealth. The financial crisis and economic bankruptcy of the Russian Federation in the year 1998/1999 ended the first attempt at a democratic market economy

Vladimir Putin came to power in the new millennium. He established an authoritarian "Democracy" to revive the economy of Russia. Due to the rising commodity prices, a consolidation of the Russian economy was possible, but the democratic system suffered heavily.

It is hoped that the simultaneous dilemma of the consolidation of the market economy and democratization of the political system is successful.

8.3 Lebenslauf

Name: Christoph Sebastian Rosenberger

Geburtsdatum: 24. Jänner 1985

Geburtsort: Baden bei Wien

Nationalität: Österreich

Familienstand: Ledig

Wohnadresse: Franz Kagergasse 10
2435 Wienerherberg

Bildung: 1991 – 1995 Volksschule Ebergassing
1995 – 2003 Aufbaurealgymnasium Don Bosco Unterwaltersdorf
2003 – 2004 Präsenzdienst Burstyn - Kaserne Zwölfaxing
seit 2004 Diplomstudium Politikwissenschaft an der
Universität Wien
seit 2008 Bachelorstudium Wirtschaftsrecht an der
Wirtschaftsuniversität Wien

Beruflicher Werdegang: 2001 – 2003 Sommerpraktiken bei Magna Eybl, Ebergassing
2004 Sommerpraktikum TNT Express, Flughafen Wien
2004 Sommerpraktikum Ingier Automotive, Ebergassing
2004 – 2005 Seminarhotel Göttlesbrunn, Göttlesbrunn
2005 – 2006 Mastermanagement GmbH, Wien
2006 – 2008 Autogrill Austria, Göttlesbrunn
2008 Sommerpraktikum Servus Amigo Reisen, Wien
2008 – April 2009 Medianet Wirtschaftszeitung, Wien

Wienerherberg, April 2009